D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 50
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

11. Dezember 1981
Preis 1 DM



Sozialdemokratie und Aussteiger

Von Bernhard Peters

Der Bundeskanzler und stellvertretende SPD-Vorsitzende empfahl den Atomkraftgegnern, im deutschen Steinkohlebergbau aktiv zu werden. Dort würden noch dringend Arbeitskräfte benötigt, zumal dort noch mehr Ausländer als Deutsche beschäftigt seien. Das geschah am Wochenende, beim Landesparteitag der Bremer SPD. In Bonn ließ derweil Annemarie Renger das Thesenpapier des SPD-Professors Löwenthal über „Identität und Zukunft der SPD" zirkulieren, in dem es heißt, die SPD müsse zwischen „dem Primat der Lebensfähigkeit unserer Industriegesellschaft und der maximalen Beschäftigung ihrer Mitglieder einerseits oder dem Primat nichtindustrieller Lebensformen und der absoluten Verhinderung ökologischer Schäden andererseits entscheiden", und zwar „klar für die Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppen der Aussteiger".

Den Adressaten dieser Kritik fiel die Antwort nicht schwer. Willy Brandt konterte, die Ökologie könne nicht für die Krise verantwortlich gemacht werden. SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz stellte fest, wenn zur Zeit rund fünf Prozent der Wähler „Grün" wählen würden und das Potential dieser Gruppen bei 15 bis 20 Prozent läge, könne man nicht mehr gut von Randgruppen reden. Wenn es sich – wie bei dem Ausspruch Helmut Schmidts – nur um einen neuen plumpen Versuch handeln würde, Ökologie- und Friedensbewegung (und die Verfechter einer „Öffnung" gegenüber diesen Bewegungen in der SPD) für die Schwie-

Ausländer als Deutsche beschäftigt seien. Das geschah am Wochenende, beim Landesparteitag der Bremer SPD. In Bonn ließ derweil Annemarie Renger das Thesenpapier des SPD-Professors Löwenthal über „Identität und Zukunft der SPD" zirkulieren, in dem es heißt, die SPD müsse zwischen „dem Primat der Lebensfähigkeit unserer Industriegesellschaft und der maximalen Beschäftigung ihrer Mitglieder einerseits oder dem Primat nichtindustrieller Lebensformen und der absoluten Verhinderung ökologischer Schäden andererseits entscheiden", und zwar „klar für die Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppen der Aussteiger".

Den Adressaten dieser Kritik fiel die Antwort nicht schwer. Willy Brandt konterte, die Ökologie könne nicht für die Krise verantwortlich gemacht werden. SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz stellte fest, wenn zur Zeit rund fünf Prozent der Wähler „Grün" wählen würden und das Potential dieser Gruppen bei 15 bis 20 Prozent läge, könne man nicht mehr gut von Randgruppen reden. Wenn es sich – wie bei dem Ausspruch Helmut Schmidts – nur um einen neuen plumpen Versuch handeln würde, Ökologie- und Friedensbewegung (und die Verfechter einer „Öffnung" gegenüber diesen Bewegungen in der SPD) für die Schwie-rigkeiten der Regierung und die der SPD verantwortlich zu machen, die Gewerkschaften gegen die Bewegungen auszuspielen und auf diese Weise die Risse, die sich zwischen Gewerkschaften und Regierung aufgetan haben, wieder etwas zu kitten, wäre die Sache nicht weiter der Rede wert.

Aber Richard Löwenthal ist einer der führenden Theoretiker der SPD, und einiges von dem, was er sagt, ist von Interesse. Sein Ausgangspunkt ist die (im übrigen von niemand bezweifelte) Feststellung, daß „einerseits die Anziehungskraft der Sozialdemokratie auf die Jungwähler zugunsten diverser ‚grüner' und ‚alternativer' Gruppen und die Nichtwähler zurückgeht, während andererseits eine erhebliche Anzahl sozialdemokratischer ‚Stammwähler' zur CDU abschwimmt oder zu Hause bleibt". Seine Kritik an Willy Brandt richtet sich vor allem gegen dessen These, die SPD habe die Aufgabe und die Chance, einen Teil der „alternativen" Bewegung zu integrieren, wie ihr das auch mit der Bewegung von 1968 gelungen sei. Löwenthal bestreitet das. Die Masse der heutigen rebellierenden Jugend wolle – im Gegensatz zur Studentengeneration der 60er Jahre – die Gesellschaft nicht revolutionieren, sondern aus ihr aussteigen. Die Sozialdemokratie könne „mit denen, die eine moderne Welt für einen weltgeschichtlichen Irrtum halten, keine Kompromisse schließen". Uns soll es hier nicht um die Irrtümer oder die falschen Alternativen, die von Löwenthal in der Sache aufgebaut werden, gehen, sondern um seine Feststellung über die schlechten Aussichten der SPD, die Bewegung vor allem der Jugend zu integrieren.

Diese These Löwenthals hat einiges für sich, auch wenn seine Begründung zu kurz greift. Denn ein grundlegendes Motiv der „alternativen" und ökologischen Bewegung ist gerade die Ablehnung eines Modells der gesellschaftlichen Entwicklung und der Politik, das wiederum ein Wesensmerkmal der Sozialdemokratie bildet: eine Politik der Föderung von Modernisierung und Wachstum auf kapitalistischer Grundlage und der Abfederung der destruktiven Folgen, die das für die Arbeitskraft im unmittelbaren Produktionsprozeß, für die Lebensverhältnisse und sozialen Beziehungen hat, durch staatlich-bürokratische Einrichtungen, die der Selbsttätigkeit und Selbstbestimmung der Menschen keinen Spielraum lassen. Beide Erosionsprozesse, denen sich die SPD ausgesetzt sieht, nämlich die Abwendung vor allem der Jugend zu „alternativen" Bewegungen und das Abbröckeln der Stammwählerschaft, haben eine gemeinsame Wurzel in der Ablehnung der Wucherung des Staatsapparats, der mit administrativen Mitteln ausgleichen soll, was die Vergesellschaftung über den Markt nicht mehr leistet. Hier findet der Jugendprotest gegen die „Megamaschine Staat" ebenso einen Anhaltspunkt wie die demagogische Kritik der Rechten an „zu viel Staat". Aus der Ablehnung gerade dieser Art Reformpolitik der SPD resultiert auch ein Teil der „Politikfeindlichkeit" der neuen sozialen Bewegungen und der Versuch, sich in den Nischen des gesellschaftlichen und politischen Systems Platz für Selbstverwirklichung zu schaffen, der sich zum „Aussteigertum" steigern kann. Eine Parallele zu dieser Rückkehr zu

zialdemokratie bildet: eine Politik der Föderung von Modernisierung und Wachstum auf kapitalistischer Grundlage und der Abfederung der destruktiven Folgen, die das für die Arbeitskraft im unmittelbaren Produktionsprozeß, für die Lebensverhältnisse und sozialen Beziehungen hat, durch staatlich-bürokratische Einrichtungen, die der Selbsttätigkeit und Selbstbestimmung der Menschen keinen Spielraum lassen. Beide Erosionsprozesse, denen sich die SPD ausgesetzt sieht, nämlich die Abwendung vor allem der Jugend zu „alternativen" Bewegungen und das Abbröckeln der Stammwählerschaft, haben eine gemeinsame Wurzel in der Ablehnung der Wucherung des Staatsapparats, der mit administrativen Mitteln ausgleichen soll, was die Vergesellschaftung über den Markt nicht mehr leistet. Hier findet der Jugendprotest gegen die „Megamaschine Staat" ebenso einen Anhaltspunkt wie die demagogische Kritik der Rechten an „zu viel Staat". Aus der Ablehnung gerade dieser Art Reformpolitik der SPD resultiert auch ein Teil der „Politikfeindlichkeit" der neuen sozialen Bewegungen und der Versuch, sich in den Nischen des gesellschaftlichen und politischen Systems Platz für Selbstverwirklichung zu schaffen, der sich zum „Aussteigertum" steigern kann. Eine Parallele zu dieser Rückkehr zu Formen „unmittelbarer Gemeinschaftlichkeit" findet sich übrigens in der Propagierung „vorindustrieller Lebensformen" (Löwenthal) in der Propaganda der Rechten: Hochhalten der Familie, der Selbst- und Nachbarschaftshilfe usw.

Die von Löwenthal empfohlene Politik der Orientierung auf das „Primat der Lebensfähigkeit unserer Industriegesellschaft und der maximalen Beschäftigung ihrer Mitglieder" wird diesen Erosionsprozeß allenfalls fördern und die Gewerkschaftsbewegung, wenn sie sich für eine Politik des „Wachstums um jeden Preis" einspannen läßt, isolieren: die neuerdings praktizierten Formen der Profitförderung werden nach übereinstimmenden Einschätzungen aller Seiten die Millionen-Arbeitslosigkeit (selbst bei „Wachstum") in absehbarer Zeit nicht beseitigen; die destruktiven Folgen eines Wachstums *auf dieser Grundlage* werden voraussichtlich derart schwerwiegend sein, daß keine staatliche Sozial- und Strukturpolitik nach bisherigem Muster diese Folgen soweit abschwächen kann, daß sie nicht zum Anlaß heftiger Auseinandersetzungen werden müßten; und auch die Elemente einer radikalen Gesellschaftskritik, die sich aus solchen Anlässen entwickeln, sind längst nicht mehr auf die „nachindustriellen Mittelschichten" (wie Glotz sie nennt) beschränkt: Nach einer Untersuchung des Jugendwerks der Deutschen Shell blicken 58% der befragten Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren „eher düster" in die gesellschaftliche Zukunft, 50 bis 80% der Jugendlichen stehen positiv zu Umweltschutz, alternativer Lebensweise, Atomkraftgegnern, Hausbesetzern.



In drei Städten Baden-Württembergs demonstrierten am vergangenen Wochenende insgesamt 25000 Menschen gegen die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen. Heilbronn, Schwäbisch Gmünd und Ulm sind in diesem Bundesland als Stationierungsorte vorgesehen. In Schwäbisch Gmünd (Bild) sprach als Hauptredner der Kundgebung der IGM-Bevollmächtigte und SPD-Landtagsabgeordnete aus Heidenheim (Ostalbkreis), Pommerenke.

Nach 10 Jahren besucht der Kanzler der BRD wieder die DDR

Von Gerd Koenen

Es mußte erst Breschnew in Bonn gewesen sein, und natürlich Schmidt zu-

Champion der „deutschen Belange" auf, wenn sie fordert, alle konkreten Bedingungen der DDR für die Norma-



In drei Städten Baden-Württembergs demonstrierten am vergangenen Wochenende insgesamt 25000 Menschen gegen die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen. Heilbronn, Schwäbisch Gmünd und Ulm sind in diesem Bundesland als Stationierungsorte vorgesehen. In Schwäbisch Gmünd (Bild) sprach als Hauptredner der Kundgebung der IGM-Bevollmächtigte und SPD-Landtagsabgeordnete aus Heidenheim (Ostalbkreis), Pommerenke.

Nach 10 Jahren besucht der Kanzler der BRD wieder die DDR

Von Gerd Koenen

Es mußte erst Breschnew in Bonn gewesen sein, und natürlich Schmidt zu-vor in Washington wie Erich Honecker auf der Krim, damit sich nach zehn Jahren das erste Mal wieder der Kanzler der BRD und der Staatsratsvorsitzende der DDR treffen konnten.

Fest steht schon, daß nicht viel herauskommen wird, und trotzdem ist der Vorgang nicht ohne Interesse. „Probleme der internationalen Sicherheit und Abrüstung" sollen den Schwerpunkt der Begegnung bilden; aber keine der beiden Seiten hat irgend etwas über die Pläne der jeweiligen Schutzmacht Hinausgehendes vorzuschlagen. Schmidt wird versuchen, eine Reduktion des Zwangsumtauschs zu erreichen und andere Abmachungen auf den Weg zu bringen; dabei wird sein Druckmittel die Verlängerung des zinslosen Überziehungskredits von 750 Mio. für die DDR im innerdeutschen Handel (des sog. „Swing") sein. Honecker wird die Forderungen seiner Geraer Rede vom letzten Jahr neu präsentieren: Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft durch die BRD; Aufwertung der „Ständigen Missionen" zu regulären Botschaften; Auflösung der Erfassungsstelle in Salzgitter (für in der DDR nach westdeutschem Recht begangene Verbrechen); und Regulierung der Elbgrenze nach internationalem Recht.

Aber, wie gesagt, vereinbart wird wenig werden, und so soll es denn als Ausbund west- und ostdeutscher Selbständigkeit gelten, daß man überhaupt „im Gespräch bleibt". Höhepunkt mag eine Abmachung sein über einen Gegenbesuch Honeckers in Bonn im nächsten Jahr – was natürlich schon kein unbedeutsamer Vorgang wäre (Carstens müßte ihn empfangen!).

Die CDU/CSU spielt sich wieder als Champion der „deutschen Belange" auf, wenn sie fordert, alle konkreten Bedingungen der DDR für die Norma-lisierung der Beziehungen pauschal abzulehnen und stattdessen mit wirtschaftlichem Druck innerdeutsche „Erleichterungen" zu erreichen. Schmidt habe mit Honecker nicht über Mittelstrecken-Raketen zu reden, denn das sei – Angelegenheit der USA! Schöne Patrioten sind das. Wenn man schon von „deutschen Belangen" spricht, dann wird andersherum ein Schuh daraus: Man muß den Forderungen der DDR nach Anerkennung einer eigenen Staatsbürgerschaft wie auch den andern Forderungen insoweit entgegenkommen, daß erstens der Vorbehalt eines Friedensvertrags für beide deutsche Staaten nicht berührt wird, daß zweitens aber für die SED-Führung jeder Vorwand für die gewaltsame Abkapselung der DDR entfällt. Dann erst wird man darauf rechnen können, daß in der DDR die versteinerten innenpolitischen Verhältnisse so in Bewegung kommen, wie in der BRD schon seit dem Ende der Adenauer-Ära.

Das vielleicht interessantere Treffen findet parallel zum Gipfeltreffen am Werbellin-See in Ost-Berlin statt: ein Friedenstreffen von Schriftstellern aus beiden deutschen Staaten, zu dem auch der in der DDR verfehmte Robert Havemann informell geladen ist; mit ihm natürlich seine gesamtdeutsche Friedensinitiative, die die Forderung nach dem Rückzug beider Militärblöcke von deutschem Boden enthält und nach einem Friedensvertrag. Wenn Havemann sich auch nur frei zu diesem Treffen hinbegeben dürfte, wäre das in der DDR ein Ereignis, dessen Wirkungen weiter reichen könnten als der leere Formelkram der deutsch-deutschen Diplomatie.

Anregung von Putschgelüsten

cof. Die spanische Regierung war mal wieder ahnungslos, die Minister und der König verreist. Der Geheimdienst verrät kein Geheimnis. Nur die Rechten, allen voran das Hetzblatt „El Alcázar" wissen vorher Bescheid – jedenfalls wenn Putschsignale ausgestreut werden. Und so muß man das Pamphlet der 100 Offiziere der Elitedivision Brunete ja wohl verstehen, die mit ihren Panzern und Geschützen Madrid jederzeit in den Würgegriff nehmen kann und das ja auch vor 9 Monaten schon geübt hat.

100 – eine symbolische Zahl für „viele", die noch dahinter stehen. Darunter Leute mit Familie, z.B. die Söhne der Putschisten vom Februar Pinar (Chef der faschistischen „Fuerza Nueva" – Neue Kraft) und San Martin. Sie beschimpfen Presse und Rundfunk, weil sie die Streitkräfte kritisierten, ohne den nötigen Respekt zu zeigen. Nicht geduldet werden könne, daß „gewisse Offiziere mit brillanter Karriere", die gegenwärtig vor einem Militärgericht stünden, ebenfalls Ziele solcher Kritiken geworden seien. Und weiter: „Die politische Macht muß die notwendige Autonomie der Streitkräfte respektieren, sofern es um ihre Organisation und ihr internes Funktionieren geht, damit der Ausschluß aller Parteiinteressen in ihren Reihen garantiert ist ... Um ihre Sendung besser zu erfüllen, haben es die Streitkräfte nicht nötig, professionalisiert, demokratisiert oder gesäubert zu werden; sie müssen bloß respektiert und geehrt werden, wie sie es verdienen, und die notwendigen Mittel erhalten, die nötig sind, damit sie ihre Aufgabe erfüllen können."

Eine deutliche Warnung an die Re-

mit ihren Panzern und Geschützen Madrid jederzeit in den Würgegriff nehmen kann und das ja auch vor 9 Monaten schon geübt hat.

100 – eine symbolische Zahl für „viele", die noch dahinter stehen. Darunter Leute mit Familie, z.B. die Söhne der Putschisten vom Februar Pinar (Chef der faschistischen „Fuerza Nueva" – Neue Kraft) und San Martin. Sie beschimpfen Presse und Rundfunk, weil sie die Streitkräfte kritisierten, ohne den nötigen Respekt zu zeigen. Nicht geduldet werden könne, daß „gewisse Offiziere mit brillanter Karriere", die gegenwärtig vor einem Militärgericht stünden, ebenfalls Ziele solcher Kritiken geworden seien. Und weiter: „Die politische Macht muß die notwendige Autonomie der Streitkräfte respektieren, sofern es um ihre Organisation und ihr internes Funktionieren geht, damit der Ausschluß aller Parteiinteressen in ihren Reihen garantiert ist ... Um ihre Sendung besser zu erfüllen, haben es die Streitkräfte nicht nötig, professionalisiert, demokratisiert oder gesäubert zu werden; sie müssen bloß respektiert und geehrt werden, wie sie es verdienen, und die notwendigen Mittel erhalten, die nötig sind, damit sie ihre Aufgabe erfüllen können."

Eine deutliche Warnung an die Re-gierung, bloß keine Märtyrer zu schaffen und sich auch nicht in die Besetzung militärischer Kommandostellen einzumischen. Hält sie sich daran und reagiert weiter so zart wie mit den 2 Wochen Hausarrest, die die Unterzeichner jetzt erdulden müssen, sind die Spanier vor nichts sicher. Was sollen kollektive Stellungnahmen, denen keine Taten folgen?

Zu kleineren Aktionen kam es ja schon, z.B. als letzte Woche ein Hauptmann der Heerespolizei mit gezückter Dienstpistole in La Coruna eine erlaubte Demonstration gegen den NATO-Beitritt auflösen ließ – mehrere Verletzte – der Hauptmann wird festgenommen und kriegt einen milden Verweis. Oder der Überfall zweier Hauptleute auf eine Diskothek in ei-

Zwei Jahre nach dem NATO-Doppelbeschluß – was hat die Friedensbewegung erreicht? Chronik zum Doppelbeschluß. *Seite 2*

nem Madrider Vorort, die an der Spitze von 30 Soldaten dort die Musik stoppten und Reden über Patriotismus schwangen.

Calvo Sotelo hält sich derweil gegenüber den Koalitionsangeboten der Linken, die sich als Garanten gegen die Staatsstreichsgefahr andienen, immer noch bedeckt. Felipe Gonzales von der PSOE betonte wieder eindringlich, daß es vermutlich nicht darum gehen werde, *wer* die Wahlen 1983 gewinnt, sondern darum, *daß* diese Wahlen überhaupt stattfinden.

2 Jahre Doppelbeschluß – was hat die Friedensbewegung erreicht?

Von Lutz Plümer

Dieser Tage findet in Brüssel die Winterkonferenz der NATO-Außen- und Verteidigungsminister statt, am 12. Dezember jährt sich zum zweiten Mal der NATO-Doppelbeschluß. Was hat die Friedensbewegung seitdem erreicht?

Sie ist in allen westeuropäischen Ländern eine politische Kraft geworden. In Westdeutschland hat sie Flügel der beiden Regierungsparteien und große Teile der Gewerkschaften in ihren Reihen. Sie erfährt Tag für Tag eine andauernde Unterstützung durch die Bewegung der polnischen Arbeiter- und Volksmassen. Erste Anzeichen einer Friedensbewegung regen sich auch in anderen Ostblockländern, wenn auch angesichts der despotischen Regimes dort nur schwach. Aber die Friedensbewegung wird sich der Identität der Ziele, der Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung über die Blockgrenzen hinweg, mehr und mehr bewußt. Großen Teilen dieser Bewegung zumindest ist klar, daß die Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses nur ein Schritt sein kann in einem Kampf, der darum geht, die Unabhängigkeit Europas von beiden Supermächten zu erringen.

Bislang ist der Friedensbewegung das Schicksal erspart geblieben, das die Friedensbewegung der 50er Jahre nach der blutigen Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956 erlitt: durch die Blockkonfrontation einfach zerrieben zu werden. Oft wird unterschätzt, was unsere Bewegung den mutigen Kämpfen der polnischen Nation, ihrem klugen Vorgehen schon heute zu verdanken hat.

Von der Verwirklichung des Ziels, den NATO-Doppelbeschluß aufzuheben, ist die Friedensbewegung noch weit entfernt. In allen größeren NATO-Ländern halten die Regierungen strikt an dem Doppelbeschluß fest, der westdeutsche Kanzler bekräftigte dieser Tage erneut, daß er sein politisches Schicksal an den Ausgang der Genfer Verhandlungen knüpfe, die wiederum ohne den Doppelbeschluß undenkbar seien. Wie eine westdeutsche Regierung aussehen sollte, die die Forderung nach Aufkündigung des NATO-Beschlusses erfüllt, kann man sich heute nur schwer vorstellen. Und doch: Daß es eine realistische Chance gibt, diesen Beschluß zu kippen, die Blöcke in Europa zu erschüttern, um sie schließlich abzuschütteln, erscheint heute weitaus realistischer als noch vor einem Jahr.

Daß die NATO durch die Auseinandersetzungen in Europa in gewissem, wenn auch geringem, Grad bereits heute erschüttert ist, wirkt sich bis in die Höhen der NATO-Ratstagung aus. Allerdings nicht direkt: es gibt keine Regierung, die dort die Aufkündigung dieses Beschlusses fordern würde (sieht man mal von den schon länger bestehenden Vorbehalten der Niederlande ab). Krach gab es über einen Nebenpunkt: die Einladung an Spanien, der NATO beizutreten, eine Vertragsänderung, die die Zustimmung aller Mitgliedsländer und ihrer Parlamente zur Voraussetzung hat. Die sozialistische Regierung Griechenlands, an die Macht gekommen mit dem ausdrücklichen Versprechen, die NATO zu verlassen, legte sich quer, allerdings nur vorübergehend. Sie stützte sich dabei auf die starke, von der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei Spaniens unterstützte Opposition gegen den NATO-Beitritt. Die NATO-Ratskollegen des griechischen Ministerpräsidenten und Verteidigungsministers Papandreou zeigten ,,keinerlei Verständnis'' für die griechische Haltung, bemerkt die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'', es war gar von ,,Einmischung in die spanische Innenpolitik'' die Rede. Einmischung? Es war wohl mehr ein Stück Solidarität der Griechen mit den Spaniern gegenüber den USA, eine nicht sehr konsequente Solidarität allerdings. Aber schon war auch die Zustimmung der Niederlande, Belgiens und Dänemarks nicht mehr vollständig sicher. Das ganze dauerte nicht länger als 24 Stunden, zu stark sind dann doch die ökonomischen und politischen Abhängigkeiten Griechenlands, als daß die Ablehnung eines spanischen Beitritts hätte durchgehalten werden können. Immerhin. Etwas hat sich in der NATO schon geändert seit dem 12.12.1979. Etwas erschüttert worden ist sie schon durch die Kämpfe der Friedensbewegung in den europäischen NATO-Ländern. Nicht viel freilich, bei weitem nicht genug.

Nukleare Aufrüstung und Friedensbewegung

1974 US-Außenminister Schlesinger verkündet die Atomstrategie der ,,selektiven und flexiblen Optionen'', der begrenzten Nuklearkriegsführung.

1974 Entwicklungsbeginn der Pershing-II-Rakete.

1974 Sowjetunion beginnt die Dislozierung des eurostrategischen TU-22-M-Bombers (Backfire).

Juni 1976. NATO-Außenminister beschließen Modernisierung der Mittelstreckenwaffen und Weiterentwicklung der Pershing II.

1976/77 Sowjetunion beginnt die Dislozierung der SS-20-Raketen.

27.6.77 Die ,,International Herald Tribune'' berichtet über amerikanische Absichten der Produktion einer Neutronenbombe.

Oktober 1977 Bundeskanzler Helmut Schmidt warnt in einer Rede vor dem IISS in London vor der wachsenden Bedrohung Westeuropas durch sowjetische SS 20.

5.1.1978 Breschnew fordert Carter zu Vereinbarung über gegenseitigen Verzicht auf Herstellung von Neutronenwaffen auf.

14.4.1978 Gründung des niederländischen Kongresses gegen Nuklearbewaffnung. Demonstration gegen Atomtod mit 50000 Teilnehmern in Amsterdam.

April 1978 Carter-Administration schiebt Produktion der Neutronbenbombe auf unbestimmte Zeit auf.

Mai 1978 NATO verabschiedet Langzeitprogramm, das 3%ige Realsteigerung der Rüstungsausgaben vorsieht.

17.11.1978 Breschnew erklärt, auch die Sowjetunion habe vor einigen Jahren Neutronenwaffen getestet, sich jedoch gegen ihre Einführung entschieden.

25.12.1978 Vietnam beginnt mit sowjetischer Hilfe Invasion in Kampuchea.

18.6.1979 Carter und Breschnew unterzeichnen in Wien SALT II.

5.12.1979 SPD beschließt auf ihrem Berliner Parteitag die Zustimmung zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa.

9.12.1979 In Brüssel demonstrieren 70000 gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa.

12.12.1979 NATO-Doppelbeschluß.

28.12.1979 Sowjetische Truppen marschieren in Afghanistan ein und inthronisieren Babrak Karmal.

April 1980 Helmut Schmidt schlägt befristeten Stationierungsverzicht vor.

28.4.1980 Die ,,Bertrand-Russel Peace Foundation'' veröffentlicht Aufruf für eine atomwaffenfreie Zone in Europa.

2.5.1980 Die sowjetische Zeitschrift ,,Nowosti'' erklärt, bei Realisierung der NATO-Nachrüstung werde die BRD zur Hauptzielscheibe eines atomaren Gegenschlages der Sowjetunion im Konfliktfall.

6.5.1980 In Bremen demonstrieren 15000 gegen öffentliche Rekrutenvereidigung.

Juni 1980 Breschnew erklärt anläßlich eines Staatsbesuchs von H. Schmidt, die SU sei zu Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenraketen in Europa bereit.

25.7.1980 USA verkünden die ,,Direktive 59''.

17.10.1980 In Genf beginnen Vorbereitungsgespräche zu Verhandlungen über eurostrategische Waffen.

16.11.1980 Abbruch der Genfer Vorbereitungsgespräche.

16.11.1980 ,,Krefelder Appell'' beschlossen.

Januar 1981 Nach Aussagen der USA hat die Sowjetunion das Tempo der Stationierung der SS 20 von 50 auf 80 Stück jährlich erhöht.

3.2.1981 Weinberger verkündet erneut Absicht der USA, Neutronenwaffen in Zentraleuropa zu stationieren.

11.2.1981 SPD-Vorstand bekräftigt in 5-Punkte-Erklärung Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluß ,,in seinen beiden Teilen''.

23.2.1981 Breschnew erklärt in Rede vor dem XXVI. Parteitag der KPdSU Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion.

April 1981 25000 demonstrieren in Bonn anläßlich der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO ,,gegen Atomraketen und Neutronenbomben''.

April 1981 Jungsozialisten bekräftigen ihre Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses in einer Entschließung, die u.a. die beiden Supermächte gleichsetzt. SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz protestiert energisch.

April 1981 DGB-Bundesjugendausschuß faßt Beschluß zur Vorbereitung des Antikriegstages 1981 und fordert eine ,,gegenüber den beiden Supermächten unabhängige Politik''.

Mai 1981 1000 FDP-Funktionäre unterzeichnen parteiinterne Initiative gegen Doppelbeschluß.

3. Mai 1981 Baden-Württembergische SPD fordert auf ihrem Aalener Parteitag, auf dem kommenden SPD-Parteitag die ,,Geschäftsgrundlagen des NATO-Doppelbeschlusses'' zu überprüfen. Auch auf weiteren Landesparteitagen von SPD und FDP ist der Doppelbeschluß heftig umstritten.

4./5. Mai 1981 Ministerratstagung der NATO bekräftigt Doppelbeschluß.

26. Mai 1981 Bundestag bekräftigt Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluß.

5.6.1981 Drohbrief des ZK der KPdSU an die PVAP-Führung im Vorfeld des Parteitages der PVAP.

17. Juni 1981 Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen spricht sich gegen NATO-Doppelbeschluß aus.

20. Juni 1981 100000 demonstrieren anläßlich des Kirchentages in Hamburg gegen das atomare Wettrüsten in Ost und West.

28. Juni 1981 Juso-Kongreß in Lahnstein verabschiedet einstimmig eine Erklärung ,,Für eine wirkliche Friedenspolitik – den NATO-Raketenbeschluß verhindern''.

1.7.1981 DGB-Bundesjugendausschuß beschließt, den Aufruf der Aktion Sühnezeichen und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden zu Demonstration und Kundgebung in Bonn am 10. Oktober zu unterstützen.

7.7.1981 DGB-Bundesvorstand verbietet offizielle Unterstützung von Gewerkschaftsorganen für die Bonner Demonstration.

8.8.1981 Reagan ordnet Produktion und Lagerung von Neutronenwaffen an. Massive Proteste in Westeuropa.

27.8.1981 SPD-Vorstand veranstaltet in Bonn ein ,,Forum Frieden'', an dem einige Sprecher der Friedensbewegung teilnehmen.

1. September 1981 Antikriegstag. Zahlreiche Demonstrationen.

September 1981 DGB-Vorstand beschließt Aufruf ,,Frieden durch Abrüstung''.

September 1981 Solidarnošć-Kongreß fordert Kürzung der Rüstungsausgaben.

2.–4.10.1981 Bundeskongreß der Grünen beschließt ,,Friedensmanifest'' und ergreift Initiative zu Demonstration und Kundgebung anläßlich des Breschnew-Besuchs.

5.10.1981 Prominente Sprecher der westdeutschen Friedensbewegung verfassen Apell ,,Hände weg von Polen''.

10.10.1981 300000 demonstrieren in Bonn für Frieden und Abrüstung in Ost und West.

10.10.1981 Offener Brief von R. Havemann, DDR, an L. Breschnew veröffentlicht.

23.–25.10.1981 Berlin: Kongreß über ,,Alternativen europäischer Friedenspolitik''.

24./25.10.1981 Demonstrationen in London (200000), Rom (250000), Brüssel (200000), Paris (über 100000), Stockholm, Oslo und Prag.

18.11.1981 Reagan trägt seine Version der ,,Null-Lösung'' für die kommenden Genfer Verhandlungen vor.

21.11.1981 Veranstaltung des Krefelder Forums in der Dortmunder Westfalenhalle.

21.11.1981 Amsterdam. 500000 demonstrieren für die zentrale Forderung: Keine Atomraketen in Europa.

22.11.1981 ,,Friedenspolitische Initiative anläßlich des Breschnew-Besuchs''. Demonstration, Kundgebung und Diskussionsveranstaltung von Kräften der Friedensbewegung am Vorabend des Breschnew-Besuchs in Bonn. Weitere Demonstrationen von Junger Union und Marxistischen Gruppen.

23.11.1981 Breschnew trägt in Bonn sowjetische Version der ,,Null-Lösung'' vor.

30.11.1981 Beginn der Verhandlungen in Genf.

Unabhängigkeit Europas von beiden Supermächten zu erringen.

Bislang ist der Friedensbewegung das Schicksal erspart geblieben, das die Friedensbewegung der 50er Jahre nach der blutigen Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956 erlitt: durch die Blockkonfrontation einfach zerrieben zu werden. Oft wird unterschätzt, was unsere Bewegung den mutigen Kämpfen der polnischen Nation, ihrem klugen Vorgehen schon heute zu verdanken hat.

Von der Verwirklichung des Ziels, den NATO-Doppelbeschluß aufzuheben, ist die Friedensbewegung noch weit entfernt. In allen größeren NATO-Ländern halten die Regierungen strikt an dem Doppelbeschluß fest, der westdeutsche Kanzler bekräftigte dieser Tage erneut, daß er sein politisches Schicksal an den Ausgang der Genfer Verhandlungen knüpfe, die wiederum ohne den Doppelbeschluß undenkbar seien. Wie eine westdeutsche Regierung aussehen sollte, die die Forderung nach Aufkündigung des NATO-Beschlusses erfüllt, kann man sich heute nur schwer vorstellen. Und doch:

Opposition gegen den NATO-Beitritt. Die NATO-Ratskollegen des griechischen Ministerpräsidenten und Verteidigungsministers Papandreou zeigten ,,keinerlei Verständnis'' für die griechische Haltung, bemerkt die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'', es war gar von ,,Einmischung in die spanische Innenpolitik'' die Rede. Einmischung? Es war wohl mehr ein Stück Solidarität der Griechen mit den Spaniern gegenüber den USA, eine nicht sehr konsequente Solidarität allerdings. Aber schon war auch die Zustimmung der Niederlande, Belgiens und Dänemarks nicht mehr vollständig sicher. Das ganze dauerte nicht länger als 24 Stunden, zu stark sind dann doch die ökonomischen und politischen Abhängigkeiten Griechenlands, als daß die Ablehnung eines spanischen Beitritts hätte durchgehalten werden können. Immerhin. Etwas hat sich in der NATO schon geändert seit dem 12.12.1979. Etwas erschüttert worden ist sie schon durch die Kämpfe der Friedensbewegung in den europäischen NATO-Ländern. Nicht viel freilich, bei weitem nicht genug.

Rüstungsausgaben vorsieht.

17.11.1978 Breschnew erklärt, auch die Sowjetunion habe vor einigen Jahren Neutronenwaffen getestet, sich jedoch gegen ihre Einführung entschieden.

25.12.1978 Vietnam beginnt mit sowjetischer Hilfe Invasion in Kampuchea.

18.6.1979 Carter und Breschnew unterzeichnen in Wien SALT II.

5.12.1979 SPD beschließt auf ihrem Berliner Parteitag die Zustimmung zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa.

9.12.1979 In Brüssel demonstrieren 70000 gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa.

12.12.1979 NATO-Doppelbeschluß.

28.12.1979 Sowjetische Truppen marschieren in Afghanistan ein und inthronisieren Babrak Karmal.

April 1980 Helmut Schmidt schlägt befristeten Stationierungsverzicht vor.

28.4.1980 Die ,,Bertrand-Russel Peace Foundation'' veröffentlicht Aufruf für eine atomwaffenfreie Zone in Europa.

2.5.1980 Die sowjetische Zeitschrift ,,Nowosti'' erklärt, bei Realisierung der NATO-Nachrüstung werde die BRD zur Hauptzielscheibe eines atomaren Gegenschlages der Sowjetunion im Konfliktfall.

6.5.1980 In Bremen demonstrieren 15000

den Supermächte gleichsetzt. SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz protestiert energisch.

April 1981 DGB-Bundesjugendausschuß faßt Beschluß zur Vorbereitung des Antikriegstages 1981 und fordert eine ,,gegenüber den beiden Supermächten unabhängige Politik''.

Mai 1981 1000 FDP-Funktionäre unterzeichnen parteiinterne Initiative gegen Doppelbeschluß.

3. Mai 1981 Baden-Württembergische SPD fordert auf ihrem Aalener Parteitag, auf dem kommenden SPD-Parteitag die ,,Geschäftsgrundlagen des NATO-Doppelbeschlusses'' zu überprüfen. Auch auf weiteren Landesparteitagen von SPD und FDP ist der Doppelbeschluß heftig umstritten.

4./5. Mai 1981 Ministerratstagung der NATO bekräftigt Doppelbeschluß.

26. Mai 1981 Bundestag bekräftigt Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluß.

5.6.1981 Drohbrief des ZK der KPdSU an die PVAP-Führung im Vorfeld des Parteitages der PVAP.

17. Juni 1981 Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen spricht sich gegen NATO-Doppelbeschluß aus.

20. Juni 1981 100000 demonstrieren anläßlich des Kirchentages in Hamburg gegen das atomare Wettrüsten in Ost und West.

28. Juni 1981 Juso-Kongreß in Lahnstein

10.10.1981 300000 demonstrieren in Bonn für Frieden und Abrüstung in Ost und West.

10.10.1981 Offener Brief von R. Havemann, DDR, an L. Breschnew veröffentlicht.

23.–25.10.1981 Berlin: Kongreß über ,,Alternativen europäischer Friedenspolitik''.

24./25.10.1981 Demonstrationen in London (200000), Rom (250000), Brüssel (200000), Paris (über 100000), Stockholm, Oslo und Prag.

18.11.1981 Reagan trägt seine Version der ,,Null-Lösung'' für die kommenden Genfer Verhandlungen vor.

21.11.1981 Veranstaltung des Krefelder Forums in der Dortmunder Westfalenhalle.

21.11.1981 Amsterdam. 500000 demonstrieren für die zentrale Forderung: Keine Atomraketen in Europa.

22.11.1981 ,,Friedenspolitische Initiative anläßlich des Breschnew-Besuchs''. Demonstration, Kundgebung und Diskussionsveranstaltung von Kräften der Friedensbewegung am Vorabend des Breschnew-Besuchs in Bonn. Weitere Demonstrationen von Junger Union und Marxistischen Gruppen.

23.11.1981 Breschnew trägt in Bonn sowjetische Version der ,,Null-Lösung'' vor.

30.11.1981 Beginn der Verhandlungen in

Boock-Prozeß soll in Stammheim stattfinden

kvz./taz. Der Generalbundesanwalt hat Anklage erhoben gegen Peter-Jürgen Boock. In einer sechsseitigen Presseklärung Rebmanns wird Boock u.a. die ,,maßgebliche'' Beteiligung an der Entführung und Ermordung von Schleyer und Ponto zur Last gelegt, ohne jedoch irgendeine konkrete Handlung Boocks mit Ort und Zeit zu belegen. Das Verfahren soll in Stammheim stattfinden. Boocks Anwälte Heinrich Hannover und Wolf Römmig erklären dazu: ,,Die Verteidiger Boocks sehen darin einen Bruch öffentlicher Erklärungen der Bundesminister Baum und Schmude, wonach ehemalige Mitglieder terroristischer Vereinigungen, die sich vom Terrorismus losgesagt haben, mit einem fairen Verfahen rechnen können. Faires Verfahren für Boock hätte bedeutet, die Anklage in Hamburg zu erheben, wo die wichtigsten familiären und sozialen Bindungen unseres Mandanten bestehen ... Stattdessen hat der Generalbundesanwalt entgegen den frühzeitig vorgetragenen Bedenken der Verteidigung ... den Anklageort Stuttgart Stammheim gewählt, der für Boock und nicht nur für ihn einen schrecklichen Symbolcharakter hat.''

,,Wir wollen keine zweite Labour Party''

kvz. 60 Frankfurter SPD-Politiker haben nach einer vertraulichen Zusammenkunft im Gewerkschaftshaus den Unterbezirksvorstand ihrer Partei in ungewöhnlich scharfer Form angegriffen, Maßnahmen gegen die Jungsozialisten gefordert und eine Erklärung ,,Frankfurter Sozialdemokraten für Holger Börner'' verabschiedet, in der es heißt: ,,Wir können nicht zulassen, daß die SPD unter dem Einfluß der Frankfurter ‚Linken' mit der falschen Annahme, nur sie könnte die Jugend binden, zu einer zweiten grünen Partei mit radikalsozialistischem Anspruch und ohne Mehrheitsaussicht umgeformt wird. Wir wollen keine zweite Labour Party.'' Anlaß war der Unterbezirks-Parteitag vom vergangenen Wochenende, auf dem mit knapper Mehrheit ein Antrag durchgekommen war, in dem die Landesregierung und Börner erneut aufgefordert werden, die Bauarbeiten an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens stoppen zu lassen. Der Unterbezirksvorsitzende berichtete in einem anderen Zusammenhang über erhebliche Mitgliederverluste, die vorwiegend aus dem Protest gegen den Kurs der Landesregierung zu erklären sind.

Parteien machen Schulden wie die Säutreiber

kvz. Eine absolute Rekordhöhe erreichte im Bundestagswahljahr 1980 die Kreditaufnahme der großen Parteien. Die Sozialdemokraten lagen dabei mit 51 Millionen Mark an der Spitze. Die CDU hat diesmal 17,6 Millionen Kreditaufnahme ausgewiesen; die CSU weist weitere 8,3 Millionen Kreditaufnahme in 1980 aus. Die Zahlen ergeben sich aus den Rechenschaftsberichten, welche die Parteien laut Gesetz vorlegen müssen. Insgesamt nahm die SPD im letzten Jahr 207 Millionen Mark ein, davon 70 Millionen Beiträge, 12,7 Millionen Mark Spenden und 49,5 Millionen Wahlkampferstattung. Die CDU kam auf 177 Millionen, bei 50 Millionen Beiträgen, 48,4 Millionen Mark Spenden und 39 Millionen Wahlkampf-Geldern. Die Grünen kassierten 4,7 Millionen Wahlkampferstattung. Die großen Parteien hatten im Wahlkampfabkommen 1980 vereinbart, insgesamt nur 93 Millionen für den Wahlkampf auszugeben; an ,,Kostenerstattung'' haben sie aber rund 152 Millionen kassiert.

Weißwäscher an der Arbeit

kvz. Vor dem Hintergrund einer Reihe schwebender Verfahren wegen Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit Parteispenden gegen führende Bonner Politiker wird laut ,,Spiegel'' in den Bonner Fraktionen eine Grundgesetzänderung erwogen, mit der die Parteien künftig mehr Spielraum zur Finanzierung erhalten und gleichzeitig die Spendenaffairen unter den Teppich gekehrt werden sollen. In einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts war 1979 den Parteien ausdrücklich kein gemeinnütziger Charakter zuerkannt worden, weswegen Parteispenden nur bis 1800 DM pro Person steuerlich absetzbar sind. Die Grundgesetzänderung soll nun ermöglichen, daß die Parteien wie gemeinnützige Organisationen behandelt werden und damit Spenden bis zu einer weit höheren Obergrenze steuerlich abzugsfähig werden könnten. Erwartet wird gleichzeitig eine faktische Amnestie für die jetzt belangten Parteiverantwortlichen, darunter FDP-Wirtschaftsminister Lambsdorff und CDU-Schatzmeister Leisler Kiep.

NRW-Rechnungshof will Arbeitszeit überprüfen

ödi.Köln. Der NRW-Landtag findet offensichtlich Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst und Planstellenstreichung noch völlig unzureichend. Der Finanzausschuß des Landtages und der Landesrechnungshof kontrollieren jetzt auch die Arbeitszeit im einzelnen, insgesamt zu erhöhen. Vom 1.10.81 bis zum 30.9.82 wird für alle Beschäftigten um sie (außer Wissenschaftlern und Auszubildenden) eine Erhebung durchgeführt, um die konkrete jährliche Arbeitszeit zu erfassen. Rauskommen werden natürlich reale Arbeitszeiten unter 40 Stunden wegen Krankheit usw., so daß – wie der Hauptpersonalrat beim Wissenschaftsministerium befürchtet – nach Auswertung die Arbeitszeit erhöht und der Planstellenschlüssel erneut gesenkt werden kann. Der Widerstand des Personalrats gegen diese Erfassung hat sich außer im Punkt der Zusicherung der Anonymität bei der zentralen Auswertung nicht durchsetzen können. Einzelne Dienststellen nutzen das jetzt, um nachzuziehen. An der Universität Köln hat die Personalverwaltung z.B. gleich die einzelnen Seminare eindringlich gewarnt, Fehlzeiten bereits am ersten Tag und nicht erst am 4. weiterzumelden. Ob sie umfassend damit durchkommen, ist wegen des Widerstandes gegen die Sparpolitik, der bis zu den Professoren und Seminarleitern reicht, noch nicht sicher.

H.-U. Klose auf Friedensdemonstration in Hamburg

hek.Hamburg. 20–30000 Menschen beteiligten sich am Samstag, dem 5.12., an einem Sternmarsch gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen. Initiator war das Hamburger Forum, der örtliche Zusammenschluß auf der Grundlage des ,,Krefelder Appells'', an dem sich auch eine beachtliche Reihe von SPD-Bürgerschaftsabgeordnete und Gewerkschaftsvertreter beteiligten. Die HBV hatte ebenfalls dazu aufgerufen. Redner auf der Abschlußkundgebung war eine IGM-Betriebsrätin, ein evangelischer Pfarrer und der ehemalige SPD-Bürgermeister Hans-Ulrich Klose. Klose, der sich noch am 1. Mai für den NATO-Doppelbeschluß ausgesprochen hatte, bezeichnete in seiner Rede die Diskussion um die ,,Null-Lösung'' als verlogen und sprach sich für eine zwischen Ost und West vereinbarte atomwaffenfreie Zone in Europa aus. Seiner Ansicht nach gehört die NATO zu ,,den Instrumenten, über die nachgedacht werden muß'' und die keinen Ewigkeitswert besitzen. Er betonte jedoch, er sei keineswegs für den Austritt der BRD aus der NATO, aber die Strategie der Abschreckung hielte er für untauglich. Auffallend war die starke Beteiligung von Schülern an der Demonstration.

Die erzwungene Familienlosigkeit der Ausländer



Der baden-württembergische Ministerpräsident hat gerade voll Freude die Ergebnisse verkündet, die die drastische Einschränkung des Asylrechts für Ausländer in diesem Jahr schon gehabt hat: Gegenüber über 100000 Bewerbern im vergangenen Jahr seien es dieses Jahr nur noch etwa zwei Fünftel. Es scheint, daß diese „Erfolge" die Politiker beflügeln, in anderen Bereichen der Ausländerpolitik mit ähnlich rabiaten Mitteln einen weiteren Zuzug von Ausländern zu drosseln oder zu vermehrten Ausweisungen zu schreiten. Nachdem Berlin kurzzeitig mit seinem Ausländererlaß vorgeprescht war, hat die Bundesregierung mit ihren Empfehlungen vom 2. Dezember rasch eine Grundlage geschaffen, auf der einheitliches Vorgehen der Länder möglich erscheint.

vip. „Die südafrikanischen Behörden aber dulden in dieser überwiegend von Mischlingen und Weißen bewohnten Gegend der Kap-Provinz keine geschlossenen Siedlungen von schwarzen Familien, sondern nur ‚ledige' männliche schwarze ‚Gastarbeiter', die sie in Männerwohnheimen unterbringen. Die Frauen und Kinder haben in ihrem jeweiligen ‚Heimatland' zu bleiben ... Im südafrikanischen Parlament greifen Abgeordnete der Opposition das Vorgehen der Behörden heftig an. Sie halten die gewaltsame Trennung von Familien für unmenschlich."

Das sind Auszüge aus dem Untertext zu einem Bildprojekt in der FAZ vom 21.8.1981. Drei Dinge zeigen, daß es sich nicht um die Bundesrepublik handelt: südafrikanisch, schwarz und die Tatsache, daß es im Parlament gegen diese Politik eine Opposition gibt.

Ohne auf parlamentarische Opposition zu stoßen, konnte die Ausländerbehörde Gelsenkirchen im Sommer dieses Jahres rund achtzig türkische Jugendliche, die mit 17 Jahren zur Familie in die BRD gekommen waren, zur Ausreise auffordern – aus arbeitsmarktpolitischen Gründen. In mindestens vier Fällen setzte sich die Behörde sogar beim Oberverwaltungsgericht Münster durch. Der zuständige Innenminister, der die Entscheidung hätte aufheben können, teilte damals nur mit, die Praxis der Behörde sei durch keinen Erlaß gedeckt.

Durch einen hessischen Erlaß gedeckt war dagegen die Verfügung der Frankfurter Ausländerbehörde aus demselben Zeitraum, durch die einer Türkin untersagt wurde, ihrem seit vielen Jahren in der BRD arbeitenden Mann nachzuziehen. Begründung: In der Türkei lebten noch drei Kinder,

Abgeordnete der Opposition das Vorgehen der Behörden heftig an. Sie halten die gewaltsame Trennung von Familien für unmenschlich."
Das sind Auszüge aus dem Untertext zu einem Bildprojekt in der FAZ vom 21.8.1981. Drei Dinge zeigen, daß es sich nicht um die Bundesrepublik handelt: südafrikanisch, schwarz und die Tatsache, daß es im Parlament gegen diese Politik eine Opposition gibt.
Ohne auf parlamentarische Opposition zu stoßen, konnte die Ausländerbehörde Gelsenkirchen im Sommer dieses Jahres rund achtzig türkische Jugendliche, die mit 17 Jahren zur Familie in die BRD gekommen waren, zur Ausreise auffordern – aus arbeitsmarktpolitischen Gründen. In mindestens vier Fällen setzte sich die Behörde sogar beim Oberverwaltungsgericht Münster durch. Der zuständige Innenminister, der die Entscheidung hätte aufheben können, teilte damals nur mit, die Praxis der Behörde sei durch keinen Erlaß gedeckt.
Durch einen hessischen Erlaß gedeckt war dagegen die Verfügung der Frankfurter Ausländerbehörde aus demselben Zeitraum, durch die einer Türkin untersagt wurde, ihrem seit vielen Jahren in der BRD arbeitenden Mann nachzuziehen. Begründung: In der Türkei lebten noch drei Kinder,

und falls diese auch noch kommen wollten, reiche der vorhandene Wohnraum nicht. Die Kinder waren in höhe-



Asylbewerber vor dem Meldeamt

ren Schulen und dachten gar nicht daran, ihre Ausbildung in der Türkei abzubrechen.

Nur Beispiele, keine Einzelfälle. Sie zeigen, daß die Beschlüsse und Erlasse zum Familiennachzug teilweise nur eine bereits bestehende Praxis weihen.

Empfehlungen des Kabinetts von CDU-Ländern umgesetzt

Das Bundeskabinett hat am 2. Dezember folgende Empfehlungen einstimmig beschlossen: Lebt ein Elternteil im Ausland, dürfen Kinder nicht zuziehen; Kinder, die 16 Jahre oder älter sind, dürfen im Regelfall auch dann nicht folgen, wenn beide Elternteile hier leben; Familiennachzug ist ausgeschlossen, wenn sich der Ausländer zu Aus- und Fortbildungszwecken hier aufhält; Ehegattennachzug setzt achtjährigen Aufenthalt plus einjähriger Ehe voraus. Es sind dies, wie gesagt, Empfehlungen an die Länder. Das Ausländergesetz ist zwar ein Bundesgesetz. Es wird aber im Auftrag des Bundes durch die Länder ausgeführt. Die Landesinnenminister können durch Erlaß den Ausländerbehörden Anweisungen zur Auslegung und Anwendung des (nach wie vor unveränderten) Ausländergesetzes geben. Nach §2 dieses Gesetzes darf keine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn dadurch „Belange" der Bundesrepublik beeinträchtigt würden, und ist das nicht der Fall, dann übt die Behörde das ihr eingeräumte Ermessen aus. Sie erteilt die Aufenthaltserlaubnis oder erteilt sie eben nicht. Dieser „Spielraum" wird durch Ministeranweisung gebunden.

Berlin, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und NRW haben bis jetzt den Familiennachzug durch Erlaß neu geregelt, im großen und ganzen auf der Linie des Kabinettsbeschlusses. Die anderen Länder werden rasch folgen. Berlin ist, sicherlich nicht ohne Absprache wenigstens mit den CDU/CSU-regierten Ländern, an zwei Punkten vorgeprescht: Heiraten Ausländer der zweiten Generation, so können sie ihren Ehegatten erst nachfolgen lassen, wenn sie die unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen; diese erhalten sie erst, wenn sie unbeschränkte Arbeitserlaubnis besitzen, und diese im Regelfall erst nach fünfjährigem Arbeiterleben. Und: Nachgezogene Kinder können nach Eintritt der Volljährigkeit nur bleiben, wenn sie „sich ununterbrochen fünf Jahre rechtmäßig in der

Erlaß den Ausländerbehörden Anweisungen zur Auslegung und Anwendung des (nach wie vor unveränderten) Ausländergesetzes geben. Nach §2 dieses Gesetzes darf keine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn dadurch „Belange" der Bundesrepublik beeinträchtigt würden, und ist das nicht der Fall, dann übt die Behörde das ihr eingeräumte Ermessen aus. Sie erteilt die Aufenthaltserlaubnis oder erteilt sie eben nicht. Dieser „Spielraum" wird durch Ministeranweisung gebunden.
Berlin, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und NRW haben bis jetzt den Familiennachzug durch Erlaß neu geregelt, im großen und ganzen auf der Linie des Kabinettsbeschlusses. Die anderen Länder werden rasch folgen. Berlin ist, sicherlich nicht ohne Absprache wenigstens mit den CDU/CSU-regierten Ländern, an zwei Punkten vorgeprescht: Heiraten Ausländer der zweiten Generation, so können sie ihren Ehegatten erst nachfolgen lassen, wenn sie die unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen; diese erhalten sie erst, wenn sie unbeschränkte Arbeitserlaubnis besitzen, und diese im Regelfall erst nach fünfjährigem Arbeiterleben. Und: Nachgezogene Kinder können nach Eintritt der Volljährigkeit nur bleiben, wenn sie „sich ununterbrochen fünf Jahre rechtmäßig in der

BRD aufgehalten haben und in einem anerkannten Ausbildungsverhältnis oder in einem mehrjährigen arbeitserlaubnis- oder sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis stehen; anstelle einer mehrjährigen Beschäftigung genügt es, wenn sich die Beschäftigung an eine in der BRD abgeschlossene anerkannte Ausbildung anschließt".

Kurz: Nachgezogene arbeitslose Ausländer raus. – Dergestalt ist das „Rückführungsprogramm", das die Reaktion gern durchgesetzt sähe. Der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Schilling, hatte vor Jahresfrist in der ZEIT Nr. 48 ausgesprochen, womit die Schwarzen schwanger gehen. Der Kreuzritter wider die Asiaten schrieb: „Um nur das Beispiel der Türken herauszugreifen: Sie werden in ihrer Art zu sein, zu denken und zu handeln einfach nicht begriffen. Das ist nicht unsere Welt, und sie wird es niemals sein ... Ohne Umschweife bedeutet dies: Es muß die Repatriierung des größten Teils der Gastarbeiter aus den europäischen Randgebieten bzw. außereuropäischen Ländern erwogen werden ... die weltweiten Rezessionstendenzen sowie die technische Revolution der Mikroprozessoren werden insbesondere Arbeitsplätze vernichten, auf denen weniger qualifizierte Kräfte beschäftigt werden. Häufig wird es sich um Gastarbeiter aus den europäischen Randlagen handeln. Es drängt sich deshalb geradezu auf, Kapital- und Entwicklungshilfen für die schwächeren europäischen Partner, etwa die Türkei oder Portugal, mit der Auflage zu verknüpfen, namhafte Kontingente ihrer erwerbslos werdenden Staatsbürger wieder aufzunehmen."

Die „Integrations"politik der Regierung

Alle Spielarten ihrer Politik der erzwungenen Familienlosigkeit verkaufen die Herren Börner bis Strauß unter der Wunderkerze der „Integration" dessen, was „integrationsfähig und integrationswillig" ist, wie es Kanzler Schmidt letzte Woche im Kabinett ausgedrückt hat. Unter dem Stichwort „Integration" hat die Bundesregierung am 19. März 1980 aufgeblähte Beschlüsse zur „Weiterentwicklung der Ausländerpolitik" gefaßt. Zum Beispiel den: „Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau wird beauftragt, die von ihm bewirtschafteten ... Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues für ausländische Arbeitnehmer unter Beteiligung der Länder als Darlehen und Zuschüs-

insbesondere Arbeitsplätze vernichten, auf denen weniger qualifizierte Kräfte beschäftigt werden. Häufig wird es sich um Gastarbeiter aus den europäischen Randlagen handeln. Es drängt sich deshalb geradezu auf, Kapital- und Entwicklungshilfen für die schwächeren europäischen Partner, etwa die Türkei oder Portugal, mit der Auflage zu verknüpfen, namhafte Kontingente ihrer erwerbslos werdenden Staatsbürger wieder aufzunehmen."
Die „Integrations"politik der Regierung
Alle Spielarten ihrer Politik der erzwungenen Familienlosigkeit verkaufen die Herren Börner bis Strauß unter der Wunderkerze der „Integration" dessen, was „integrationsfähig und integrationswillig" ist, wie es Kanzler Schmidt letzte Woche im Kabinett ausgedrückt hat. Unter dem Stichwort „Integration" hat die Bundesregierung am 19. März 1980 aufgeblähte Beschlüsse zur „Weiterentwicklung der Ausländerpolitik" gefaßt. Zum Beispiel den: „Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau wird beauftragt, die von ihm bewirtschafteten ... Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues für ausländische Arbeitnehmer unter Beteiligung der Länder als Darlehen und Zuschüs-

se für modellhafte Maßnahmen vor allem im Bereich der Stadterneuerung und Wohnungsmodernisierung zu verwenden, um Anstöße zur Verbesserung der Wohnverhältnisse ausländischer Arbeitnehmer und damit deren soziale Integration besonders in Ballungsgebieten zu geben."

Per 23.9.1981 berichtete das Bauministerium zur Umsetzung dieses Beschlusses: „Der BMBau sieht sich außerstande zu berichten, da die Abwicklung der Verpflichtungen aus den vorhergehenden Jahren wegen Nichtfreigabe von Haushaltsresten in der erforderlichen Höhe nicht zu gewährleisten sei." Ende.

Dagegen hat der Innenminister dem Kabinett einen Gesetzentwurf vorgelegt, der einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung für diejenigen Ausländer vorsieht, die acht Jahre in der BRD leben, sozial integriert und zwischen 18 und 21 Jahre alt sind. Allerdings wird aus einer breit angelegten Einbürgerungsaktion gerade so viel werden wie aus dem forschen Bauprogramm. Davon abgesehen, daß sich die Bundesratsmehrheit (CDU/CSU) mit Händen und Füßen gegen solche Blutschande wehrt, fehlt es den Adressaten an Neigung, sich einbürgern zu lassen: Nach einer baden-württembergischen Statistik sind von den Türken, die zehn Jahre hier leben, ganze 0,09% einbürgerungsbereit. Die Jugoslawen bieten mit 0,8% die höchste Quote. Eine Zwangseinbürgerung verbietet mit gutem Grund das Völkerrecht. Der jugoslawische Staat hat gegenüber den Einbürgerungsplänen der Bundesregierung unverhohlen sein Mißfallen ausgedrückt, und auch der türkische Ministerpräsident Ulusu hat es im April aus Anlaß eines Kongresses über Türken im Ausland als wahrscheinlich bezeichnet, daß Hunderttausende von Arbeiterfamilien dauernd im Ausland bleiben, daß sie aber doch Türken bleiben.

Das Bemerkenswerte an diesem Gesetzentwurf ist denn auch weniger sein Inhalt als die Begleitmusik des Kanzlers: Wer sich nicht einbürgern lassen wolle, soll doch bitte heimgehen. So läuft auch die Politik der Regierungskoalition auf Aderlaß hinaus.

Die Arbeitslosigkeit steigt rapide, besonders unter den Ausländern. Gegenüber 1980 ist die Zahl der arbeitslosen Ausländer um 69% gestiegen. Die Arbeitslosigkeit kommt aber nicht von den Ausländern, sondern aus der Kapitalakkumulation. Die Arbeitslosigkeit rechtfertigt es auch nicht, die Familientrennung mit staatlicher Gewalt zu erzwingen, wo sie „nur" sozial erzwungen war. Einmal mehr erzeugt die Regierung, was einzudämmen sie vorgibt: die Ausländerfeindlichkeit.

SPD-Fachkonferenz für vollständige Gleichstellung

Daß schon lange vor Lummers Erlaß das DGB-Bundesvorstandsmitglied Schwab die Senkung des Nachzugsalters gut geheißen hat, bringt einen Riß in die Front gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Gliederungen, ausländischer Vereinigungen, der mit Aus-

koalition auf Aderlaß hinaus.
Die Arbeitslosigkeit steigt rapide, besonders unter den Ausländern. Gegenüber 1980 ist die Zahl der arbeitslosen Ausländer um 69% gestiegen. Die Arbeitslosigkeit kommt aber nicht von den Ausländern, sondern aus der Kapitalakkumulation. Die Arbeitslosigkeit rechtfertigt es auch nicht, die Familientrennung mit staatlicher Gewalt zu erzwingen, wo sie „nur" sozial erzwungen war. Einmal mehr erzeugt die Regierung, was einzudämmen sie vorgibt: die Ausländerfeindlichkeit.
SPD-Fachkonferenz für vollständige Gleichstellung
Daß schon lange vor Lummers Erlaß das DGB-Bundesvorstandsmitglied Schwab die Senkung des Nachzugsalters gut geheißen hat, bringt einen Riß in die Front gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Gliederungen, ausländischer Vereinigungen, der mit Aus-

ländern befaßten Freien Wohlfahrtsverbände und anderer Organisationen. Am vergangenen Wochenende hat in Frankfurt eine Fachkonferenz des SPD-Unterbezirks stattgefunden, auf der einem umfassenden ausländerpolitischen Programm zugestimmt wurde, das im August auf dem Frankfurter SPD-Parteitag zu heftigen Auseinandersetzungen geführt hatte. Das Programm fordert die vollständige rechtliche, soziale und politische Gleichstellung der Ausländer.

In aufenthaltsrechtlicher Hinsicht laufen die Forderungen auf eine Rechtsstellung hinaus, die derjenigen der EG-Angehörigen entspricht. Allerdings muß man annehmen, daß die Freizügigkeit prinzipiell nur auf die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer (und ihre Familienangehörigen im In- und Ausland) ausgedehnt werden soll. Ausdrücklich wird das nicht gesagt. Man muß es aber daraus schließen, daß das SPD-Programm für die Beibehaltung des Anwerbestopps vom 22.11.1973 eintritt. Die generelle Freizügigkeit wäre aber, wenn überhaupt, nur dann zu vertreten, wenn damit auch die Erteilung einer Arbeitserlaubnis bzw. der Wegfall des Arbeitserlaubniserfordernisses verbunden wäre. Ferner fordert das Papier neben gleichem Recht auf politische Betätigung das Verbot der Ausweisung bei Inanspruchnahme von Sozialhilfe, bei unbefristeter Aufenthaltserlaubnis oder bei Aufenthaltsberechtigung, schließlich, wenn Ehegatten und Kinder sich im Bundesgebiet aufhalten bzw. bei Jugendlichen, wenn deren Eltern sich im Bundesgebiet aufhalten. Die SPD-Fachtagung hat eine Resolution verabschiedet, durch die die neuen Ausländererlasse und die Kabinettsbeschlüsse „auf das Entschiedendste" abgelehnt wurden.

Eine ähnliche Entschließung ist am Dienstag dieser Woche durch den Initiativausschuß „Ausländische Mitbürger in Hessen" einer Solidaritätsveranstaltung gegen den Bau der Startbahn West vorgelegt worden, die von ca. 12000 Menschen besucht war. Der Initiativausschuß ist ein lange bestehender Zusammenschluß aus zahlreichen ausländischen Vereinen und deutschen Organisationen, darunter die kirchlichen Wohlfahrtsverbände. Die Entschließung wurde unter großem Beifall angenommen. Tatsächlich gibt es Anlaß zur Annahme, daß die neuen ausländerrechtlichen Maßnahmen einen engeren Zusammenschluß zwischen den ausländischen und deutschen Teilen der Arbeiterbewegung provozieren, als es bisher der Fall war. Dies wäre um so dringender notwendig, als es bei den

dererlasse und die Kabinettsbeschlüsse „auf das Entschiedendste" abgelehnt wurden.
Eine ähnliche Entschließung ist am Dienstag dieser Woche durch den Initiativausschuß „Ausländische Mitbürger in Hessen" einer Solidaritätsveranstaltung gegen den Bau der Startbahn West vorgelegt worden, die von ca. 12000 Menschen besucht war. Der Initiativausschuß ist ein lange bestehender Zusammenschluß aus zahlreichen ausländischen Vereinen und deutschen Organisationen, darunter die kirchlichen Wohlfahrtsverbände. Die Entschließung wurde unter großem Beifall angenommen. Tatsächlich gibt es Anlaß zur Annahme, daß die neuen ausländerrechtlichen Maßnahmen einen engeren Zusammenschluß zwischen den ausländischen und deutschen Teilen der Arbeiterbewegung provozieren, als es bisher der Fall war. Dies wäre um so dringender notwendig, als es bei den

jetzt ergriffenen Maßnahmen mit Sicherheit nicht bleiben wird. Im Kabinett war bereits die Senkung des Nachzugsalters auf 12 Jahre diskutiert worden. Die CDU/CSU verfolgt weiter die Pläne, 18jährige Arbeitslose auszuweisen, wenngleich sich in den Sozialausschüssen Widerspruch regt. Und schließlich bleibt auf der Tagesordnung auch des Kabinetts die Rückführung größerer Teile besonders der türkischen Arbeiter. Das will man allerdings erst anpacken, wenn der Nachzug weitgehend gestoppt ist.

Ausländerbevölkerung und Ausländerbeschäftigung im internationalen Vergleich

Land	Ausländische Bevölkerung 1974	Ausländische Bevölkerung 1979*	Anteil an der Gesamtbevölkerung 1979*	Ausländische Arbeitnehmer 1973	Ausländische Arbeitnehmer 1979*	Anteil an der Zahl der Arbeitnehmer*
Belgien	805000	890000	9,0%	278000	310000	10,0%
BRD	4127000	4453000	7,2%	2611000	2116000	9,6%
Frankreich	4038000	4124000	7,7%	1900000	1643000	9,4%
Großbritannien**	1322000	2191000	3,9%	775000	1012000	4,4%
Niederlande	315000	441000	3,1%	193000	196000	4,6%
Schweden	401000	424000	5,1%	200000	231000	6,0%
Schweiz	1065000	884000	13,9%	593000	491000	16,6%

Bei einem Vergleich der Zahlen muß berücksichtigt werden, daß in den einzelnen Staaten die Erhebungsmethoden und die Definition der Begriffe „Bevölkerung" und „Arbeitnehmer" teils stark voneinander abweichen. – * Für Bundesrepublik Deutschland: 1980 (jeweils September) – ** Die Zahlenangaben für Großbritannien (und Nordirland) sind nur bedingt mit den anderen vergleichbar, weil alle Angehörigen von Commonwealth-Nationen als Inländer gezählt werden. – Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Ausländerbevölkerung und Ausländerbeschäftigung im internationalen Vergleich
Land | Ausländische Bevölkerung 1974 | 1979* | Anteil an der Gesamtbevölkerung 1979* | Ausländische Arbeitnehmer 1973 | 1979* | Anteil an der Zahl der Arbeitnehmer*
Belgien 805000 890000 9,0% 278000 310000 10,0%
BRD 4127000 4453000 7,2% 2611000 2116000 9,6%

In Sammellagern keine Sozialhilfe mehr

Im Rahmen ihrer Haushaltsbeschlüsse haben die Parlamentarier im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat auch der Asylanten gedacht. Sie sollen künftig nicht mehr in die Geldleistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz einbezogen werden, soweit sie in *Sammellagern* untergebracht sind. Nur Sachleistungen sollen gewährt werden. Es lebe die mittelalterliche Abhängigkeit! Und wie die Lager jetzt noch mehr sprießen werden! Was örtlich vielfach verhindert werden konnte, wird hiermit vom Bonner Machtapparat zentral verordnet.

Leserbriefe

Parteiensystem und Dritte Welt

Zum Artikel „Wie Investoren ins Land holen, wenn das Ziel der Sozialismus ist?" (KVZ 44/81, Seite 9)

Der Bericht Thomas Franks über Zimbabwe (KVZ 44/81) hätte an Klarheit gewonnen, wenn der Genosse nicht versucht hätte, zwei Dinge gleichzeitig zu behandeln, die in der von ihm nahegelegten Form wenig miteinander zu tun haben. Beteiligung ausländischen Kapitals am Aufbau eines jungen unabhängigen Landes der Dritten Welt – das ist das eine Problem, das in dem Artikel informativ behandelt wird. Ein-Parteien-Staat oder parlamentarische Demokratie – das ist das andere Problem. Allgemeiner gefaßt, betrifft es die Frage der Regierungsform in den Ländern der Dritten Welt überhaupt, und einem europäischen Leser dürfte es schwer fallen, sich darüber ein Bild zu machen, wenn dazu nicht einige grundsätzliche Erwägungen vorausgeschickt werden.

Anfangen muß man vielleicht dabei, daß die Herausbildung von Parteien einhergeht mit der Entwicklung der sozialen Strukturen eines Landes und ein Ausdruck seiner inneren gesellschaftlichen Schichtung ist. Wo es keine Klassen gibt oder keinen Einfluß der Ideologie verschiedener Klassen, kann es keine Parteien geben; denn sie sind Ausdruck politischer Willensbildung der bestehenden Klassen. Das Mehrparteiensystem der parlamentarischen Demokratie entspricht dem entwickelten Kapitalismus, in dem Bürgertum und Arbeiterklasse die wichtigsten Klassen sind und ihre gegenseitige Beeinflussung zur politischen Formierung verschiedener Strömungen innerhalb dieser wie auch der anderen noch bestehenden Klassen führt. Ein wichtiges Element eines solchen Systems ist auch, daß die gesellschaftliche Entwicklung dazu geführt hat, daß der Widerspruch zwischen den beiden Hauptklassen ein Hauptwiderspruch dieser Gesellschaft ist, daß er also *innerhalb* der Gesellschaft besteht.

In den Ländern der Dritten Welt ist eine solche Situation nicht gegeben. Erstens ist der Hauptwiderspruch in diesen Ländern nicht innerhalb ihrer Gesellschaft zu finden, sondern er besteht zwischen dem Land der Dritten Welt und dem Imperialismus. Zweitens ist die Klassenstruktur in den meisten Fällen bestimmt durch das Fortbestehen bäuerlicher Gemeinschaften auf der Grundlage von Stammesstrukturen oder Nationalitäten, während sowohl Proletariat als auch Bourgeoisie sich in einer frühen Phase ihrer Entwicklung befinden. Man sollte von daher meinen, daß die politischen Strukturen in diesen Ländern, auch wenn der ideologische Einfluß des entwickelten Kapitalismus, vermittelt über die zahllosen Beziehungen zu imperialistischen Ländern und von ihnen beherrschten internationalen Organisationen, zweifellos vorhanden ist, eigentlich die Einheit der Länder gegen den Imperialismus betonen sollten und nicht die in den Ländern vorhandenen Nebenwidersprüche. Mehrparteiensysteme und parla-

entspricht dem entwickelten Kapitalismus, in dem Bürgertum und Arbeiterklasse die wichtigsten Klassen sind und ihre gegenseitige Beeinflussung zur politischen Formierung verschiedener Strömungen innerhalb dieser wie auch der anderen noch bestehenden Klassen führt. Ein wichtiges Element eines solchen Systems ist auch, daß die gesellschaftliche Entwicklung dazu geführt hat, daß der Widerspruch zwischen den beiden Hauptklassen ein Hauptwiderspruch dieser Gesellschaft ist, daß er also *innerhalb* der Gesellschaft besteht.

In den Ländern der Dritten Welt ist eine solche Situation nicht gegeben. Erstens ist der Hauptwiderspruch in diesen Ländern nicht innerhalb ihrer Gesellschaft zu finden, sondern er besteht zwischen dem Land der Dritten Welt und dem Imperialismus. Zweitens ist die Klassenstruktur in den meisten Fällen bestimmt durch das Fortbestehen bäuerlicher Gemeinschaften auf der Grundlage von Stammesstrukturen oder Nationalitäten, während sowohl Proletariat als auch Bourgeoisie sich in einer frühen Phase ihrer Entwicklung befinden. Man sollte von daher meinen, daß die politischen Strukturen in diesen Ländern, auch wenn der ideologische Einfluß des entwickelten Kapitalismus, vermittelt über die zahllosen Beziehungen zu imperialistischen Ländern und von ihnen beherrschten internationalen Organisationen, zweifellos vorhanden ist, eigentlich die Einheit der Länder gegen den Imperialismus betonen sollten und nicht die in den Ländern vorhandenen Nebenwidersprüche. Mehrparteiensysteme und parla-

mentarische Demokratie sind in der Dritten Welt zunächst ein Erbe der kolonialen Vergangenheit; denn alle Kolonialmächte haben stets darauf gesehen, daß nationale Unabhängigkeit, wo sie schließlich gewährt werden mußte, mit der Einführung dieses Regierungssystems Hand in Hand ging. Sie sind keineswegs die Staatsform, die der Situation der Länder angemessen ist. Wenn die Frage des Parteiensystems in Zimbabwe jetzt aufgeworfen wird, hat das mit der sozialistischen Entwicklungsperspektive deshalb unmittelbar zunächst nichts zu tun (und der Hinweis auf Elemente einer „Rätedemokratie" ist in diesem Zusammenhang nur geeignet, Verwirrung zu stiften). Nahegelegt wird das schon durch die Tatsache, daß die vom Genossen genannten Beispiele für „gut funktionierende" Ein-Parteien-Staaten (Kenia, Tansania und Sambia) alle Länder der Dritten Welt sind, wirtschaftlich aber ganz verschiedene Kurse verfolgen.

Erfahrungen der Dritten Welt mit dem Mehrparteiensystem zeigen, daß es sich dort um eine aufgepfropfte Staatsform handelt, die den Bedürfnissen der Länder entsprechend zurechtgebogen werden muß – oder für andere Zwecke genutzt wird. Am deutlichsten ist das in Ländern, in denen alte Stammestrukturen weiterbestehen. Parteien sind dort häufig einfach politische Maschinerien, mit denen die führenden politischen Persönlichkeiten (die Stammeshäuptlinge) versuchen, ihren alten Positionen eine der neuen Situation entsprechende Grundlage zu geben. Wo es gelingt, die Stammeswidersprüche hinter dem Hauptwiderspruch mit dem Imperialismus zurücktreten zu lassen, geht die Bedeutung der Parteien auch entsprechend zurück. In Papua-Neuguinea zum Beispiel sind Parteiwechsel der führenden Politiker beinahe an der Tagesordnung, und Wahlen nach Parteilisten nehmen sozusagen spontan den Charakter von Persönlichkeitswahlen an. (Das ist nicht zu verwechseln mit dem Aufbau von „Kanzlerkandidaten", wo eine Person ausgetauscht werden soll, damit eine diskreditierte Politik fortgesetzt werden kann; es handelt sich vielmehr um die Wahl von Politikern, die eine national fortschrittliche Politik vertreten.) Ist die Gesellschaft vom Wähler noch in ihrer Gesamtheit überschaubar, wie in den Inselstaaten der Südsee, dann sind Parteien einfach der für eine effektive Verwaltung notwendige Apparat einzelner Persönlichkeiten, und Wahlen haben deshalb oft den Austausch fast des ganzen Parlaments zur Folge.

Der Vorteil des parlamentarischen Systems ist, daß es eine – wenn auch beschränkte – Kontrolle der Politiker, die als Stammesfürsten ja unumschränkte Macht besaßen, durch das Volk ermöglicht. Es öffnet aber auch Möglichkeiten der Manipulation von innen und vor allem von außen, indem die eine Supermacht eine Partei fördert, die andere Supermacht eine andere (und die bekannten Stiftungen der CDU und der SPD mischen hier kräftig mit). Es ist deshalb nicht ausgemacht, daß die künstlich eingeführte parlamentarische Staatsform für die Länder der Dritten Welt die beste Staatsform ist. Die Möglichkeiten, innere Widersprüche über die Parteien in den Vordergrund treten zu lassen, wachsen mit der Entwicklung dieser Länder, wofür sich Beispiele in den gesellschaftlich entwickelteren Ländern finden lassen. Sukarnos Bemühungen um nationale Einheit im jungen Indonesien wurden durch das Parteiensystem, dessen Grundlage die Widersprüche zwischen den Nationalitäten der verschiedenen Landesteile waren, mehr als einmal bedroht. Sukarno suchte dem zu steuern, indem er kurz vor seinem Sturz die Auflösung der Parteien und die Errichtung eines „korporativen Staates" anstrebte, in dessen Parlament die verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen wie Gewerkschaften, nationale Verbände und Unternehmerverband anteilig Abgeordnete stellen sollten, die von den jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen bestimmt werden sollten. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Hauptaufgabe die nationale Einheit gegen den Imperialismus ist, ist der Sinn solcher Konzepte nicht von der Hand zu weisen.

Was im Einzelfall die richtige Lösung ist, muß von Fall zu Fall untersucht werden. Der langwierige Kampf um die Unabhängigkeit Zimbabwes hat dort die Stammeswidersprüche lange zurücktreten lassen und zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit der beiden Unabhängigkeitsparteien geführt. Heute ist nicht auszuschließen, daß das Fortbestehen der Parteien, vor allem unter dem Druck der Supermächte, zu einem Aufleben innerer Widersprüche führen kann. In diesem Zusammenhang muß die Diskussion um den Ein-Parteien-Staat gesehen werden. Berücksichtigt man den niedrigen Stand der Entwicklung des Proletariats in Zimbabwe, dann liegt die Lösung vielleicht tatsächlich in einer Stärkung der Stellung der Stammeshäuptlinge („nur ein Bul-

nos Bemühungen um nationale Einheit im jungen Indonesien wurden durch das Parteiensystem, dessen Grundlage die Widersprüche zwischen den Nationalitäten der verschiedenen Landesteile waren, mehr als einmal bedroht. Sukarno suchte dem zu steuern, indem er kurz vor seinem Sturz die Auflösung der Parteien und die Errichtung eines „korporativen Staates" anstrebte, in dessen Parlament die verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen wie Gewerkschaften, nationale Verbände und Unternehmerverband anteilig Abgeordnete stellen sollten, die von den jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen bestimmt werden sollten. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Hauptaufgabe die nationale Einheit gegen den Imperialismus ist, ist der Sinn solcher Konzepte nicht von der Hand zu weisen.

Was im Einzelfall die richtige Lösung ist, muß von Fall zu Fall untersucht werden. Der langwierige Kampf um die Unabhängigkeit Zimbabwes hat dort die Stammeswidersprüche lange zurücktreten lassen und zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit der beiden Unabhängigkeitsparteien geführt. Heute ist nicht auszuschließen, daß das Fortbestehen der Parteien, vor allem unter dem Druck der Supermächte, zu einem Aufleben innerer Widersprüche führen kann. In diesem Zusammenhang muß die Diskussion um den Ein-Parteien-Staat gesehen werden. Berücksichtigt man den niedrigen Stand der Entwicklung des Proletariats in Zimbabwe, dann liegt die Lösung vielleicht tatsächlich in einer Stärkung der Stellung der Stammeshäuptlinge („nur ein Bul-

le im Stall"), bei gleichzeitigem Ausbau ihrer Kontrolle durch die Stammesangehörigen. Hüten muß man sich vor falschen historischen Analogien und vor bürgerlicher Propaganda, die die Entwicklung in Osteuropa zu der Gleichung ausgebaut hat Sozialismus = Einparteiendiktatur, Kapitalismus = parlamentarische Demokratie. Das ist nicht nur eine falsche Schlußfolgerung aus einer historischen Entwicklung; es wird auch in keiner Weise der Situation der Dritten Welt gerecht.

m.t., Sydney

Das Hauptproblem liegt nicht bei den Grünen

Zum Artikel „Nach den Kommunalwahlen in Niedersachsen" (KVZ 49, Seite 5)

Ich finde an dem Artikel des Genossen *wem* richtig, daß er ein linkes Bündnis Grüne/Alternative in Verbindung mit der SPD im Auge hat. Aber der Genosse bleibt in der Sache inkonsequent.

Über Aurich schildert er, daß die Grünen eine Koalition aufgrund bestimmter Forderungen mit der SPD versucht haben, die SPD dann aber Große Koalition mit der CDU gemacht hat. Er führt dann fort: „Im Nachhinein betrachtet ist dies wohl ein Glück für die Grünen in Aurich, vielleicht auch für die dortige demokratische Bewegung. Die Grünen bekamen u.a. im Auricher Jugendzentrum gesteckt, daß für die Durchsetzung der Forderung mit den ABM-Stellen man doch nicht die politische Selbständigkeit im Rat aufgeben könne. Am Ende der Koalition wären die Grünen möglicherweise wieder von der SPD aufgesogen worden, und ein Ansatz zur selbständigen Politik wäre dahin." Aber der Genosse *wem* hat doch vorher selber die Forderungen der Grünen für eine solche Koalition angeführt, und die sind nun wirklich nicht schlecht für politische Selbständigkeit und ein eigenes Gewicht in einer solchen Koalition. Wieso die Grünen bei Forderungen wie Erhaltungssatzung, keine Nord-West-Umgehung, Regenerierung der Restmoorflächen, Fahrradwege, ABM-Stellen, Keine Stationierung von Atomwaffen „möglicherweise wieder von der SPD aufgesogen werden", ist mir schleierhaft.

Wenn die SPD in Leer nach einigem Hin und Her schließlich vier Prüfsteine der Grünen (wie lauten diese Prüfsteine? Das wäre für den Leser wichtig gewesen) unterschreibt und die CDU nicht den Landrat kriegt, dann sollte man das ausdrücklich begrüßen. Daraus ist doch für künftige Auseinandersetzungen Politik zu machen.

Zum anderen wirft der Genosse die Frage der Kandidatur zu den Landtagswahlen in Niedersachsen auf. Er hat sicher damit recht, daß bei einer rein grünen Kandidatur die Fortschritte, die durch die Bildung alternativer und grün-alternativer Listen in Niedersachen entwickelt wurden, unter den Tisch zu fallen drohen. Aber seine Argumente sind meiner Meinung nach falsch und führen in falsche Frontstellungen ...

Der Genosse sollte auch vorsichtig sein, wenn er mit den letzten Kommunalwahlergebnissen argumentiert, um eine grün-alternative Kandidatur zu begründen. Ein Stimmenvergleich zwischen grünen und grün-alternativen Listen ergibt nach meiner Kenntnis in der Regel in Niedersachsen keinen Stimmensprung. Offenbar drückt sich sehr wohl die Tatsache, daß viele Lohnabhängige sich von der Sozialdemokratie nicht vertreten fühlen, auch in einer „reinen" grünen Kandidatur aus. Wie erklärt der Genosse wem sonst die Wahlerfolge der Grünen, von denen er selber spricht?

Es ist der Wahlerfolg – und nicht der Wahl-Nicht-Erfolg – der Grünen, der jetzt ein Faktor für die Öffnung der Grünen ist. Die Grünen haben in der Analyse bestimmter Widersprüche und der Entwicklung von Forderungen ja wirklich etwas geleistet, und ihre Öffnung und Verbindung mit anderen Bewegungen hängt von entsprechender Arbeit dort ab. Es tut sich aus meiner Sicht gerade nach den Kommunalwahlen eine ganze Menge. Die Grünen und Alternativen, die jetzt Stadträte erobert haben, stecken bis über beide Ohren in sachlichen Problemen der Stadtratsarbeit, versuchen bei den Haushalten durchzublicken, versuchen Anträge und Anfragen zu formulieren und werden gerade aus bisherigen Borniertheiten herausgerissen. Daran sollte man sich meiner Meinung nach unbedingt beteiligen. Man kann doch auch mit grünen Stadträten von einem Jugendzentrum, einer ÖTV-Gruppe usw. aus zusammenarbeiten oder grüne AGs besuchen, wo es keine AL gibt. Dies schafft auch bessere Voraussetzungen für die Landtagswahlen. Die vom Genossen wem formulierten Fragen bringen es jedenfalls nicht. Das Problem ist eben nicht, wie Frage Nr. 2 vortäuscht, ob sich die Grünen an einer bestehenden Diskussion zur Bildung von Wahlbündnissen be-

nis in der Regel in Niedersachsen keinen Stimmensprung. Offenbar drückt sich sehr wohl die Tatsache, daß viele Lohnabhängige sich von der Sozialdemokratie nicht vertreten fühlen, auch in einer „reinen" grünen Kandidatur aus. Wie erklärt der Genosse wem sonst die Wahlerfolge der Grünen, von denen er selber spricht?

Es ist der Wahlerfolg – und nicht der Wahl-Nicht-Erfolg – der Grünen, der jetzt ein Faktor für die Öffnung der Grünen ist. Die Grünen haben in der Analyse bestimmter Widersprüche und der Entwicklung von Forderungen ja wirklich etwas geleistet, und ihre Öffnung und Verbindung mit anderen Bewegungen hängt von entsprechender Arbeit dort ab. Es tut sich aus meiner Sicht gerade nach den Kommunalwahlen eine ganze Menge. Die Grünen und Alternativen, die jetzt Stadträte erobert haben, stecken bis über beide Ohren in sachlichen Problemen der Stadtratsarbeit, versuchen bei den Haushalten durchzublicken, versuchen Anträge und Anfragen zu formulieren und werden gerade aus bisherigen Borniertheiten herausgerissen. Daran sollte man sich meiner Meinung nach unbedingt beteiligen. Man kann doch auch mit grünen Stadträten von einem Jugendzentrum, einer ÖTV-Gruppe usw. aus zusammenarbeiten oder grüne AGs besuchen, wo es keine AL gibt. Dies schafft auch bessere Voraussetzungen für die Landtagswahlen. Die vom Genossen wem formulierten Fragen bringen es jedenfalls nicht. Das Problem ist eben nicht, wie Frage Nr. 2 vortäuscht, ob sich die Grünen an einer bestehenden Diskussion zur Bildung von Wahlbündnissen be-

teiligen. Die Frage ist, in welcher Form auf die von den Grünen bereits begonnene Diskussion zu den Landtagswahlen (es liegt bereits ein Programmentwurf vor) Einfluß genommen werden kann. Hinsichtlich einer grün-alternativen Liste zu den Landtagswahlen bin ich da angesichts des Standes der Arbeit, der Konzentration verschiedener Listen auf die Kommunalpolitik (so die GABL Hannover) und der Zeitnot skeptisch. Aber Einfluß auf das Wahlprogramm der Grünen und evtl. Öffnung der Kandidatenlisten wäre schon mehr als nichts. Die Tatsache, daß es auch bei den Grünen Kräfte gibt, die für Abschottung der Partei sind, ist jedenfalls nicht das Hauptproblem.

6.12.1981, G.H., Hannover

Hitler war auch ein Massenmörder!

Zu Leserbriefen in KVZ 49/81, Seite 4

Der Artikel von chm in der KVZ 46 hat offensichtlich an einige Tabus gerührt, entsprechend empfindlich ist die Kritik, die er auf sich gezogen hat.

Offensichtlich gibt es immer noch Genossen, denen „letzte" marxistisch-leninistische Wahrheiten wichtiger sind als der Versuch, neue Fragestellungen zu formulieren und neue Erkenntnisse zu gewinnen. Die VrV-AG „Faschismus" Hamburg macht es vor: Es bleibt dabei, die Faschismusanalyse der Komintern von 1935 ist für Marxisten-Leninisten der Weisheit letzter Schluß, danach hat nichts mehr zu kommen, und falls es einer wagen sollte, werden wir es ihm schon zeigen. Aber – liebe Genossen – warum regt es euch so auf, daß jemand schreibt: „Es gab keinen mehr 1939, der das Wesen des deutschen Faschismus hätte klarlegen können. (Die KPD schob die Frage der Behandlung der Juden beiseite als ‚Ablenkung vom Klassenkampf'.)" Wenn es wahr ist, warum gibt es euch nicht zu denken, anstatt daß es euch aufregt und ihr euch hinter dem unsäglichen, zu oft gelesenen Nebensatz versteckt: „Unterschlagen wird die Hauptkraft dieses Widerstandes (gegen den Faschismus) – die Arbeiterbewegung mit der KPD als ihrem Kern (auch wenn an deren Politik im einzelnen manches zu kritisieren ist)."

Hitler war vielleicht die Gallionsfigur der deutschen imperialistischen Finanzbourgeoisie. Aber Hitler war *auch* ein Massenmörder. Und nicht einer von der Sorte Harmanns oder anderer Fälle der Kriminalgeschichte, wo jeder bei Aufdeckung des Verbrechens mit Recht erschrecken durfte. Sondern er war ein Massenmörder in Amt und Würden, ein Massenmörder mit Befugnissen zum Morden, ein durch Recht, Gesetze, Verordnungen sanktionierter Massenmörder, und, so wird man sagen müssen, einer mit öffentlicher Unterstützung. Diese Art von Öffentlichkeit müßte man schon untersuchen – auch als Marxist-Leninist. Denn: Es ist beunruhigend, darüber nachzudenken, wie es hatte geschehen können, daß 17,3 Millionen (43,9%!) der deutschen Bevölkerung Hitler und seine Partei, damit auch die Finanzbourgeoisie, gewählt haben im März 1933 – nachdem z.B. Ernst Thälmann verhaftet und verschleppt worden war, nachdem per Notverordnung der Ausnahmezustand verhängt worden war.

Und es ist noch viel beunruhigender, darüber nachzudenken, wie es möglich war, daß Millionen jüdischer Menschen ermordet werden konnten. Millionen Menschen, die nicht isoliert in einem Ghetto auf einem anderen Stern gelebt haben, sondern inmitten der restlichen nichtjüdischen Bevölkerung. Und als Marxist-Leninist sollte man sich von solchen Fragen wirklich beunruhi-

(gegen den Faschismus) – die Arbeiterbewegung mit der KPD als ihrem Kern (auch wenn an deren Politik im einzelnen manches zu kritisieren ist)."

Hitler war vielleicht die Gallionsfigur der deutschen imperialistischen Finanzbourgeoisie. Aber Hitler war *auch* ein Massenmörder. Und nicht einer von der Sorte Harmanns oder anderer Fälle der Kriminalgeschichte, wo jeder bei Aufdeckung des Verbrechens mit Recht erschrecken durfte. Sondern er war ein Massenmörder in Amt und Würden, ein Massenmörder mit Befugnissen zum Morden, ein durch Recht, Gesetze, Verordnungen sanktionierter Massenmörder, und, so wird man sagen müssen, einer mit öffentlicher Unterstützung. Diese Art von Öffentlichkeit müßte man schon untersuchen – auch als Marxist-Leninist. Denn: Es ist beunruhigend, darüber nachzudenken, wie es hatte geschehen können, daß 17,3 Millionen (43,9%!) der deutschen Bevölkerung Hitler und seine Partei, damit auch die Finanzbourgeoisie, gewählt haben im März 1933 – nachdem z.B. Ernst Thälmann verhaftet und verschleppt worden war, nachdem per Notverordnung der Ausnahmezustand verhängt worden war.

Und es ist noch viel beunruhigender, darüber nachzudenken, wie es möglich war, daß Millionen jüdischer Menschen ermordet werden konnten. Millionen Menschen, die nicht isoliert in einem Ghetto auf einem anderen Stern gelebt haben, sondern inmitten der restlichen nichtjüdischen Bevölkerung. Und als Marxist-Leninist sollte man sich von solchen Fragen wirklich beunruhi-

gen lassen, statt sich zu beklagen, daß in dem Artikel von chm die „blutige Unterdrückung (der Arbeiterklasse) ... vom Verfasser aber lediglich unter dem Stichwort ‚Judenvernichtung' subsumiert" wird. Oder sich und andere damit zu beruhigen, daß die KPD ja 1938 eine Erklärung „Gegen die Schmach der Judenpogrome" herausgegeben habe.

Die Fragen sind doch wichtig: Wie konnten gewaltige Teile eines Volkes in einen solchen Zustand versetzt werden, daß sie gegen so etwas an sich Undenkbares wie die Ermordung einer ganzen Bevölkerungsgruppe unempfindlich und duldsam waren? Was ist dem vorausgegangen? Welche Rolle hätte die organisierte Arbeiterbewegung spielen können, oder besser, müssen? Welche hat sie gespielt und warum?

In der Auseinandersetzung mit der deutschen „Variante" des Faschismus kommt man an dem Problem der Judenvernichtung nicht vorbei. Was nützt eine Faschismusanalyse, die vielleicht allgemein richtig die Finanzbourgeoisie als Hauptakteur dieses Terrorszenariums benennt, einen aber ratlos vor der Frage stehen läßt, wieso es tatsächlich keinen „nennenswerten Widerstand", z.B. gegen die Judenvernichtung, gegeben hat.

Der Artikel von chm gibt hierzu keine „letzten Weisheiten", aber er hat das Thema endlich auf den Tisch gebracht. Der Leserbrief der Hamburger VrV-AG Faschismus hingegen versucht gleich wieder, die Schotten dicht zu machen. Hoffentlich klappt das nicht.

Ga.H., Hannover

Journalistischer Anstand

Zu einem Leserbrief in KVZ 45/81, Seite 4

Ich sehe mich gezwungen, auf den Leserbrief des Geschäftsführenden Ausschuß' des ZK des BWK vom 28.10.1981 in KVZ Nr. 45 zu antworten. Der Geschäftsführende Ausschuß des BWK beschwert sich über die üble Nachrede, seine Artikel in den Politischen Berichten seien nicht verantwortlich gekennzeichnet und verweist auf die redaktionelle Verantwortlichkeit (Impressum).

Dazu stelle ich fest, daß man mit der Verantwortlichkeit im Impressum wenig anfangen kann, da die Verantwortlichkeit nur eine Sammelstelle vieler Autoren, Meinungen und politischer Linien darstellt. Sie verhindert eine genaue Kontrolle der politischen Entwicklung vieler führender Genossen und so auch deren Politik.

Der BWK hat ganz gezielt die Kennzeichnung einzelner Artikel abgeschafft. Tat sich doch das ZK des BWK während der Auseinandersetzung um die Rechenschaftslegung des KBW 1980 besonders hervor, Artikel des Genossen Schmierer und anderer herauszusuchen, um zu belegen, was die Genossen im Laufe ihres politischen Lebens irgendwann und irgendwo mal gesagt oder geschrieben haben. Diese Aktion war aber nur durch die Kennzeichnung einzelner Artikel möglich, und nicht durch eine Verantwortlichkeit von Seite 3–12 oder Seite 13–17 usw.

Also, keine Kürzel vor den Artikeln, weil man Angst um den eigenen Kopf hat. Es könnte ja sein, daß die Mitglieder eine geordnete und fundierte Kritik an Einzelnen führen, und dann können Kürzel den Todesstoß bedeuten ...

Journalistische Sauberkeit ist nicht, darüber hinweg zu sehen und die Genossen einer anderen Zeitung zu schützen, sondern auf solche Methoden hinzuweisen.

Wenn der BWK aber so viel von Anstand und Sauberkeit hält, dann sollte er sich an-

litischen Berichten seien nicht verantwortlich gekennzeichnet und verweist auf die redaktionelle Verantwortlichkeit (Impressum).

Dazu stelle ich fest, daß man mit der Verantwortlichkeit im Impressum wenig anfangen kann, da die Verantwortlichkeit nur eine Sammelstelle vieler Autoren, Meinungen und politischer Linien darstellt. Sie verhindert eine genaue Kontrolle der politischen Entwicklung vieler führender Genossen und so auch deren Politik.

Der BWK hat ganz gezielt die Kennzeichnung einzelner Artikel abgeschafft. Tat sich doch das ZK des BWK während der Auseinandersetzung um die Rechenschaftslegung des KBW 1980 besonders hervor, Artikel des Genossen Schmierer und anderer herauszusuchen, um zu belegen, was die Genossen im Laufe ihres politischen Lebens irgendwann und irgendwo mal gesagt oder geschrieben haben. Diese Aktion war aber nur durch die Kennzeichnung einzelner Artikel möglich, und nicht durch eine Verantwortlichkeit von Seite 3–12 oder Seite 13–17 usw.

Also, keine Kürzel vor den Artikeln, weil man Angst um den eigenen Kopf hat. Es könnte ja sein, daß die Mitglieder eine geordnete und fundierte Kritik an Einzelnen führen, und dann können Kürzel den Todesstoß bedeuten ...

Journalistische Sauberkeit ist nicht, darüber hinweg zu sehen und die Genossen einer anderen Zeitung zu schützen, sondern auf solche Methoden hinzuweisen.

Wenn der BWK aber so viel von Anstand und Sauberkeit hält, dann sollte er sich an-

gewöhnen, Genossen, die sich für den Aufbau des Sozialismus einsetzen, mit „Genossen" anzuschreiben. Die Schreibweise des ZK des BWK hat den Charakter einer zwangsfreundlichen Mahnung eines Kapitalisten, der noch auf das Erbe der Spaltung wartet und noch nach Erbschaftsargumenten sucht.

Jürgen Boldt, Georgsmarienhütte

Aufruf für Kongreß in Osnabrück verabschiedet

Unterschiedliche Positionen der Friedensinitiativen dokumentierten sich auf dem Göttinger Vorbereitungstreffen in 3 verschiedenen Vorschlägen für einen Aufruf

nor.Göttingen. Zur Vorbereitung des von 30 Friedensinitiativen des gesamten Bundesgebietes beschlossenen Kongresses in Osnabrück trafen sich am vergangenen Wochenende in Göttingen ca. 60 Vertreter. Schriftliche Vorschläge für einen Aufruf bzw. das Programm des Kongresses lagen von der Osnabrücker Friedensinitiative, der Bremer Initiative „Krieg dem Krieg", der „Hamburger Friedenskoordination" und von einer Nürnberger Friedensinitiative vor.

Ausgangspunkt für diese Bestrebungen zur Zentralisierung örtlicher Initiativen sind ihre in Vorbereitung und Durchführung der Bonner Demonstration hervorgetretenen Differenzen zu den „traditionellen Friedensorganisationen", worunter Aktion Sühnezeichen und vor allem die DKP verstanden werden. Daß man autonom gegenüber den „etablierten Parteien" der Regierung und der Blöcke sei und gegenüber „Vereinnahmungsversuchen und Zerschlagungsstrategien" bleiben will, ist zwar nichts Neues. Aber es wird gesehen, daß die Stärke der Bewegung, die notwendig ist, um die Nachrüstung zu Fall zu bringen und die Kriegsgefahr einzudämmen, unter der Führung der Linie „Frieden schaffen ohne Waffen" und durch die Reduktion auf den „Doppelbeschluß" als kleinstem Nenner nicht zu erreichen ist. „Wenn wir unsere Vorstellungen zur Beseitigung der Nachrüstung und der Kriegsgefahr gegen den Kurs der Bundesregierung und der NATO durchsetzen wollen, müssen wir auch gesamtgesellschaftlich zu einem Faktor werden". „Trotz des alternativen Aufrufs und einer bedeutenden Anzahl aus diesem Spektrum war es nicht möglich, Bild und Inhalt der Bonner Demonstration entscheidend mitzuprägen, geschweige denn, weitergehende Vorstellungen und Perspektiven zu verankern", heißt es in dem Bremer Papier.

Der verabschiedete Aufruf zum Kongreß charakterisierte die Differenzen zur Bonner Demonstrationsführung nur an 2 Tatsachen: „die Verhinderung der Rede des Vertreters der Befreiungsbewegungen, Toni Sedat", und „ihre ängstliche Distanzierung von anderen Widerstandsaktionen (z.B. Besetzung der Startbahn West/Frankfurt)". Die Kritik dieser Erscheinungen entspringt aus der Einsicht, daß, wenn auch die Triebkraft der Friedensbewegung die Angst vor dem Krieg, insbesondere dem Atomkrieg, ist, so ihr Mittel nicht die Selbstentwaffnung gegenüber den Supermächten und dem eigenen Staat, sondern die Befreiung. Die Kriegsgefahr entspringe nicht aus den Waffen, sondern „den Interessen der Herrschenden in Ost und West". Man müsse deshalb sowohl mit der „Blocklogik", der „Gleichgewichtslogik", als auch der „Abschreckungslogik" brechen. „Wir sind für die Auflösung der Blöcke durch die betroffenen Menschen, und deshalb für Befreiungsbewegungen in der 3. Welt und im Warschauer Pakt, international", heißt es im Bremer Papier.

Der Zusammenhang zwischen Friedensbewegung und Befreiungsbewegung ist im verabschiedeten Aufruf ebenfalls aufgenommen, aber abgeschwächt, insofern die Befreiungsbewegung auf die 3. Welt reduziert wird. Das liegt daran, daß es einen Konsens über den Imperialismus der beiden Supermächte als Hauptursache der Kriegsgefahr nicht gibt. Bei der Suche nach den Triebkräften des Krieges und ihrer Verteilung zwischen den Supermächten überwiegt immer noch die Verrechnung von Raketen gegenüber der Analyse der tatsächlichen Entwicklung der beiden Imperien. Die „westlichen Staaten, insbesondere die USA" rüsteten auf, während die Sowjetunion am Wettrüsten nur „teilnehme".

Die Nürnberger Initiative folgert aus der Behauptung der Vorrüstung der USA, daß die Sowjetunion am Wettrüsten teilnehmen müsse, und aus der Aggressivität der USA gegenüber der Sowjetunion, daß ein Krieg nur durch Verteidigung der Sowjetunion verhindert werden könne. Vielleicht muß man den Imperialismus der Sowjetunion auch nur als Verteidigung durch „Teilnahme" am Imperialismus der USA begreifen?!

So bleiben die Differenzen zur DKP teilweise fließend oder werden voluntaristisch, wo die Konkurrenz der Imperien der Supermächte nicht als Ursache der Kriegsgefahr, und somit Blockfreiheit, Souveränität der Staaten, nicht als Hauptstoßrichtung der Friedensbewegung verstanden werden.

Der Vorschlag der Hamburger Initiative (KB/Z), der zum Osnabrücker und Bremer Vorschlag alternativ stand, enthielt überhaupt keinen Ansatz, der auf eine Überwindung der mit der herrschenden Linie der „traditionellen Friedensorganisationen" mitverursachten Spaltung zwischen Friedensbewegung einerseits, Arbeiterbewegung und Befreiungsbewegung andererseits abzielt. Er wurde mit 38:16 Stimmen abgelehnt. Er wollte den Kongreß auf Reagans „Null-Lösung", das Gesundheitssicherstellungsgesetz, die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr, Verlängerung des Zivildienstes, den Wehrkundeunterricht, die Liberalisierung der Waffenexporte und auf die Beratung von Aktionen begrenzen.

Nächstes Treffen der Initiativen: 16./17. Januar, ESG Osnabrück, Parkstr. 19. Beginn 19.00 Uhr. Kongreß: 19. – 21. März.



klm.Bremen. Nächster SPD-Landesparteitag auf Helgoland? Bundeskanzler Schmidt kam, sah und flüchtete mit dem ganzen Landesparteitag nach Bremerhaven. Kam er, der Kanzler, doch höchstpersönlich nach Bremen, um seine Partei auf Regierungskurs zu bringen. Zuviel Unmut über die Regierungspolitik hat sich unter seinen Parteimitgliedern breitgemacht. Gegen den NATO-Doppelbeschluß gar hat ein SPD-Unterbezirk gestimmt. Auch mit seinem Sparprogramm will sich niemand aus der SPD-Basis so recht anfreunden. Dem sollte auf diesem Landesparteitag Abhilfe geschaffen werden. Ein paar mächtige Worte des „Machers" sollte alles wieder ins Lot bringen. Und nun? Nun kann er sich nicht dem Druck der Straße beugen. Nicht nur die SPD-Basis ist mit der Regierungspolitik nicht einverstanden sondern eine Vielzahl von Menschen in diesem Land. Trotz Flucht fand am ursprünglichen Tagungsort der SPD eine Demonstration von 300 Menschen statt. Das mobile Einsatzkommando löste die Demonstration auf dem Rückweg mit ihrer Schlägertruppe auf. Vier Demonstranten wurden festgenommen.

Deportierte palästinensische Bürgermeister in Frankfurt

chm. Die palästinensischen Bürgermeister, Fahd als-Kawasmeh und Mohamed Milhem, die vor 19 Monaten von den israelischen Besatzungsbehörden in den Libanon deportiert worden waren, haben auf Einladung des Antiimperialistischen Solidaritätskomitess, ASK, eine Vortragsreise durch mehrere Städte der Bundesrepublik durchgeführt. In Frankfurt sprachen sie vor mehreren hundert Menschen in einem überfüllten Hörsaal der Universität. Sowohl Milhem als auch Kawasmeh legten den Schwerpunkt ihrer Referate auf die Schilderung des Alltags, den die palästinensische Bevölkerung unter der Herrschaft der israelischen Besatzungsmacht erleiden muß. Ziel der israelischen Besatzer ist das Ziel der zionistischen Bewegung seit eh und je – das palästinensische Volk zu liquidieren, um sich des Bodens für die jüdischen Siedler zu bemächtigen. 40% des besetzten Bodens im Westufer sei inzwischen Siedlungsgebiet. Dieses Land sei nicht etwa Gemeinbesitz gewesen, sondern habe in seiner übergroßen Mehrheit Privatpersonen, Bauern und Landbesitzern gehört. Die landlos gemachten Bauern werden gezwungen,

größte Teil von Israel aufgekauft, und einen kleineren Teil durften die Bauern ausführen. In diesem Jahr weigerte sich Israel, die Trauben aufzukaufen und verbot den Bauern auch den Export.

Sowohl Kawasmeh als auch Milhem verurteilten die Versuche Israels, in den besetzten Gebieten eine Führung von Kollaborateuren aufzubauen, die die PLO ersetzen und die in Camp-David-Verträge verbriefte Autonomie durchsetzen sollen. Beide waren der Meinung, daß von Israel kein Frieden zu erwarten sei, da es bei Strafe seines Untergangs das palästinensische Volk und einen palästinensischen Staat, wo immer er auch sein mag, nicht anerkennen kann.

Veranstaltungen

Arbeitsseminar:
Politik der Gewerkschaften im Tarifkampf 1982
– Einschätzung der Politik von Regierung, Sachverständigen und Kapitalisten
– Kritische Auseinandersetzung mit den

Probleme der Kultusminister mit der „Friedenserziehung" an den Schulen

get. Im September haben die CDU-Kultusminister von Baden-Württemberg einen Vorstoß für einen Beschluß der Kultusministerkonferenz zur „Friedenserziehung" an den Schulen unternommen. Das Produkt ist erwartungsgemäß furchtbar. Ende November kamen Hessens Krollmann und Girgensohn aus NRW – beide SPD –

begreift. Usw. usw. Der Text geht derart umstandslos auf platte Indoktrination, daß die CDU-Kämpfer es für nötig halten, extra zu erwähnen, daß „im Schulunterricht ... das Gespräch (!) auch mit den Schülern gesucht werden" sollte, die aus verschiedensten Gründen mit Ziel und Verfaßtheit der Bundeswehr / NATO nicht einverstan-

nug an Demokratie in der Armee geschaffen. Was die SPD-Kultusminister allerdings deutlich von einem Mayer-Vorfelder unterscheidet, ist der weitgehende Verzicht auf verbindliche politische Lernziele. Statt von der Indoktrination „leitender Wertvorstellungen" und NATO-Doktrinen geht der SPD-Entwurf von relativ offenen Fragestel-

Kriegsgefahr einzudämmen, unter der Führung der Linie „Frieden schaffen ohne Waffen" und durch die Reduktion auf den „Doppelbeschluß" als kleinstem Nenner nicht zu erreichen ist. „Wenn wir unsere Vorstellungen zur Beseitigung der Nachrüstung und der Kriegsgefahr gegen den Kurs der Bundesregierung und der NATO durchsetzen wollen, müssen wir auch gesamtgesellschaftlich zu einem Faktor werden". „Trotz des alternativen Aufrufs und einer bedeutenden Anzahl aus diesem Spektrum war es nicht möglich, Bild und Inhalt der Bonner Demonstration entscheidend mitzuprägen, geschweige denn, weitergehende Vorstel-

pier.

Der Zusammenhang zwischen Friedensbewegung und Befreiungsbewegung ist im verabschiedeten Aufruf ebenfalls aufgenommen, aber abgeschwächt, insofern die Befreiungsbewegung auf die 3. Welt reduziert wird. Das liegt daran, daß es einen Konsens über den Imperialismus der beiden Supermächte als Hauptursache der Kriegsgefahr nicht gibt. Bei der Suche nach den Triebkräften des Krieges und ihrer Verteilung zwischen den Supermächten überwiegt immer noch die Verrechnung von Raketen gegenüber der Analyse der tatsächlichen Entwicklung der beiden Imperien. Die „westli-

densbewegung einerseits, Arbeiterbewegung und Befreiungsbewegung andererseits abzielt. Er wurde mit 38:16 Stimmen abgelehnt. Er wollte den Kongreß auf Reagans „Null-Lösung", das Gesundheitssicherstellungsgesetz, die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr, Verlängerung des Zivildienstes, den Wehrkundeunterricht, die Liberalisierung der Waffenexporte und auf die Beratung von Aktionen begrenzen.

Nächstes Treffen der Initiativen: 16./17. Januar, ESG Osnabrück, Parkstr. 19. Beginn 19.00 Uhr. Kongreß: 19. – 21. März.

Deportierte palästinensische Bürgermeister in Frankfurt

chm. Die palästinensischen Bürgermeister, Fahd als-Kawasmeh und Mohamed Milhem, die vor 19 Monaten von den israelischen Besatzungsbehörden in den Libanon deportiert worden waren, haben auf Einladung des Antiimperialistischen Solidaritätskomitess, ASK, eine Vortragsreise durch mehrere Städte der Bundesrepublik durchgeführt. In Frankfurt sprachen sie vor mehreren hundert Menschen in einem überfüllten Hörsaal der Universität. Sowohl Milhem als auch Kawasmeh legten den Schwerpunkt ihrer Referate auf die Schilderung des Alltags, den die palästinensische Bevölkerung unter der Herrschaft der israelischen Besatzungsmacht erleiden muß. Ziel der israelischen Besatzer ist das Ziel der zionistischen Bewegung seit eh und je – das palästinensische Volk zu liquidieren, um sich des Bodens für die jüdischen Siedler zu bemächtigen. 40% des besetzten Bodens im Westufer sei inzwischen Siedlungsgebiet. Dieses Land sei nicht etwa Gemeinbesitz gewesen, sondern habe in seiner übergroßen Mehrheit Privatpersonen, Bauern und Landbesitzern gehört. Die landlos gemachten Bauern werden gezwungen, entweder in den israelischen Betrieben zu arbeiten oder aber, wenn sie das nicht wollen, oder wenn sie keine Arbeit finden, ihre Heimat zu verlassen.

Neben dem Landraub ist die wirtschaftliche Strangulation das zweitwichtigste Mittel zur Vernichtung der Existenz der Palästinenser. So wird es ihnen verboten, eigene Industrien aufzubauen. Die schon bestehende Industrie wird durch billigere israelische Produkte niederkonkurriert. Auch die Landwirtschaft leidet unter der Besatzung. Die Bauern haben keine Möglichkeit, ihre Produkte ohne Kontrolle der Besatzungsmacht zu verkaufen: Milhem erzählte das Beispiel von den Weinbergen um seine Heimatstadt Halhoul, wo jährlich 40000 t Trauben geerntet werden. Bisher wurde der größte Teil von Israel aufgekauft, und einen kleineren Teil durften die Bauern ausführen. In diesem Jahr weigerte sich Israel, die Trauben aufzukaufen und verbot den Bauern auch den Export.

Sowohl Kawasmeh als auch Milhem verurteilten die Versuche Israels, in den besetzten Gebieten eine Führung von Kollaborateuren aufzubauen, die die PLO ersetzen und die in Camp-David-Verträge verbriefte Autonomie durchsetzen sollen. Beide waren der Meinung, daß von Israel kein Frieden zu erwarten sei, da es bei Strafe seines Untergangs das palästinensische Volk und einen palästinensischen Staat, wo immer er auch sein mag, nicht anerkennen kann.

Veranstaltungen

Arbeitsseminar:

Politik der Gewerkschaften im Tarifkampf 1982

– Einschätzung der Politik von Regierung, Sachverständigen und Kapitalisten
– Kritische Auseinandersetzung mit den Beschäftigungsprogrammen des DGB
– Überlegungen zu den Aufgaben in diesem Tarifkampf

Unkostenbeitrag für Verpflegung und Unterbringung: 31 DM

Beginn: Samstag, 12.12.1981, 10.00 Uhr
Schluß: Sonntag, 13.12.1981, 15.00 Uhr

An unsere Leser

Unsere letzte Ausgabe in diesem Jahr erscheint am 23.12.1981. Für die Abonnenten wird sie am 22.12. auf die Post gegeben. Wir hoffen, daß sie die meisten Abonnenten noch vor Weihnachten erreicht. Die erste Ausgabe des Jahres 1982 erscheint am 8. Januar 1982.

Die Vertriebsstellen des KBW müssen ihre Bestellung für die KVZ Nr. 52 bis 18.12. beim Buchvertrieb aufgeben.

Probleme der Kultusminister mit der „Friedenserziehung" an den Schulen

get. Im September haben die CDU-Kultusminister von Baden-Württemberg einen Vorstoß für einen Beschluß der Kultusministerkonferenz zur „Friedenserziehung" an den Schulen unternommen. Das Produkt ist erwartungsgemäß furchtbar. Ende November kamen Hessens Krollmann und Girgensohn aus NRW – beide SPD – mit einem Gegenentwurf heraus. Trotz aller Gegensätze zwischen den beiden Papieren haben sie eins gemein: Sie proklamieren die Friedenssicherung als wichtige Aufgabe, zu der die Schule einen Beitrag leisten müsse. In Wirklichkeit reagieren sie jedoch auf die Tatsache, daß an den Schulen bereits fast überall intensiv über Krieg und Frieden diskutiert wird, daß die Zahl der Kriegsdienstverweigerer steigt und an vielen Schulen über den Unterricht hinaus Friedenswochen und Aktionen stattfinden und die Jugend in der Friedensbewegung stark vertreten ist.

Die Antwort der CDU darauf ist schlicht: Geht es nach ihren Vorstellungen, sollen die Lehrer darauf verpflichtet werden, die Parteilinie der CDU ohne Umschweife den Schülern in die Köpfe zu hämmern. Nicht mehr zu hinterfragender Ausgangspunkt des Unterrichts ist die „leitende Wertvorstellung" des „Friedens in Freiheit", sprich die unbedingte Verteidigung „des freiheitlichsten Staats in der deutschen Geschichte". Das einzig geeignete Mittel dazu ist das NATO-Bündnis: „Die Einsatzbereitschaft aller Streitkräfte rechtfertigt die Erwartung, daß der Krieg vermieden wird ... Eine allein auf die eigenen Kräfte gestützte Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland ist undenkbar." Konsequenterweise soll die auch von der Schule anzustrebende „gesellschaftliche Integration der Bundeswehr" die „hier stationierten NATO-Soldaten" miteinschließen. Die Schule müsse der „jungen Generation" bei deren „Suche nach der eigenen Wertorientierung" in der Weise „behilflich" sein, daß sie den „Sinn des Wehrdienstes" begreift. Usw. usw. Der Text geht derart umstandslos auf platte Indoktrination, daß die CDU-Kämpfer es für nötig halten, extra zu erwähnen, daß „im Schulunterricht ... das Gespräch (!) auch mit den Schülern gesucht werden" sollte, die aus verschiedensten Gründen mit Ziel und Verfaßtheit der Bundeswehr / NATO nicht einverstanden sind – wobei diesen Schülern, sollten sie nach wie vor „uneinsichtig" bleiben, nach dem Geist des CDU-Papiers nichts Gutes blüht. Mit Disziplinierungen von Lehrern, die Unterricht nicht auf diesem strammen transatlantischen Kurs machen, ist die CDU ja in letzter Zeit schnell bei der Hand. Strafversetzung wegen Behandlung „staatszermürbender Texte" im Unterricht an einer Hauptschule in Achern (Baden), Versuch der Nichteinstellung von 5 Lehrern wegen öffentlicher Stellungnahme gegen die US-Raketenstationierung in Mönchengladbach sind nur zwei bislang bekannte Fälle christdemokratischer Friedenserziehung. Die Lehreraus- und Fortbildung sollte durch eine „Zusammenarbeit" der Hochschulen und Schulverwaltungen mit den Wehrbereichskommandos eine „vorurteilsfreie Information und eine entsprechende Urteilsbildung über den Wehrdienst" ermöglichen. Zu guterletzt sollen sich die Jugendoffiziere offenbar ständig in den Schulen herumtreiben, ihre „Begegnungen mit der Jugend sollen keinen Ausnahmecharakter haben"!

Man kann nicht sagen, daß sich die sozialdemokratische Antwort in ihrem politischen Ziel wesentlich davon unterscheidet. Der Erhalt des Kräftegleichgewichts – natürlich auf möglichst niedrigem Niveau – ist auch hier die Perspektive für eine „friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa" und den Schülern ist „zu vermitteln, daß die Bundeswehr ... als Verteidigungsinstrument des ganzen Volkes verstanden und akzeptiert werden muß". Mit der „Inneren Führung" scheint auch den SPD-Politikern genug an Demokratie in der Armee geschaffen. Was die SPD-Kultusminister allerdings deutlich von einem Mayer-Vorfelder unterscheidet, ist der weitgehende Verzicht auf *verbindliche* politische Lernziele. Statt von der Indoktrination „leitender Wertvorstellungen" und NATO-Doktrinen geht der SPD-Entwurf von *relativ* offenen Fragestellungen aus: Keine „Form der Bemühungen um Frieden" dürfe „von vorneherein als die richtige ... oder als die falsche bzw. utopische oder gar ‚vom Gegner gesteuerte' diskriminiert werden". Dieses Prinzip wird auch im großen und ganzen befolgt: „Friedenserziehung läßt sich als der Versuch begreifen, die verschiedenen Formen der Gewalt und Friedlosigkeit im internationalen und innergesellschaftlichen Bereich zu erfassen, ihre Ursachen zu analysieren, ihre wechselseitigen Abhängigkeiten zu erkennen sowie zu einem Abbau von Gewalt beizutragen." Der Gang und das Ziel dieser Analyse wird weitgehend offengehalten – an einer wesentlichen Frage jedoch wird dieses Prinzip durchbrochen:

„In der Erziehung zum Frieden sollte berücksichtigt werden, daß sich trotz teilweise erfolgreicher Entspannungsbemühungen angesichts der ungeheuren militärischen Vernichtungspotentiale in Ost und West, der Erstarrung in Systemgegensätzen, der geringen Erfolge von Rüstungsbegrenzungsverhandlungen und Abrüstungsbemühungen, Resignation, Ohnmachtsgefühle und Aggressionen gerade bei Heranwachsenden nur schwer aufheben lassen. Deshalb müssen Möglichkeiten aufgezeigt werden, zu friedlicher Existenz im unmittelbaren sozialen Umfeld zu gelangen, indem Formen friedlicher Konfliktregelung und gewaltfreien Verhaltens sowie der Überwindung von Vorurteilen eingeübt werden. Dialogfähigkeit und Konfliktfähigkeit sind die wichtigsten Komponenten von Friedensfähigkeit.

Fortsetzung Seite 6

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Politisch wieder in die Offensive kommen

BI gegen die Flughafenerweiterung Rhein/Main

In den verschiedenen Gruppen und Organen der Bürgerinitiative sowie in der ,,Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren Keine Startbahn West" diskutieren die Startbahngegner derzeit, wie sie auf den Vorstoß der Landesregierung mit der Ablehnung des Volksbegehrens und Abholzen des Waldes unter Polizeischutz antworten können

kow.Frankfurt. Börner hat das Volksbegehren (wir sind auf einige Ablehnungsgründe schon eingegangen, vgl. KVZ 48, S.2) verglichen mit Forderungen nach Einführung der Todesstrafe oder ,,Ausländerstop" und das Vorgehen der BI in die Nähe des Faschismus gerückt (Nötigung des Parlaments durch den Druck der Straße, Propagierung eines eigenen ,,gesunden" Rechtsempfindens) – das kann ihm bald als Bumerang um die Ohren fliegen. Auch der abgetakelte Rudi Arndt (SPD) sieht die ,,wahre", parlamentarische Demokratie in Gefahr ,,wie in Weimar" durch den ,,Mißbrauch plebiszitärer Demokratie". – Die drei Landtagsparteien stehen mit dem Rücken zur Wand. Obwohl die Startbahngegner in Hessen nach Hunderttausenden, wenn nicht nach Millionen zählen, erhob sich im hessischen Landtag nicht eine Stimme für diese Volksbewegung. CDU, SPD, FDP stehen wie ein Mann hinter Börner. Die Parteien an der Macht befürchten die praktische Kritik dieses jämmerlichen Parlaments durch direkten Volksentscheid. Das Recht auf Volksbegehren mußte doch gerade in die Verfassung aufgenommen werden, weil das Volk nach den Erfahrungen des Faschismus zumindest dieses Einspruchsrecht gegenüber einer sich der Konrolle des Volkes entziehenden Regierung begehrte.

Dennoch, es erhob sich kein Sturm der Entrüstung gegen die Regierungsentscheidung, die Bewegung gegen die Startbahn West ist durch die allerdings erwartete Ablehnung etwas in die Defensive gedrängt worden. Momentan macht sich eine gewisse Unsicherheit und Lähmung breit, die im Denken und Handeln überwunden werden muß.

Eine Minderheit?

,,Demokratie schließt aus, daß Minderheiten der Mehrheit ihren Willen aufzwingen", alles andere sei Anarchie oder Diktatur, so Börner. – Die 4000 Arbeiter von VDM und Adler und ihre Familien wissen jetzt, daß sie trotz Wahlrecht alle vier Jahre in einer Diktatur leben. Sie wollten gegen den Willen einer Handvoll Kapitalbesitzer und Manager ihr Recht auf Arbeit durchsetzen, und scheiterten.

Die Startbahngegner seien in Hessen die Minderheit, die große Mehrheit, repräsentiert durch *alle* Landtagsabgeordneten, sei für die Startbahn. Durch die Wahl sei sozusagen ein ,,Blankoscheck" ausgestellt worden, so Börner.

Es gibt in Hessen in Wirklichkeit keine Mehrheit für die Startbahn, sondern eine Mehrheit, die der Sache relativ gleichgültig gegenübersteht, weil sie nicht direkt von den negativen Auswirkungen betroffen ist. Alle großen Unterschriften-Sammelaktionen zeigen, daß diese ,,schweigende Mehrheit" für das Volksbegehren gewonnen werden kann, und eben davor fürchten sich die Herren Abgeordneten, die nur ihrem Gewissen folgend für das Recht der FAG eintreten, den Wald abzuholzen, um auch dort ihr Geschäft zu machen.

Die Bourgeoisie hat noch jede Massenbewegung zu einer Minderheit erklärt, in diesem Fall mit der Behauptung des ,,Bundesinteresses" an der Startbahn West. Das Prinzip, daß Bundesrecht Landesrecht bricht und die Kommunen gar nur willfähriges Instrument des Zentralstaates (nach der Hessischen Gemeindeordnung) sind, dient gerade dazu, den Massen jedes praktikable Entscheidungsrecht zu nehmen. Denn auf der Ebene der Gemeinde, des Kreises oder der Stadt findet sich ein Großteil der gesellschaftlichen Lebensbedingungen (z.B. Verkehr, Ausbildung), auch die Möglichkeiten der Naherholung werden hier gesucht. Das eindeutige Votum der betroffenen Bevölkerung des Kreises Groß Gerau zu unterdrücken (auch die Hoheit dieses Kreises über Gebiet und Bautätigkeit), hat deshalb mit Demokratie wenig zu tun.

Daß Börner um die ,,Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates" fürchtet, liegt gerade daran, daß die betroffene Bevölkerung massiv ihr Interesse geltend macht und Börners Behauptung von ,,allgemeinem Interesse" an der Startbahn auf taube Ohren stößt, weil es ein solches gemeinsames Interesse an der Startbahn nicht gibt. Die Kritik der Bürgerinitiative hat gerade erwiesen, daß hier die Interessen der wie ein Privatkapital wirtschaftenden FAG und der NATO einerseits dem Interesse der Bevölkerung nach Erhaltung der natürlichen Lebensbedingungen andererseits gegenübersteht. Zur Lösung der tatsächlich vorhandenen Verkehrsprobleme hat die BI alternative und viel effektivere Möglichkeiten vorgeschlagen, die die Umwelt nicht massiv zerstören.

Die Kritik an Börners Regierungserklärung muß man verstehen als Sprengung von Fesseln, die die nächsten praktischen Schritte behindern.

Wie geht es jetzt weiter?

Börner sieht ,,zuversichtlich" dem Spruch des Staatsgerichtshofs entgegen, das kann man ihm glauben. Die Richter sind nach dem Parteienproporz im Landtag von den drei Parteien ausgekungelt, z.T. Prozeßbeteiligte aus früheren Startbahnprozessen, wo sie 150%ig für den ,,sofort notwendigen Bau" eingetreten sind. Noch diese Woche soll über ein Moratorium entschieden werden, zur Zustimmung braucht es aber 8 von 11 Richterstimmen. Die Entscheidung über das Volksbegehren wird wahrscheinlich erst im Februar verkündet, wenn nach planmäßigem Verlauf alles abgeholzt ist.

Die Startbahngegner werden ein juristisches Symposium mit anerkannten Rechtsgutachtern veranstalten, um Druck auf die Landesregierung und das Gericht auszuüben. Gleichzeitig sollen in ganz Hessen Demonstrationen und Informationsveranstaltungen stattfinden, um gegen das Vorgehen der Regierung zu protestieren und dem Staatsgerichtshof jeden Schleier der ,,Unabhängigkeit" zu nehmen.

Vetorecht

Die Aussichten auf Zulassung des Volksbegehrens sind gering, obwohl auch die juristischen Argumente dafür sprechen. Wird das Volksbegehren abgelehnt, ist diese Entscheidung endgültig – und der Bewegung gegen die Startbahn droht ein schwerer Schlag, wenn sie sich nicht jetzt schon über die Perspektiven klar wird. Natürlich geht der Widerstand weiter, das Gericht prüft ohnehin nicht die Berechtigung des Widerstandes, sondern nur die Zulässigkeit des Volksbegehrens. Die Bewegung wird nicht vor dem Spruch eines Gerichts zu Kreuze kriechen, dessen Richter nicht einmal vom Volk gewählt sind. Aber wie soll denn die Verbreiterung des Widerstandes organisiert werden?

Den Startbahngegnern bieten sich in der Perspektive mehrere Möglichkeiten. Sollte das Volksbegehren abgelehnt werden, wird man diese praktische Liquidierung eines verfassungsmäßigen Souveränitätsrechts nicht einfach hinnehmen und eine Kampagne führen für ein praktikables Vetorecht der betroffenen Bevölkerung gegen die Startbahn West oder allgemein gegen solche Projekte, also eine Art Volksbefragung für einen Volksentscheid. Einige Startbahngegner wollen sich in dieser Lage gegenüber Börner als die reinen ,,Gralshüter" der Verfassung betätigen, wo doch die Erfahrungen zeigen, daß diese Rechte keineswegs reichen. Wenn man die Sache so angeht, wer ist der bessere Verfassungshüter, Börner oder wir, statt ein wirkliches Vetorecht zu fordern, womit das Volk durch direkten Entscheid die Verhältnisse in seinem Interesse ändern kann, geht es sicher in die Hose.

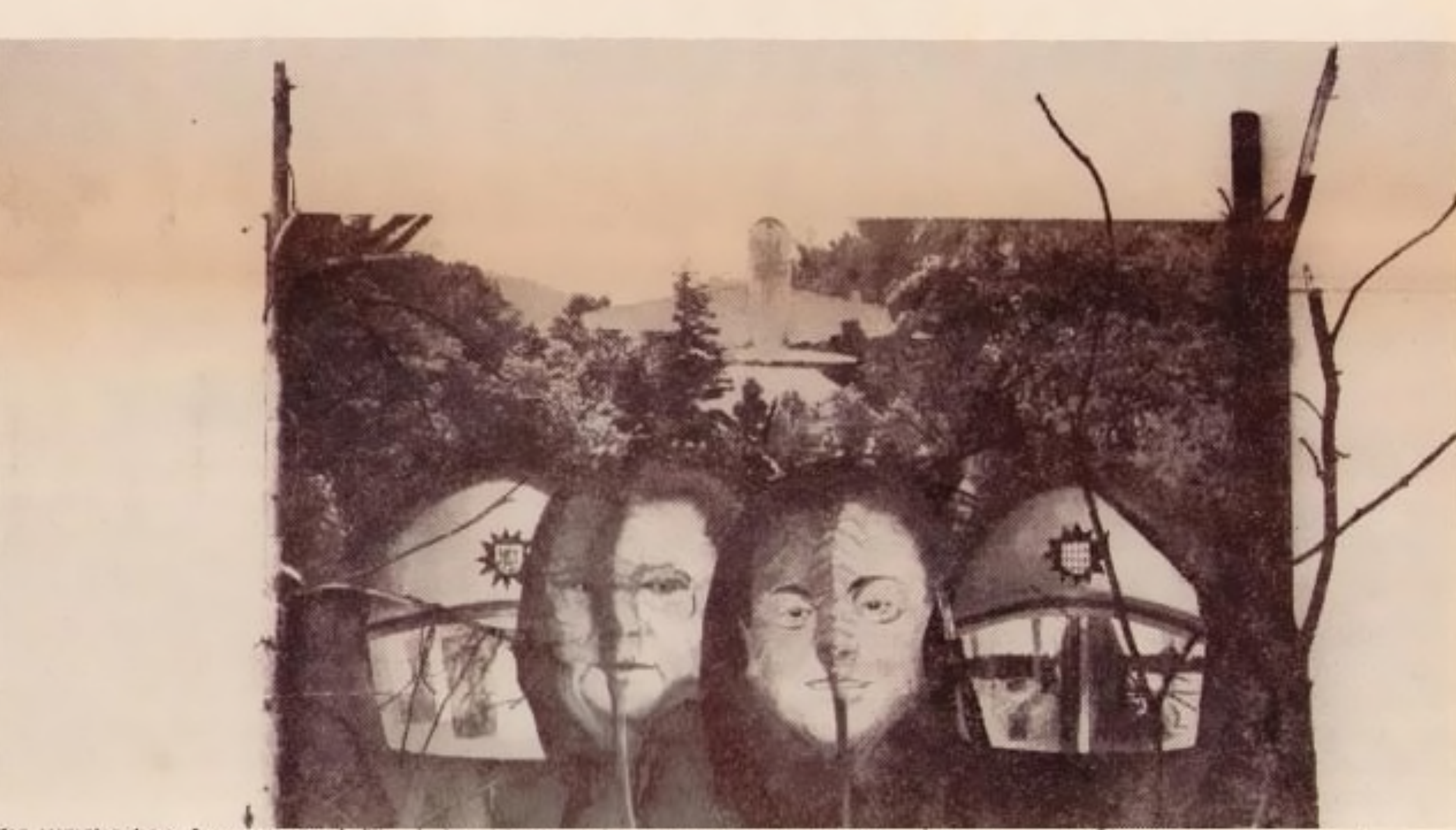
Das andere Mittel, die Kräfteverhältnisse in Hessen zu verändern, auch von oben her der Bewegung Luft zu verschaffen, sind die Landtagswahlen im September. Hier fängt die Diskussion in den BIs erst gerade an, und der erste Schritt wird sein, überhaupt über den Nutzen einer Beteiligung zu sprechen und den Grünen etwas auf die Füße zu treten, daß sie ihren Programmvorschlag aus dem stillen Kämmerlein holen und zur öffentlichen Diskussion stellen (siehe KVZ 49, Im Vorfeld der hessischen Landtagswahlen).

Sicher wäre es ein Fehler der Revolutionäre unter den Startbahngegnern, dieses politische Feld den Grünen oder anderen allein zu überlassen. Den Widerstand gegen die Waldrodung auch langfristig zu stärken, das wird nicht laufen, wenn man politisch in der Defensive bleibt.

Platzbesetzung

Wenn die Polizei mit der Umzäunung des Geländes von Baulos 2 beginnt, womit täglich zu rechnen ist, will die BI nach Beschluß ihrer Delegiertenversammlung am folgenden Samstag in einer großen, bundesweit mobilisierenden Aktion den Bauplatz besetzen. Derzeit laufen in Arbeitsgruppen die Vorbereitungen, wie man massenhaft über den Zaun kommt, wie man die Mauer zerstört usw. Ohne ausführliche Beratung über das gemeinsame Vorgehen, was jede Gruppe dazu beitragen kann, wie man sich schützt usw. wird nichts gehen. Der Zweck soll sein zu zeigen, daß die Startbahngegner bereit und in der Lage sind, die Rodungsarbeiten massiv zu *be*hindern und zeitweise zu *ver*hindern. Was der Landesregierung und ihrem ganzen Anhang am Sonntag, dem 15.11., so gestunken hat, war doch, daß die Front immer noch steht, obwohl die Staatsmacht bis auf die Schußwaffe alle Register gezogen hat. Ferner, daß Startbahngegner nicht immer die zweite Backe auch noch hinhalten, wenn die Polizei Amok läuft.

Die Platzbesetzung wird ziemlich entscheidend sein, auch für die weitere Mobilisierung, das muß man auch den Gegnern dieser Aktion klarmachen. Der Platz wird zwar nicht länger als bis Sonntag abend zu halten sein, aber wenn das nicht gelingt und die Startbahngegner kommen aus dem Wald und haben den aufrechten Gang verlernt, dann droht auch die politische Auseinandersetzung um das Volksbegehren usw. mehr zum Wortgeplänkel zu werden.



teien an der Macht befürchten die praktische Kritik dieses jämmerlichen Parlaments durch direkten Volksentscheid. Das Recht auf Volksbegehren mußte doch gerade in die Verfassung aufgenommen werden, weil das Volk nach den Erfahrungen des Faschismus zumindest dieses Einspruchsrecht gegenüber einer sich der Konrolle des Volkes entziehenden Regierung begehrte.

Dennoch, es erhob sich kein Sturm der Entrüstung gegen die Regierungsentscheidung, die Bewegung gegen die Startbahn West ist durch die allerdings erwartete Ablehnung etwas in die Defensive gedrängt worden. Momentan macht sich eine gewisse Unsicherheit und Lähmung breit, die im Denken und Handeln überwunden werden muß.

Eine Minderheit?

,,Demokratie schließt aus, daß Minderheiten der Mehrheit ihren Willen aufzwingen", alles andere sei Anarchie oder Diktatur, so Börner. – Die 4000 Arbeiter von VDM und Adler und ihre Familien wissen jetzt, daß sie trotz Wahlrecht alle vier Jahre in einer Diktatur leben. Sie wollten gegen den Willen einer Handvoll Kapitalbesitzer und Manager ihr Recht auf Arbeit durchsetzen, und scheiterten.

chen Lebensbedingungen (z.B. Verkehr, Ausbildung), auch die Möglichkeiten der Naherholung werden hier gesucht. Das eindeutige Votum der betroffenen Bevölkerung des Kreises Groß Gerau zu unterdrücken (auch die Hoheit dieses Kreises über Gebiet und Bautätigkeit), hat deshalb mit Demokratie wenig zu tun.

Daß Börner um die ,,Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates" fürchtet, liegt gerade daran, daß die betroffene Bevölkerung massiv ihr Interesse geltend macht und Börners Behauptung von ,,allgemeinem Interesse" an der Startbahn auf taube Ohren stößt, weil es ein solches gemeinsames Interesse an der Startbahn nicht gibt. Die Kritik der Bürgerinitiative hat gerade erwiesen, daß hier die Interessen der wie ein Privatkapital wirtschaftenden FAG und der NATO einerseits dem Interesse der Bevölkerung nach Erhaltung der natürlichen Lebensbedingungen andererseits gegenübersteht. Zur Lösung der tatsächlich vorhandenen Verkehrsprobleme hat die BI alternative und viel effektivere Möglichkeiten vorgeschlagen, die die Umwelt nicht massiv zerstören.

Die Kritik an Börners Regierungserklärung muß man verstehen als Sprengung von Fesseln, die die nächsten praktischen Schritte behindern.

sprechen. Wird das Volksbegehren abgelehnt, ist diese Entscheidung endgültig – und der Bewegung gegen die Startbahn droht ein schwerer Schlag, wenn sie sich nicht jetzt schon über die Perspektiven klar wird. Natürlich geht der Widerstand weiter, das Gericht prüft ohnehin nicht die Berechtigung des Widerstandes, sondern nur die Zu-

den Nutzen einer Beteiligung zu sprechen und den Grünen etwas auf die Füße zu treten, daß sie ihren Programmvorschlag aus dem stillen Kämmerlein holen und zur öffentlichen Diskussion stellen (siehe KVZ 49, Im Vorfeld der hessischen Landtagswahlen).

Sicher wäre es ein Fehler der Revolutionäre unter den Startbahngegnern, dieses politische Feld den Grünen oder

Gegnern dieser Aktion klarmachen. Der Platz wird zwar nicht länger als bis Sonntag abend zu halten sein, aber wenn das nicht gelingt und die Startbahngegner kommen aus dem Wald und haben den aufrechten Gang verlernt, dann droht auch die politische Auseinandersetzung um das Volksbegehren usw. mehr zum Wortgeplänkel zu werden.



Zur Unterstützung des Volksbegehrens ,,Keine Startbahn West" wurde anläßlich der Jahresausstellung des Kasseler Kunstvereins ein Gemälde (1,90 m × 3,00 m) und eine Richterplastik von den Künstlern Kallhardt und Eichler aus Kassel ausgestellt. Die Arbeit trägt den Titel: ,,Spaziergang durch Hessen". Die Ausstellung geht vom 3. Dezember bis 10. Januar (vom 24.12. bis 1.1.1982 geschlossen).

Fortsetzung von Seite 5

,,Friedenserziehung" ...

Zur Dialogfähigkeit gehört das Einander-Zuhören, das Argumentieren, das Verstehen, das Akzeptieren und Tolerieren unterschiedlicher Auffassungen und Positionen; zur Konfliktfähigkeit gehört es, Konflikte, ihre Ursachen und beteiligten Interessen zu erkennen, eigene Interessen und Positionen zu lokalisieren, Konflikte auszuhalten, Möglichkeiten der Konfliktregelung vorzuschlagen und um sie zu streiten; zur Friedensfähigkeit gehört es, Kompromisse zu schließen, Streit fallen zu lassen, eigene Urteile und Auffassungen auch zu verändern, sich zu verständigen, im Vertrauen auf Gegenseitigkeit Vorgaben zu machen, zu verzeihen, zu vergessen und sich zu versöhnen."

Dieses notwendig etwas längliche Zitat zeigt, wo bei aller Offenheit für wissenschaftliche Analyse der Kriegsursachen und Diskussion von Strategien der Verhinderung des Kriegs die Schranke für den Lehrer liegen soll, deren Überschreiten natürlich auch in SPD-Ländern von der Schulaufsicht entsprechend geahndet werden soll und wird. Ausgehend von einer Vorstellung des BRD-Kapitalismus als einer Gesellschaft, in der es darum geht, ,,Werte wie Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität als gleiche Teilhabemöglichkeit (!) für alle ... mit den demokratischen und sozialen Rechten in Übereinstimmung zu bringen", wird letztlich Kompromiß mit und Vertrauen in den politischen Gegner (Entschuldigung, den politisch ,,Andersdenkenden" natürlich) propagiert. Im Zweifelsfall der Burgfriede. Und wenn der Dialog und der Kompromiß noch so einseitig ist. Und auch wenn die Bundesregierung die US-Raketen stationieren oder Börner die Startbahn bauen läßt: Man verändert als Gegner dieser Maßnahmen entweder sein Urteil – schon herrscht Frieden! Oder man hält diese Konflikte aus – auch Frieden. Auf jeden Fall hat man das gute Gewissen, dialog- und friedensfähiger als die Kapitalisten und der Staat zu sein.

Ob sich die ,,Aggressionen der Heranwachsenden" so beseitigen lassen, ist ebenso zweifelhaft wie bei dem CDU-Konzept – und auch wahrlich nicht zu hoffen. Sicher, ein kleineres Übel ist der SPD-Entwurf wegen seiner größeren Offenheit – aber das kennt man nun ja zur Genüge.

Neue Erhöhung der Mindestlöhne in Zimbabwe

lup. Der Ministerpräsident von Zimbabwe, Robert Mugabe, hat auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1982 erneut die Mindestlöhne um Sätze bis zu 66% erhöht werden sollen. Es ist die dritte Erhöhung der Mindeslöhne seit der Unabhängigkeit. Landarbeiter und Hausangestellte sollen nach dieser Erhöhung mindestens 50 Zimbabwe-Dollar (156 DM) verdienen, Industriearbeiter 105 Dollar (328 DM). Durch diese Lohnerhöhungen sollen u.a. starke Preissteigerungen des vergangenen Jahres wettgemacht werden. Der Verband der weißen Farmer hat gegen die Lohnerhöhung Protest eingelegt. Arbeits- und Sozialminister Kangai hatte vor einigen Wochen gedroht, gegen diejenigen, die ihren Arbeitern, insbesondere Hausangestellten und Landarbeitern, weniger als die gesetzlichen Mindestlöhne zahlen, Gefängnisstrafen zu verhängen.

KP Kampucheas gibt ihre Auflösung bekannt

kvz. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kampucheas hat am vergangenen Wochenende beschlossen, die Partei aufzulösen. Eine nähere Begründung wurde nicht gegeben, es heißt, dieser Beschluß sei nach Konsultation mit verschiedenen Kreisen der kampucheanischen Gesellschaft gefaßt worden. Vermutet wird, daß damit beabsichtigt ist, die Bemühungen um die Bildung einer Koalitionsregierung zu erleichtern und den ASEAN-Staaten entgegenzukommen, die gegenwärtig eine Tagung durchführen, um politische Initiativen zum Kampuchea-Problem zu erörtern. Die Verhandlungen über die Bildung einer Koalitionsregierung haben inzwischen zu einem vorläufigen Ergebnis geführt. Vereinbart wurde die Bildung einer lockeren Regierung, deren Präsident Sihanouk und deren Premierminister Son Sann sein soll, Verteidigungsminister soll ein Vertreter des Demokratischen Kampuchea sein. Die drei Parteien sollen ihre Eigenständigkeit bewahren, die Koalition soll mit Abzug der vietnamesischen Truppen aufgelöst werden. Das Demokratische Kampuchea hat sich eine Bedenkfrist von zwei Monaten ausbedungen.

Heng Samrin nun auch Chef der Marionettenpartei

kvz. Überraschend ist am Wochenende bekanntgeworden, daß der Chef des durch vietnamesische Truppen in Phnom Penh installierten Marionettenregimes, Heng Samrin, nun auch Chef der später gegründeten Marionettenpartei geworden ist und in dieser Funktion Pen Sovann ablöst, der erst vor wenigen Monaten in diesem Amt bestätigt worden war. Offiziell bestätigt wurde dies mit dem Gesundheitszu-

entgegenzukommen, die gegenwärtig eine Tagung durchführen, um politische Initiativen zum Kampuchea-Problem zu erörtern. Die Verhandlungen über die Bildung einer Koalitionsregierung haben inzwischen zu einem vorläufigen Ergebnis geführt. Vereinbart wurde die Bildung einer lockeren Regierung, deren Präsident Sihanouk und deren Premierminister Son Sann sein soll, Verteidigungsminister soll ein Vertreter des Demokratischen Kampuchea sein. Die drei Parteien sollen ihre Eigenständigkeit bewahren, die Koalition soll mit Abzug der vietnamesischen Truppen aufgelöst werden. Das Demokratische Kampuchea hat sich eine Bedenkfrist von zwei Monaten ausbedungen.

Heng Samrin nun auch Chef der Marionettenpartei

kvz. Überraschend ist am Wochenende bekanntgeworden, daß der Chef des durch vietnamesische Truppen in Phnom Penh installierten Marionettenregimes, Heng Samrin, nun auch Chef der später gegründeten Marionettenpartei geworden ist und in dieser Funktion Pen Sovann ablöst, der erst vor wenigen Monaten in diesem Amt bestätigt worden war. Offiziell bestätigt wurde dies mit dem Gesundheitszu-stand Pen Sovanns. Unklar ist bislang, ob dieser Schritt aus Machtkämpfen heraus erfolgte, mit der Absicht verbunden, dem Marionettenregime einen nationalistischen Anstrich zu geben. Oder ob Pen Sovann, der vor kurzem die Battambang-Provinz besucht hatte, Opfer eines Guerillaangriffs geworden ist.

Waldheim und Salim ziehen Kandidatur zurück

chm. Auf Verlangen des amtierenden Vorsitzenden des Sicherheitsrates, Otunnu (Uganda), haben sowohl der jetzige Generalsekretär der UNO Kurt Waldheim als auch der von einer Reihe von Ländern der Dritten Welt vorgeschlagene Kandidat, Salim (Tansania), ihre jeweilige Kandidatur zurückgezogen. Die Wahl eines neuen UN-Generalsekretärs – Waldheim hat schon zwei Amtsperioden in diesem Amt absolviert – wird sowohl von den USA als auch von der Sowjetunion blockiert. Beide unterstützen eine dritte Amtsperiode Kurt Waldheims gegen den Widerstand einer Mehrheit von Staaten der Dritten Welt. Die USA haben gegen den Kandidaten, den diese Länder vorgeschlagen hatten, sechzehnmal ihr Veto im Sicherheitsrat eingelegt. Die Volksrepublik China stimmte ihrerseits gegen Waldheim, wobei sie deutlich machte, daß es ihr darum gehe, das Gewicht, das die Länder der 3. Welt in der UNO repräsentieren, im Amt des Generalsekretärs angemessen vertreten zu sehen. Mit Ausnahme des Burmesen U Thant, der das Amt von 1962 – 1971 innehatte, sei es immer von Politikern aus Europa oder den USA besetzt gewesen. Mit dem Zurückziehen seiner Kandidatur spekuliert Waldheim darauf, daß dann ein Kompromiß zustandekommt, die fünfjährige Amtsperiode zwischen ihm und Salim zu teilen.

Ecevit tritt Gefängnisstrafe an

chm. Der Vorsitzende der türkischen Republikanischen Volkspartei und ehemalige Ministerpräsident Bülent Ecevit hat am Donnerstag vergangener Woche seine viermonatige Haftstrafe angetreten. Ein Militärgericht hatte ihn dazu verurteilt, weil er ein Kommuniqué hatte verteilen lassen, in dem er das Verbot aller politischen Parteien durch die Militärregierung verurteilte. Zum ersten Mal seit dem Militärputsch 1980 fand in Istanbul eine Demonstration statt, die von Mitgliedern der Republikanischen Volkspartei und Sympathisanten durchgeführt wurde als Solidaritätsgeste mit Ecevit. Daß das Militärgericht von seinem Recht auf Hafterlaß keinen Gebrauch gemacht hat, hat auch die europäischen Verbündeten der Türkei empört. So hat die Bundesrepublik und mit ihr Dänemark und Norwegen, die zu den wichtigsten Kapitalgebern der Türkei in Westeuropa gehören, damit gedroht, die Türkeihilfe drastisch zu senken. Der US-Verteidigungsminister, der sich auf Besuch in Ankara befand, lobte dagegen, daß die Militärs „ent-

ein Kompromiß zustandekommt, die fünfjährige Amtsperiode zwischen ihm und Salim zu teilen.

Ecevit tritt Gefängnisstrafe an

chm. Der Vorsitzende der türkischen Republikanischen Volkspartei und ehemalige Ministerpräsident Bülent Ecevit hat am Donnerstag vergangener Woche seine viermonatige Haftstrafe angetreten. Ein Militärgericht hatte ihn dazu verurteilt, weil er ein Kommuniqué hatte verteilen lassen, in dem er das Verbot aller politischen Parteien durch die Militärregierung verurteilte. Zum ersten Mal seit dem Militärputsch 1980 fand in Istanbul eine Demonstration statt, die von Mitgliedern der Republikanischen Volkspartei und Sympathisanten durchgeführt wurde als Solidaritätsgeste mit Ecevit. Daß das Militärgericht von seinem Recht auf Hafterlaß keinen Gebrauch gemacht hat, hat auch die europäischen Verbündeten der Türkei empört. So hat die Bundesrepublik und mit ihr Dänemark und Norwegen, die zu den wichtigsten Kapitalgebern der Türkei in Westeuropa gehören, damit gedroht, die Türkeihilfe drastisch zu senken. Der US-Verteidigungsminister, der sich auf Besuch in Ankara befand, lobte dagegen, daß die Militärs „ent-schlossen den Weg zu einer demokratischen Regierung“ eingeschlagen hätten.

Anti-Kriegsbewegung in den USA

Demonstrationen gegen amerikanische Interventionsdrohungen in Mittelamerika
100000 beteiligen sich an teach ins gegen nukleare Aufrüstung

lup. Eine breite Massenbewegung gegen Kriegsvorbereitungen, nukleare Aufrüstung und im besonderen gegen die Interventionsdrohungen der amerikanischen Regierung in Mittelamerika ist in den USA in den letzten Wochen in großen Aktionen hervorgetreten.

Die jüngsten Äußerungen der US-Regierung zu Mittelamerika wurden zwischen dem 21. und 23. November mit einer Reihe von Demonstrationen und Pressekonferenzen im ganzen Land beantwortet. In New York fand eine Demonstration von 1200 statt, die ihren Ausgang an einem Rekrutierungsbüro der Armee nahm und von dort zum UN-Hauptquartier zog. Veranstalter waren über 40 gewerkschaftliche, religiöse, Friedens- und Solidaritätsorganisationen, Sprecher der Kundgebung war u.a. ein Mitglied der Demokratischen und Revolutionären Front von El Salvador. Kleinere Demonstrationen fanden am gleichen Tag in San Francisco (500 Teilnehmer), Boston (300), Washington (200) und einer Reihe von anderen Städten statt, zumeist spontan organisiert. Auf einer Kundgebung in Washington rief eine Gewerkschafterin die organisierten Arbeiter auf, sich an der Friedensbewegung aktiv zu beteiligen. „Man hat uns gesagt, daß das Regime des nicaraguanischen Diktators in unserem Interesse sei, aber als Somoza gestürzt wurde, haben wir nichts verloren. Es bedeutet für uns nicht den geringsten Schaden, wenn das Militärregime in El Salvador das gleiche Schicksal erleidet wie Somoza“, erklärte der demokratische Abgeordnete John Conyers aus Michigan in Kommentierung der Aktion der vorausgegangenen Woche: „Die USA sollten besser als jede andere Nation der Erde wissen, daß Revolutionen in der 3. Welt, so wie die in El Salvador, Nicaragua und Vietnam, ihre Wurzeln in den politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen der Völker haben. Wenn die Bedingungen existieren, die eine Revolution hervorrufen, dann – so hat uns die Geschichte wiederholt gezeigt – kann dies durch keinerlei militärische Lösung geändert werden.“

Anderthalb Wochen zuvor hatten in den USA landesweit teach-ins gegen die wachsende Gefahr eines nuklearen Krieges stattgefunden, an denen sich insgesamt mehr als 100000 Menschen beteiligten. Es war dies zusammengenommen die größte Anti-Kriegs-Manifestation in den USA in der jüngeren Geschichte. Diese teach-ins werden in den USA von vielen als Beginn einer neuen Massenbewegung betrachtet, die in ihren Formen an die frühen Stadien der amerikanischen Anti-Vietnam-Bewegung erinnert.

Sie wurden initiiert von einer in Boston ansässigen Wissenschaftlervereinigung in 151 Universitäten durchgeführt, zu den Sprechern gehörten zumeist Wissenschaftler, Bischöfe und Pastoren, Politiker und Studentenvertreter. In der Harvard-Universität, wo sich über 2000 Menschen an den Veranstaltungen beteiligten, sprach u.a. Paul Warnke, ein Berater des früheren US-Präsidenten Jimmy Carter. Die offizielle amerikanische Presse zeigte sich überaus besorgt über den Umfang dieser Veranstaltungen. „Eine nationale Bewegung findet sich zusammen um das Thema, daß gegenwärtig die Gefahr eines nuklearen Krieges wächst“ schreibt die Washington Post. Der Christian Science Monitor schrieb:

„Man kommt wohl nicht um den Schluß herum, daß die Anti-Atomwaffen-Bewegung tiefere Wurzeln schlägt. Das ist ein Phänomen, das die Reagan-Administration nicht ignorieren kann.“ Und die Times warnte: „Der Ausgang des 11. November – und andere Anti-Atomwaffen-Aktivitäten – deuten darauf hin, daß die Regierung dabei ist, den Propagandakrieg zu verlieren.“ Die Veranstalter der teach-ins wiesen in Auswertung der gesammelten Erfahrungen darauf hin, daß die Aktionen vom 11. November kein einmaliger Akt bleiben werden. Sie sollen den Ausgangspunkt einer anhaltenden Aufklärungskampagne bilden.

(Nach Berichten des amerikanischen Guardian)



Demonstration in New York zum UN-Hauptgebäude nach den Drohungen der US-Regierung bezüglich einer Militärintervention in Zentralamerika. „Die USA sollten besser als jede andere Nation der Erde wissen, daß Revolutionen der 3. Welt,

Friedensbewegung aktiv zu beteiligen. „Man hat uns gesagt, daß das Regime des nicaraguanischen Diktators in unserem Interesse sei, aber als Somoza gestürzt wurde, haben wir nichts verlo-

wegung erinnert.

Sie wurden initiiert von einer in Boston ansässigen Wissenschaftlervereinigung in 151 Universitäten durchge-

den Ausgangspunkt einer anhaltenden Aufklärungskampagne bilden.

(Nach Berichten des amerikanischen Guardian)



Demonstration in New York zum UN-Hauptgebäude nach den Drohungen der US-Regierung bezüglich einer Militärintervention in Zentralamerika. „Die USA sollten besser als jede andere Nation der Erde wissen, daß Revolutionen der 3. Welt, so wie in El Salvador, Nicaragua und Vietnam, ihre Wurzeln in den politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen der Völker haben. Wenn diese Bedingungen existieren, kann dies durch keinerlei militärische Lösung geändert werden“, erklärte ein demokratischer Abgeordneter des Repräsentantenhauses auf einer parallel stattfindenden Pressekonferenz.

Amerikanischer Schutzschirm für Israels Kriege schriftlich fixiert

chm. Die Erklärung ist kein Abkommen und kein Vertrag, heißt nur „memorandum of understanding“. Der ehemalige Ministerpräsident Rabin, Mitglied der Arbeiterpartei, nannte sie „ein völlig wertloses Papier“. Die Arbeiterpartei mit ihren 48 Abgeordneten und die kommunistische Partei Rakah – 4 Abgeordnete – haben vier Mißtrauensanträge gegen die Regierung eingebracht, weil sie diese Erklärung unterzeichnet hat und auch sehr zufrieden ist – nach den offiziellen Bekundungen z.B. des Verteidigungsministers Sharon. „Es enthält alles, was wir uns gewünscht haben“, erklärte er nach seiner Rückkehr aus den USA. Es geht um die Vereinbarung über die „strategische Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel“. Der genaue Wortlaut ist bisher nicht veröffentlicht worden. Umso mehr wird über den nichtveröffentlichten Text spekuliert: Die Kritiker in Israel monieren, daß die Stoßrichtung der Erklärung gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Der Abgeordnete der moskaugeführten Rakah-Partei, Toubi, erklärte in der Knesset, daß sie der Sowjetunion den Krieg erkläre und deshalb gegen Israels Interessen sei. Israel könne nicht den Polizisten der USA im Nahen Osten spielen. (Was macht es denn anders seit seiner Gründung im Jahre 1948?)

Die Regierung versucht, die Übereinkunft im Gegenzug als bilateralen Militärpakt mit den USA hinzustellen: Sie richte sich nicht nur gegen die Sowjetunion, immerhin der engste Verbündete Syriens, des Irak, Libyens und der PLO, sondern auch gegen Israels Feinde des „2. Kreises“, womit Kuba, DDR und Nordkorea speziell gemeint sind, die Militärberater im Südjemen haben. Gemeinsame See- und Luftmanöver im östlichen Mittelmeerraum sind geplant. (Auf Landmanöver sollen die USA trotz israelischen Drängens verzichtet haben, um nicht in Palästina mit eigenen Soldaten präsent zu sein.) Die USA verpflichten sich, israelische Rüstungsgüter zu kaufen – die Rüstungsindustrie macht etwa die Hälfte der gesamten israelischen Industrieproduktion aus. Mit Recht spielt die Regierung Begin die Klausel herunter, daß die strategische Zusammenarbeit sich weder gegen einen noch gegen mehrere Staaten der Region richtet. In die Vereinbarung ist ausdrücklich aufgenommen, daß alle vorangegangenen Erklärungen in Kraft bleiben. Gemeint sind vor allem die, die Henry Kissinger im Anschluß an den Oktoberkrieg 1973 in den verschiedenen Entflechtungsabkommen mit Ägypten und Syrien verfochten hat und die *alle* Verpflichtungen der USA enthalten, Israel bei jeder Bedrohung zu verteidigen und keine Verhandlungen mit der PLO aufzunehmen, solange sie nicht die UN-Resolutionen 242 und 338 anerkannt hat. (Beide Resolutionen negieren das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und schreiben Israels Existenzrecht fest.)

Da die unmittelbaren Nachbarn Israels nicht die Sowjetunion und nicht Kuba sind, muß man dieses Memorandum als eine *politische* Demonstration der US-Imperialisten sehen, die sich direkt gegen die arabischen Staaten, vor allem aber gegen das palästinensische Volk richtet, und es ist wichtig, daß es gerade mit der 2. Regierung Begin abgeschlossen worden ist: Seit der Unterzeichnung der Verträge von Camp David hat die Regierung des Likudblocks, in der ersten Wahlperiode und in der jetzigen von Begin geführt, den Kriegszustand im Nahen Osten eskaliert. Höhepunkte häufen sich in den letzten sechs Monaten: Die Bombardierung des irakischen Reaktors am 4. Juni, die Bombardierung Beiruts am 17. Juli, bei der 200 Menschen ums Leben kamen, der „sechste Nahostkrieg“, wie die PLO die Steigerung der israelischen Aggressionen gegen den Südlibanon in den Monaten Juni und Juli mit Recht bezeichnet, wofür der neue Verteidigungsminister Sharon verantwortlich zeichnet. Daß Israel erneut einen größeren Angriff gegen den Südlibanon vorbereitet, geht aus den Erklärungen der eigenen Generäle hervor. So sagte der Generalstabschef Rafael Eytan, daß es an der Zeit sei, den Waffenstillstand vom Juli zu brechen, die „Terroristen“ hätten sich erneut im Südlibanon eingenistet. Hand in Hand geht die Verschärfung der Unterdrückung im besetzten Westufer und in Gaza – wo am Montag zwei palästinensische Jugendliche bei einer Demonstration erschossen worden sind. Die Siedlungstätigkeit wird verstärkt. 100000 Juden sollen in den nächsten Jahren in den bestehenden 152 Siedlungen untergebracht werden, nach neuesten Erklärungen der internationalen zionistischen Organisation, Jewish Agency.

Diese demonstrative politische Geste seitens der USA ist der Schutzschirm für die kommenden Gewalttätigkeiten. Meines Erachtens ist sie durch das Scheitern der arabischen Gipfelkonferenz von Fes erleichtert worden. Immerhin hatte der Fahdplan, auf den die arabischen Staaten vor allem durch die Haltung Syriens und Libyens sich nicht einigen konnten, es geschafft, Israel als Kriegstreiber zu zeigen, das jeden Friedensvorschlag ablehnt, hat die USA zu einer „wohlwollenden Rezeption“ bewegt und Ägypten einen Weg aus der Sackgasse des separaten Friedens geboten. Jetzt trumpft Israel wieder auf: Schon sind erste Verlautbarungen zu hören, daß man sich ja auch die Räumung des restlichen Sinai, die bis April 1982 vorgesehen ist, schließlich noch überlegen könnte.

Polnische Krise vor der gewaltsamen Lösung?

Parteiführung rüstet auf einen Gewaltstreich / „Solidarität" schläft nicht

Von Gerd Koenen

Der Stellvertretende Vorsitzende des polnischen Sejm, des Parlaments, hat nun erklärt, die vom ZK der PVAP beantragten Sondervollmachten für die Regierung, die ein weitgehendes Streikverbot, die Erweiterung der Befugnisse der Militärgerichtshöfe, Beschränkungen der Freizügigkeit u.a. vorsehen (vgl. letzte KVZ), würden dem Parlament *nicht* vorgelegt. Alles werde über das neue Gewerkschaftsgesetz geregelt, das unter Mitwirkung der „Solidarność" zustande gekommen ist und vor Ausrufung von Streiks bindende Schlichtungsregelungen vorsieht. Gleichzeitig hat der Primas der polnischen Kirche, Glemp, die Parlamentarier aufgerufen, keine Sondervollmachten zu geben – auch das, wenn man's bedenkt, ein ganz neuer Vorgang. Aber solche Neuheiten gibt es in Polen jetzt jeden Tag.

Ausgeschlossen ist dennoch nicht, daß der Antrag auf Sondervollmachten gestellt wird und daß er durchkommt. Schließlich hatte das 6. Plenum des ZK der PVAP die Regierung und die Parlamentsfraktion ausdrücklich *verpflichtet*, diesen Antrag zu stellen, nachdem diese vorher schon einem entsprechenden Beschluß des ZK-Plenums nicht gefolgt waren. In diesem Zusammenhang hat die ZK-Mehrheit ausdrücklich noch einmal die sogenannte führende Rolle der Partei bekräftigt, d.h. den *Weisungs*charakter von Beschlüssen des ZK und des Politbüros für die staatlichen Organe – und insbesondere eben für die Regierung des Generals Jaruzelski.

Das 6. ZK-Plenum und der darauf folgende Sturm auf die Feuerwehr-Hochschule in Warschau wird allgemein als ein Wendepunkt in der Politik der Partei betrachtet, der Versuch einer Gegenoffensive. Der führende Kopf dieser reaktionären Wende ist der formell zweite Mann in der Parteihierarchie, Olszowski, der insbesondere auch die Medien kontrolliert. Jaruzelski, hinter dessen Generalsuniform sich die Partei eine Zeitlang zurückgezogen hat, erscheint schon nur noch als Galionsfigur. Es gab so gut wie keine ausdrücklichen Unterstützungserklärungen auf dem ZK-Plenum mehr für ihn, und sein Versuch zur Errichtung einer „Front der nationalen Verständigung", die unter gewissen Bedingungen für die „Solidarität" in diesem Krisenwinter eine akzeptable Übergangsform zu einer weitergehenden Demokratisierung und Umgestaltung von Staat und Gesellschaft hätte sein können, erscheint blockiert.

Die Entscheidung zum Sturm auf die Feuerwehrhochschule sollte eine Demonstration der Stärke sein, und es war Olszowski, der sie in einer Fernsehrede ausdrücklich als solche begründete. In der Realität fiel die „Demonstration der Stärke" weniger überzeugend aus. Der Streik der Feuerwehrhochschüler war Teil des allgemeinen Hochschulstreiks, der nahezu alle Hochschulen in Polen erfaßt hat und vor allem die gesetzliche Verankerung der Autonomie der Universitäten, insbesondere ihr Recht, die Studiengänge selbst festzulegen, zum Ziel hatte; in diesem Sinne war es ein Streik gegen die staatliche Zensur der Lehrinhalte und -pläne. Die Kadetten der Feuerwehrhochschule streikten in diesem Rahmen für ihre Überführung in Zivilstatus; denn die Feuerwehr ist in Polen dem Innenministerium unterstellt, d.h. paramilitärisch organisiert. Das gab der Staatsmacht umgekehrt den Vorwand, diesen Streik als *Meuterei* zu behandeln, die niedergeschlagen werden müsse; zumal die untergründige gewerkschaftliche Organisierung von Armee, Polizei und paramilitärischen Einheiten lebhaft im Gange ist und bereits zu Massensuspendierungen bei der Miliz (Polizei) geführt hat.

Der Sturm auf die Feuerwehrhochschule erfolgte unter demonstrativer Einbeziehung der Armee, die sich jedoch an der eigentlichen Aktion nicht beteiligte. Aus einem Korrespondentenbericht: „Die Leute pfiffen und schrien Beleidigungen zum stoischen Kordon der Polizei hinüber. Sie jubelten, als einer der Aktivisten der ‚Solidarität', die der Menge immer wieder durch Megaphon Mitteilungen machten, erklärten, daß die Armee sich an dem Sturm nicht beteiligt habe. ‚Zurück in eure Viehwaggons, ihr Bastarde!', schrien sie, und Schlimmeres. Als Soldaten begannen, die Barrieren vor dem Eingang zu beseitigen, verlangten sie von ihnen, die Polizei allein ‚die schmutzige Arbeit' machen zu lassen. Die Soldaten sahen eingeschüchtert aus. Offensichtlich wurden die Soldaten von ihnen als eine Fortsetzung von Polens nationaler Geschichte angesehen, die Polizisten dagegen als die Büttel eines ungeliebten Regimes." („International Herald Tribune", 3.12.)

Ein Versuch der staatlichen Sicherheitsbehörden, während der Dauer der Aktion die Telexlinien von „Solidarität" zu kappen, wurde sofort mit einem Streik im internationalen Fernamt von Warschau beantwortet, der die Wiederherstellung der Telexverbindungen (dem Hauptkommunikationsmittel der Regionalverbände der „Solidarität") zur Folge hatte.

Die Feuerwehrkadetten wurden nicht angerührt, sondern lediglich aus der für geschlossen erklärten Schule evakuiert und zum Bahnhof gebracht. Unterwegs überredeten die Kadetten die Fahrer, statt zum Bahnhof zum Hauptquartier der „Solidarität" zu fahren, wo sie als die Helden der Stunde von Pressescheinwerfern und einer großen Menge empfangen wurden.

Der Regionalverband von Warschau verkündete nach dem Gewaltstreich des Regimes Streikbereitschaft, machte alle weiteren Schritte jedoch von den zentralen Entscheidungen der Gewerkschaft abhängig. Darüber tagte das Präsidium der „Solidarität" in geschlossener Sitzung mit den Vorsitzenden der 39 Regionalverbände. Auf dieser Sitzung wurden auch Anträge erörtert, offen die Machtfrage zu stellen, indem eine Gegenregierung gebildet und Arbeitermilizen aufgestellt werden. Walesa hat sich in dieser Sitzung ebenfalls dahingehend geäußert, daß die Regierung eben weg müsse, wenn sie ihr Falschspiel nicht aufgibt. Bekräftig wurden noch einmal alle grundlegenden Reformforderungen in der gegenwärtigen Lage. Und fest steht: Wird der Antrag auf Sondervollmachten im Parlament eingebracht, gibt es einen eintägigen Generalstreik zur Warnung; wird er verabschiedet, beginnt der unbefristete Generalstreik. Das wäre natürlich die offene, letztlich bewaffnete Konfrontation.

Der Genosse Engel hat in KVZ 45/81 in einem Leserbrief die Berichterstattung in der KVZ über Polen dahingehend kritisiert, wir unterschätzten die Schärfe der Widersprüche, die systematische Vorbereitung der inneren Konterrevolution, die mit dem Machtantritt Jaruzelski bereits zur „faktischen Militärdiktatur" geworden sei.

Tatsächlich herrscht aber in Polen gegenwärtig keine solche Militärdiktatur. Gewiß wird die Konterrevolution von bestimmten Kräften systematisch vorbereitet; es sind dies aber Kräfte nicht in erster Linie in der Armeeführung, sondern in der Partei sowie im Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat. Und gerade auf die Armee, davon sind jedenfalls alle Polen fest überzeugt, kann sich die Konterrevolution nicht verlassen. Ohne Armee aber keine erfolgreiche Konterrevolution. Jedenfalls heute nicht mehr.

Das bisher in der „Solidarität" vorherrschende Konzept war, die Staatsmacht gerade in ihren offiziellen Organen nicht anzutasten (deshalb, weil sie von einer äußeren größeren Macht garantiert ist), sondern die gesellschaftliche Grundlage, worauf sie steht, umzuwälzen, Organe gesellschaftlicher Gegenmacht zu schaffen, sich politische Rechte in der Praxis zu sichern, das Volk aus dem Zustand der Atomisierung herauszuholen, zu schulen, zu organisieren – und gerade durch diese gesellschaftliche Bewegung die bewaffneten Organe zu zersetzen, die Machthaber im eigenen Saft garzukochen.

Man kann nicht sagen, daß dies Konzept erfolglos war. Polen in seiner gesellschaftlichen Realität ist heute bereits ein ganz anderes Land als vor einem Jahr. Vor allem die Menschen haben sich geändert, haben Ansprüche, Interessen, Ideen entwickelt, an die sie vorher nicht einmal zu denken wagten. Die totalitäre Beherrschung des ganzen gesellschaftlichen Lebens durch Partei und Staat ist weitgehend gebrochen. Eben das macht die Reaktionäre immer fiebriger. Und deshalb muß sich die „Solidarität" als Organisatorin der gesamten gesellschaftlichen Bewegung, die sie tatsächlich ist (weit über die Rolle einer bloßen Gewerkschaft hinaus) die Frage wohl neu stellen: wie weiter? Bestimmte einschneidende Reformen *müssen* her, damit das Land aus der Krise herauskommen und wieder atmen kann. Die Antworten, die gefunden werden, können für unseren konventionellen revolutionären Sachverstand trotz allem noch sehr überraschend ausfallen.

Straßenunruhen in Kattowitz im Oktober

*Von Frank Gallagher**

Die „Krise in Nordirland", welche die führenden britischen und internationa…

„Alle H-Blockgefangenen im Hungerstreik

macht, welche die volle Unterstützung der Paisleyiten hätte, wollen diese willkürlich alle Nordiren ermorden, die sie

Zusammenhang hat die ZK-Mehrheit ausdrücklich noch einmal die sogenannte führende Rolle der Partei bekräftigt, d.h. den *Weisungs*charakter von Beschlüssen des ZK und des Politbüros für die staatlichen Organe – und insbesondere eben für die Regierung des Generals Jaruzelski.

Das 6. ZK-Plenum und der darauf folgende Sturm auf die Feuerwehr-Hochschule in Warschau wird allgemein als ein Wendepunkt in der Politik der Partei betrachtet, der Versuch einer Gegenoffensive. Der führende Kopf dieser reaktionären Wende ist der formell zweite Mann in der Parteihierarchie, Olszowski, der insbesondere auch die Medien kontrolliert. Jaruzelski, hinter dessen Generalsuniform sich die Partei eine Zeitlang zurückgezogen hat, erscheint schon nur noch als Galionsfigur. Es gab so gut wie keine ausdrücklichen Unterstützungserklärungen auf dem ZK-Plenum mehr für ihn, und sein Versuch zur Errichtung einer „Front der nationalen Verständigung", die unter gewissen Bedingungen für die „Solidarität" in diesem

Einheiten lebhaft im Gange ist und bereits zu Massensuspendierungen bei der Miliz (Polizei) geführt hat.

Der Sturm auf die Feuerwehrhochschule erfolgte unter demonstrativer Einbeziehung der Armee, die sich jedoch an der eigentlichen Aktion nicht beteiligte. Aus einem Korrespondentenbericht: „Die Leute pfiffen und schrien Beleidigungen zum stoischen Kordon der Polizei hinüber. Sie jubelten, als einer der Aktivisten der ‚Solidarität', die der Menge immer wieder durch Megaphon Mitteilungen machten, erklärten, daß die Armee sich an dem Sturm nicht beteiligt habe. ‚Zurück in eure Viehwaggons, ihr Bastarde!', schrien sie, und Schlimmeres. Als Soldaten begannen, die Barrieren vor dem Eingang zu beseitigen, verlangten sie von ihnen, die Polizei allein ‚die schmutzige Arbeit' machen zu lassen. Die Soldaten sahen eingeschüchtert aus. Offensichtlich wurden die Soldaten von ihnen als eine Fortsetzung von Polens nationaler Geschichte angesehen, die Polizisten dagegen als die Büttel eines ungeliebten Regimes." („In-

den. Walesa hat sich in dieser Sitzung ebenfalls dahingehend geäußert, daß die Regierung eben weg müsse, wenn sie ihr Falschspiel nicht aufgibt. Bekräftig wurden noch einmal alle grundlegenden Reformforderungen in der gegenwärtigen Lage. Und fest steht: Wird der Antrag auf Sondervollmachten im Parlament eingebracht, gibt es einen eintägigen Generalstreik zur Warnung; wird er verabschiedet, beginnt der unbefristete Generalstreik. Das wäre natürlich die offene, letztlich bewaffnete Konfrontation.

Der Genosse Engel hat in KVZ 45/81 in einem Leserbrief die Berichterstattung in der KVZ über Polen dahingehend kritisiert, wir unterschätzten die Schärfe der Widersprüche, die systematische Vorbereitung der inneren Konterrevolution, die mit dem Machtantritt Jaruzelski bereits zur „faktischen Militärdiktatur" geworden sei.

Tatsächlich herrscht aber in Polen gegenwärtig keine solche Militärdiktatur. Gewiß wird die Konterrevolution von bestimmten Kräften systematisch

Straßenunruhen in Kattowitz im Oktober

vorbereitet; es sind dies aber Kräfte nicht in erster Linie in der Armeeführung, sondern in der Partei sowie im Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat. Und gerade auf die Armee, davon sind jedenfalls alle Polen fest überzeugt, kann sich die Konterrevolution nicht verlassen. Ohne Armee aber keine erfolgreiche Konterrevolution. Jedenfalls heute nicht mehr.

Das bisher in der „Solidarität" vorherrschende Konzept war, die Staatsmacht gerade in ihren offiziellen Organen nicht anzutasten (deshalb, weil sie von einer äußeren größeren Macht garantiert ist), sondern die gesellschaftliche Grundlage, worauf sie steht, umzuwälzen, Organe gesellschaftlicher Gegenmacht zu schaffen, sich politische Rechte in der Praxis zu sichern, das Volk aus dem Zustand der Atomisierung herauszuholen, zu schulen, zu organisieren – und gerade durch diese gesellschaftliche Bewegung die bewaffneten Organe zu zersetzen, die Machthaber im eigenen Saft garzukochen.

Man kann nicht sagen, daß dies Konzept erfolglos war. Polen in seiner gesellschaftlichen Realität ist heute bereits ein ganz anderes Land als vor einem Jahr. Vor allem die Menschen haben sich geändert, haben Ansprüche, Interessen, Ideen entwickelt, an die sie vorher nicht einmal zu denken wagten. Die totalitäre Beherrschung des ganzen gesellschaftlichen Lebens durch Partei und Staat ist weitgehend gebrochen. Eben das macht die Reaktionäre immer fiebriger. Und deshalb muß sich die „Solidarität" als Organisatorin der gesamten gesellschaftlichen Bewegung, die sie tatsächlich ist (weit über die Rolle einer bloßen Gewerkschaft hinaus) die Frage wohl neu stellen: wie weiter? Bestimmte einschneidende Reformen *müssen* her, damit das Land aus der Krise herauskommen und wieder atmen kann. Die Antworten, die gefunden werden, können für unseren konventionellen revolutionären Sachverstand trotz allem noch sehr überraschend ausfallen.

„Alle H-Blockgefangenen im Hungerstreik, dann wären wir sie alle los"

*Von Frank Gallagher**

Die „Krise in Nordirland", welche die führenden britischen und internationalen Medien so hervorkehren, muß man – um sie zu verstehen – vom Gesichtspunkt derer betrachten, die sie am meisten angeht: das irische Volk.

Das, was hier als neue Krise bezeichnet wird, wurde scheinbar ausgelöst durch die Exekution eines rechtsaußen stehenden loyalistischen (der britischen Krone ergebenen) Parlamentsabgeordneten, R. Bradford, durch die IRA. Bradford hatte sich wiederholt besonders hervorgetan durch seine wiederholte Aufforderung an das britische Unterhaus, die Todesstrafe gegen IRA-Aktivisten in Nordirland wieder einzuführen. Seine Reden, die er in Belfast hielt, waren die eines typischen faschistisch-loyalistischen Politikers: Predigten, daß der protestantische Glaube alles Leben in Nordirland (Ulster), das die britische Regierung und Armee weiter besetzt halten müßten, bestimmen müßte. Von ihm ist auch folgende Aussage bekannt: „Schade, daß nicht alle H-Block-Gefangenen in Hungerstreik gehen, dann wären wir sie alle los." Dies Wort fiel kurz nach dem Tode von Bobby Sands, ebenfalls Parlamentsabgeordneter in Westminister und IRA-Freiwilliger. Bradford feuerte die loyalistischen Paramilitärs an, Katholiken aus Rache an erfolgreichen militärischen Aktionen der IRA gegen die britische Kriegsmaschinerie in Nordirland zu ermorden. Nur scheinbar ist seine kürzliche Exekution der Grund für die Krise.

Die tatsächliche Ursache ist, daß über die britische Präsenz in Irland die englische Regierung das korrupte loyalistische System stützt, um die Teilung des irischen Volkes aufrechtzuerhalten und damit ihren Kolonialstaat und die imperialistische Ausbeutung Irlands. England hat sich aus dem loyalistischen Bevölkerungsteil (der keine 20% der irischen Bevölkerung ausmacht) eine paramilitärische Polizei von über 10000 Mann, die RUC (Royal Ulster Constabulary) herangezogen, dazu noch eine besondere britische Armee, die UDR (Ulster Defence Regiment) mit 11000 Mann, um ihren regulären Truppen die Arbeit zu erleichtern. Das hat zur Folge, daß diese Leute für Englands Politik der „Ulsterisierung" zunehmend ihren Kopf hinhalten müssen gegen die Schläge der IRA, die für die Befreiung des Landes kämpft. Die Loyalisten wiederum haben diese offiziellen Unterdrückungsorgane ausgenutzt, um ihre eigene paramilitärische Armee aufzubauen, UVF und UDA, faschistische Schläger- und Schießtrupps, die als Antwort auf den Krieg der IRA gegen die britische Streitmacht Katholiken wahllos ermorden. So auch wieder zwei Menschen nach der Exekution Bradfords.

Die britische Regierung ist sich dieser Mörderbanden in ihren Reihen wohl bewußt und sie toleriert und unterstützt sie. Das ist auch erklärlich: Sie braucht den Loyalismus, um ihren Fuß auf Irland zu halten, und sie braucht diese sektiererischen Mörder, um die Anwesenheit ihrer 13000 Mann starken regulären Truppen zu rechtfertigen, als würden diese Frieden halten zwischen zwei sich bekämpfenden religiösen Gruppen. Und schließlich braucht sie diese Truppen ja, um die nationalistische Bevölkerung in Nordirland unter Druck zu halten. Politisch hat die britische Regierung schon immer den Loyalismus unterstützt und ihn dann gefestigt durch die Teilung Irlands 1922. Damals brauchte sie die Loyalisten, um die 6 Counties (Nordirland), das Industriezentrum von Irland, in der Hand zu behalten.

Die politischen und militärischen Kampagnen der IRA und die erfolglosen Gegenmaßnahmen der britischen Regierung haben nun die verschiedenen loyalistischen Gruppen gespalten: erstens die offizielle Ulster Unionist Party, welche die Großgrundbesitzer und Industriellen repräsentiert; zweitens die Paisley-Anhänger, welche die Interessen der Kleinbourgeoisie und von den Siedlern abstammenden protestantischen Bauern vertritt, und drittens die paramilitärische UVF und UDA, die v.a. von loyalistischen Arbeitern unterstützt werden. *Diese* Krise, die Spaltung der Loyalisten, meinen die Briten wirklich, wenn sie von Nordirland sprechen. Die erste Gruppe, die Ulster Unionists, sind die traditionellen Stützpfeiler des britischen Imperialismus in Irland, sie benutzen schon immer den Loyalismus, um die Arbeiterklasse in Nordirland zu spalten und ihre kapitalistischen Interessen aufrechtzuerhalten. Sie hat England schon immer gebraucht als seine Hauptmanager. Dementsprechend sehen die Ulster Unionists jede Schwächung der direkten Verbindung mit England als Bedrohung ihrer ökonomischen Basis an. Die zweite loyalistische Strömung, die Paisleyiten, spielen mit der Idee eines unabhängigen Ulster, falls sie nicht alle ihre Forderungen von der britischen Regierung erfüllt bekommen. Die Dritten wiederum, die Paramilitärs sind gespalten. Die UVF folgt mehr der Linie der offiziellen Unionisten und die UDA neigt mehr zu einem unabhängigen Ulster. Sie lehnen jedoch die Führung der beiden obengenannten politischen Parteien ab.

Alle Loyalisten eint eines: der Glaube, daß eine Millionen Loyalisten in Irland dazu privilegiert sind, den restlichen vier Millionen Iren zu diktieren, wie der Reichtum des Landes aufgeteilt wird.

Die britische Regierung hat dazu keine Widersprüche, denn ihr Interesse ist, über die Teilung Irlands den Norden direkt kolonial auszubeuten und in Südirland eine neo-koloniale Situation zu schaffen über die Kontrolle von über 80% des Handels und Besitz von Industrie und Banken. Das hat sie erreicht durch die Teilung des Landes und die damalige Einbehaltung der wichtigsten Industrie im Norden.

Die tatsächliche Krise entsteht nun, weil die Loyalisten sich aus Enttäuschung über die Briten selbständig machen und ihrer Kontrolle entziehen wollen. Mit einer unabhängigen Streitmacht, welche die volle Unterstützung der Paisleyiten hätte, wollen diese willkürlich alle Nordiren ermorden, die sie für oppositionell gegen den Loyalismus halten. Dies paßt der britischen Regierung gar nicht in den Kram. Es würde ihre Pläne für einen militärischen Rückzug aus Nordirland unter Wahrung ihrer ökonomischen Interessen durchkreuzen. Zu diesem Ziel brauchen sie auch die Hilfe der südirischen Regierung. Diese könnte aber bei einer verstärkten Offensive der Loyalisten gegen die katholische Bevölkerung ihre Unterstützung der britischen Pläne nicht wagen. Diese Krise ist klassisch und man kann sie vergleichen mit der Situation in Algerien, wo die französischen Kolonialisten in der OAS sich gegen die eigenen Imperialisten, die französische Regierung, wandten, bevor die algerische Befreiungsbewegung siegte.

Während die Krise sich abspielt zwischen den Briten und Loyalisten, sind die Nationalisten und die IRA in keiner Krise, ihre Position ist klar. Sie kämpfen für eine vereinte sozialistische irische Republik, wo der Reichtum und das Land dem irischen Volk gehören. Die kürzlichen Gespräche zwischen der britischen und südirischen Regierung haben für das Volk nichts bedeutet und diese, die Massen selbst sind es, die die Probleme lösen werden. Die Probleme, hervorgerufen vom britischen Imperialismus unterstützt von bestochenen irischen Politikern wie Paisley-Haughey, Fitzgerald und Bradford. Die einzige Antwort auf diese Probleme ist: völliger Rückzug des britischen Imperialismus aus Irland und eine vereinte sozialistische Republik.

* Der Autor ist Mitglied des Anti-H-Block-Komitees

Sacharow und die demokratische Opposition in der UdSSR

Der Hungerstreik Sacharows und die fehlgeschlagene erste Protestaktion in den baltischen Städten verdeutlichen die schwierigen Kampfbedingungen der Opposition / Von Gerd Koenen



Die Ein-Frau-Demonstration der 68jährigen Antonina Agapowna auf dem Roten Platz wird binnen Minuten von den allgegenwärtigen KGB-Agenten erstickt. Zerknüllt das Plakat der Frau, die zusammen mit der Schwiegertochter ihrem Sohn, einem Seemann, ins Ausland folgen will: „Breschnew, laß uns gehen!"

Der Hungerstreik des sowjetischen Atomphysikers Andrej Sacharow und seiner Frau, ebenso wie die Aufrufe zu Warnstreiks in Tallinn und anderen Städten der baltischen Republiken, haben die Aufmerksamkeit erneut auf die Lage der demokratischen Opposition in der Sowjetunion gelenkt.

Sacharow und Jelena Bonner werden wohl inzwischen zwangsernährt, um jede ernste Zuspitzung in ihrem Gesundheitszustand zu vermeiden. Ihre Aktion, mit der sie die Ausreise ihrer Schwiegertochter erzwingen wollen, trägt weitgehend spontanen Charakter, fast erscheint der Einsatz dieses „letzten" Mittels für einen so begrenzten, eher privaten Zweck als unpolitische Aktion, oder als ein Akt einsamer Verzweiflung. Aber das kann sehr wohl täuschen.

Aufrufe zu einer „Halben Stunde des Schweigens"

Die „Demokratische Front der Sowjetunion", eine Organisation, die (vorausgesetzt, daß beides identisch ist) schon 1969 mit einem langen programmatischen Manifest hervorgetreten war, hatte für den 1. Dezember in verschiedenen baltischen Städten per Flugblatt zu einer „Halben Stunde des Schweigens" aufgerufen, die an allen ersten Arbeitstagen jedes folgenden Monats wiederholt werden soll. Der Katalog der Forderungen des Aufrufs (dokumentiert in KVZ 47/81) war bemerkenswert: An erster Stelle wurde der Rückzug der Roten Armee aus Afghanistan gefordert sowie die Beendigung der Einmischung in Polen; die anderen Forderungen richteten sich auf die Freilassung der politischen Gefangenen, die Reduzierung der Wehrdienstzeit sowie generell die Verwirklichung wesentlicher Elemente der UNO-Menschenrechtsdeklaration und der Deklaration von Helsinki in der Sowjetunion.

Außer einem schwedischen Korrespondenten waren am 1. Dezember in den baltischen Städten alle westlichen Journalisten ausgesperrt; Touristenreisen waren abgesagt; die Fernsprechverbindungen nach Schweden und Finnland waren „aus technischen Gründen" unterbrochen. Der eine schwedische Fernsehkorrespondent konnte zumindest im Straßenverkehr in Tallinn – der dem Aufruf nach um 10.00 Uhr morgens hätte zum Stillstand kommen sollen – keine sichtbaren Veränderungen feststellen. Was er feststellte, waren allerdings erhöhte Sicherheitsvorkehrungen allenthalben, und daß so gut wie jedermann von den Aufrufen wußte oder davon gehört hatte. Dazu hatten gerade die schon vorher getroffenen Vorkehrungen staatlicherseits beigetragen: Fabrikdirektoren und Schulleiter hatten Belegschaften und Schulklassen vor jeder

digung der Einmischung in Polen; die anderen Forderungen richteten sich auf die Freilassung der politischen Gefangenen, die Reduzierung der Wehrdienstzeit sowie generell die Verwirklichung wesentlicher Elemente der UNO-Menschenrechtsdeklaration und der Deklaration von Helsinki in der Sowjetunion.

Außer einem schwedischen Korrespondenten waren am 1. Dezember in den baltischen Städten alle westlichen Journalisten ausgesperrt; Touristenreisen waren abgesagt; die Fernsprechverbindungen nach Schweden und Finnland waren „aus technischen Gründen" unterbrochen. Der eine schwedische Fernsehkorrespondent konnte zumindest im Straßenverkehr in Tallinn – der dem Aufruf nach um 10.00 Uhr morgens hätte zum Stillstand kommen sollen – keine sichtbaren Veränderungen feststellen. Was er feststellte, waren allerdings erhöhte Sicherheitsvorkehrungen allenthalben, und daß so gut wie jedermann von den Aufrufen wußte oder davon gehört hatte. Dazu hatten gerade die schon vorher getroffenen Vorkehrungen staatlicherseits beigetragen: Fabrikdirektoren und Schulleiter hatten Belegschaften und Schulklassen vor jeder



Die Ein-Frau-Demonstration der 68jährigen Antonina Agapowna auf dem Roten Platz wird binnen Minuten von den allgegenwärtigen KGB-Agenten erstickt. Zerknüllt das Plakat der Frau, die zusammen mit der Schwiegertochter ihrem Sohn, einem Seemann, ins Ausland folgen will: „Breschnew, laß uns gehen!"

Aktion gewarnt; Dissidenten waren von der Polizei abgeholt und ebenfalls verwarnt worden.

Das Manifest der „Demokratischen Front" von 1969 – ein bitteres Pamphlet gegen den „östlichen Sozialismus", der, „lediglich die Form der gesellschaftlichen Übel des Kapitalismus gewandelt, dabei aber ihren Inhalt verstärkt" habe –, ist nachzulesen in *Borys Lewytzkyj: Politische Opposition in der Sowjetunion 1960–1972, dtv-Taschenbuch 832.*

Die „Freie Gewerkschaft der Werktätigen" (SMOT)

Der momentane Mißerfolg des Aufrufs zu einer „Halben Stunde des Schweigens" in Tallinn u.a. Städten – ein Mißerfolg, von dem die Autoren freilich im Flugblatt selbst insoweit schon ausgingen, als sie aufriefen, sich vom anfänglich geringen Umfang der Aktion nicht beirren zu lassen, sondern auf die allmähliche Ausdehnung Monat für Monat durch Flüsterpropaganda zu setzen – verdeutlicht die Schwierigkeiten, mit denen jede organisierte Opposition in der Sowjetunion zu tun hat. Selbst bestenfalls in lose verbundenen örtlichen Zirkeln organisiert, hat sie eine vollständig atomisierte, von wesentlichen Informationen weitgehend abgeschnittene Masse von Individuen, Arbeitern, Bauern und Intellektuellen vor sich und einen monolithischen, alles umspannenden, zu jeder despotischen Willkür fähigen Staats- und Parteiapparat gegen sich. Das alles in einem Riesenimperium, in dem die verschiedensten Völkerschaften zusammengepfercht, durcheinandergewürfelt, in den vielfältigsten Hader untereinander verstrickt leben.

In dieser Lage nehmen die spontanen Formen des Protestes und der individuellen Widerstandsaktionen wieder die aus dem alten Rußland bekannten Charakterzüge an. Bezeichnend ist das Zustandekommen der „Freien Gewerkschaft der Werktätigen" (SMOT), die inzwischen wohl durch Inhaftierung und Ausweisung ihrer führenden Köpfe weitgehend zerschlagen ist, aber schon vom Ansatz her mit den entsprechenden Vorläufern der polnischen unabhängigen Gewerkschaft nicht verglichen werden kann.

„Die Bittsteller existierten von den ersten Tagen des sowjetischen Regimes an. Noch in den Jahren des Kriegskommunismus schickten die Bauern Botschaften zu Lenin, da sie Hilfe vor der Willkür der Regierungstruppen erhofften. Später wurden schriftliche Beschwerden an Stalin und Chruschtschow geschickt. Unter Chruschtschow reisten Sowjetbürger wieder nach Moskau, um sich die ‚Wahrheit zu besorgen'. Solange diese Erscheinung noch nicht die Form einer Massenwanderung annahm, wurden die Behörden irgendwie damit fertig. Unter Breschnew erhielt diese Bewegung starken Zulauf. Der Strom der Unzufriedenen strebte in die Metropole und begann die höchsten parteistaatlichen Instanzen zu bedrängen ... So begann eine Serie von Polizeiaktionen gegen die anreisenden Bittsteller, deren Verhalten einer alten rußländischen Tradition entspricht. Bittsteller, Petenten genannt, reisten schon vor Jahrhunderten aus allen Teilen des russischen Reichs nach Petersburg oder Moskau, um allerhöchsten Stellen ihre Anliegen, Bitten und Beschwerden vorzutragen ... – Die Bittsteller, die bis zu den Empfangsräumen des ZK der KPdSU, des Obersten Gerichts, des Staatsanwaltschaft, des Zentralrats der Gewerkschaften (WZSPS) und anderer zentraler Behörden vorgedrungen sind, werden zuerst ‚freundschaftlich' mit zu nichts verpflichtenden, nichtssagenden Antwortschreiben und Ausreden nach Hause geschickt. Hartnäckige Bittsteller aber werden der Miliz übergeben. In Moskau sind für den Kampf mit den Bittstellern und für die Ausweisung aus der Hauptstadt eine Reihe spezieller Aufnahme- und Verteilungsbehörden der Milizverwaltung gegründet worden ... – Vor vier Jahren gründeten einige Dutzend Bittsteller aus verschiedenen Teilen des Landes mit dem Steiger Wladimir Klebanow aus Donbaß als Anführer, nachdem sie sich untereinander kennengelernt hatten, wie sie schreiben, in der Zeit ihres ‚Leidensweges' eine Vereinigung im kollektiven Kampf, eine ‚Bürgerinitiative', um gegen die Verfolgungen durch die Behörden zu protestieren ... Einen Monat später gaben sie die Gründung der ‚Freien Gewerkschaft der Arbeiterschaft in der UdSSR' bekannt, wobei Listen von Hunderten von Mitgliedern vorgestellt wurden."

Klebanow wurde mit den andern Anführern zusammen wenig darauf verhaftet und in psychiatrische Anstalten eingewiesen. Aber im Oktober 1978 gründete dann Wladimir Borrissow mit anderen die erwähnte SMOT. Borrissow seinerseits wurde kaum ein halbes Jahr später bereits zwangsweise nach Wien abgeschoben. Die ganze Bewegung scheint heute zerschlagen. Aber ihre Petitionen gingen im Samisdat überall in der Sowjetunion herum. Auf deutsch finden sie sich im *rororo-aktuell Bändchen 4432 „Arbeiteropposition in der Sowjetunion".*

Andrej Sacharow

Ist diese Petenten-Bewegung die charakteristische Form des individuellen oder spontan kollektiven Protestes der Arbeiter und Bauern gegen erlittenes Unrecht, so bilden die Dissidenten-Zirkel wohl ganz überwiegend die Form des Widerstands der demokratischen Intelligenz, wobei sie allerdings – und vor allem ihre hochgestellten Mitglieder – eine weit darüber hinausreichende öffentliche Funktion wahrnehmen. Und hier ist eben an erster Stelle Andrej Sacharow zu nennen, das mit Abstand prominenteste Mitglied der „Nomenklatura" staatlicher Würdenträger. Der nach langen Haftjahren emigrierte Dissident Cronid Lubarsky beschreibt seine Rolle so:

„In einem Land, das sich in Sehnsucht nach einem offenen Wort des Protestes verzehrt, mußte die Tätigkeit der Dissidenten auf Sympathie stoßen. Der Name von A. Sacharow ist zum Beispiel außerordentlich populär im Land. Er hat schon Eingang in ein Sprichwort gefunden (Alle stehlen, außer Sacharow), um seinen Namen ranken sich Legenden, die selbst in ihrer Naivität bezeichnend sind (‚Man wollte den Preis für Wodka anheben, doch Sacharow hat es nicht erlaubt' – lautete ein 1976 weitverbreitetes Gerücht). – Sehr aufschlußreich ist die Flut von Briefen, die A. Sacharow erhält (und dies, obwohl seine Korrespondenz unterschlagen wird). Unter den Korrespondenten A. Sacharows sind viele Arbeiter und Kolchosbauern, die sich mit der Bitte um Hilfe an ihn wenden ... Insbesondere anhand der Briefe veröffentlichten die Helsinki-Gruppen Dokumente über Verletzungen des Rechts auf Austritt aus der Kolchose, über das Recht der Arbeiter auf Emigration aus wirtschaftlichen Gründen u.ä.m." (*Cronid Lubarsky, Soziale Basis und Umfang des sowjetischen Dissidententums*, Berichte des Bundesinstituts für ostwiss. u. internat. Studien, 9/1979).

Der politische Entwicklungsweg Sacharows ist selbst charakteristisch genug. Schon in jugendlichem Alter einer der führenden Nuklearphysiker, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, mit Orden und Prämien überhäuft, „fand ich mich im Räderwerk einer abgesonderten Welt gefangen, einer Welt der militärischen Konstrukteure und Erfinder, der Spezialinstitute, Komitees und gelehrten Versammlungen, der Versuchsstationen und Abschußrampen." – So in einer späteren Darstellung „in eigener Sache". Dort beschreibt er auch, wie er zum ersten Mal in Konflikt geriet: „Seit dem Ende der fünfziger Jahre bekam man ein zusehends klareres Bild von der Macht des militärisch-industriellen Komplexes und seiner energischen, prinzipienlosen Leiter, die allem gegenüber blind waren, was nicht ihre ‚Sache' betraf. Ich war in einer etwas eigentümlichen Lage. Als theoretischer Wissenschaftler und Erfinder, relativ jung und außerdem kein Parteimitglied, war ich nicht mit administrativer Verantwortung belastet und der parteiideologischen Disziplin enthoben. Meine Stellung gab mir die Möglichkeit, viel zu wissen und zu sehen; sie zwang mich, meine eigene Verantwortung zu fühlen, wobei ich gleichzeitig das ganze entartete System gewissermaßen wie ein Außenstehender betrachten konnte. Dies alles bewirkte – vor allem in der ideologischen Atmosphäre nach Stalins Tod und dem XX. Kongreß der KPdSU –, daß ich ganz allgemein über die Probleme des Friedens und der Menschheit nachzudenken begann und insbesondere über die Probleme

lungen, der Versuchsstationen und Abschußrampen." – So in einer späteren Darstellung „in eigener Sache". Dort beschreibt er auch, wie er zum ersten Mal in Konflikt geriet: „Seit dem Ende der fünfziger Jahre bekam man ein zusehends klareres Bild von der Macht des militärisch-industriellen Komplexes und seiner energischen, prinzipienlosen Leiter, die allem gegenüber blind waren, was nicht ihre ‚Sache' betraf. Ich war in einer etwas eigentümlichen Lage. Als theoretischer Wissenschaftler und Erfinder, relativ jung und außerdem kein Parteimitglied, war ich nicht mit administrativer Verantwortung belastet und der parteiideologischen Disziplin enthoben. Meine Stellung gab mir die Möglichkeit, viel zu wissen und zu sehen; sie zwang mich, meine eigene Verantwortung zu fühlen, wobei ich gleichzeitig das ganze entartete System gewissermaßen wie ein Außenstehender betrachten konnte. Dies alles bewirkte – vor allem in der ideologischen Atmosphäre nach Stalins Tod und dem XX. Kongreß der KPdSU –, daß ich ganz allgemein über die Probleme des Friedens und der Menschheit nachzudenken begann und insbesondere über die Probleme

eines thermonuklearen Krieges und seiner Folgen. – Seit 1957 fühlte ich mich (beeinflußt von Erklärungen zu diesem Thema von Persönlichkeiten in der ganzen Welt, wie Albert Schweitzer, Linus Pauling und andere) für das Problem der radioaktiven Verseuchung durch Atomtests verantwortlich". 1958 übergibt Sacharow Chruschtschow ein Memorandum, worin er ihn zu einer Einstellung der Tests drängt, da sie durch Vermehrung von Geburtsdefekten und Erkrankungen jeweils zehntausende von Opfern forderten. (*Sacharow, „Stellungnahme", Molden-Verlag 1975, S. 17/18*)

1966, nach der Entmachtung Chruschtschows, wendet sich Sacharow in einem weiteren Memorandum gegen die Versuche zur Rehabilitierung Stalins, charakteristischerweise wieder im Zusammenhang einer wissenschaftlichen Diskussion über die sowjetische Biologie – in einem Wissenschaftsbereich, wo die moderne Genetik als „Pseudowissenschaft" über Jahrzehnte verfolgt und Wissenschaftler unterdrückt worden waren, die sich damit befaßten. 1968 tritt Sacharow mit einer Broschüre „Gedanken über Fortschritt, friedliche Koexistenz und geistige Freiheit" hervor (*„Wie ich mir die Zukunft vorstelle", Diogenes-Verlag 1968*). Die Abfassung stand unter dem Eindruck des Prager Frühlings und seiner Reformideen, und die Arbeit fand in der Sowjetunion weite Verbreitung, zumal sie fast überall im Westen übersetzt und gedruckt wurde. Seitdem war Sacharow verschiedensten Repressalien ausgesetzt und wurde aus dem Staatsdienst entlassen.

„Seit damals mußte ich viele meiner Meinungen revidieren", schreibt er 1972. „Der Beginn jenes Jahres (1968) war für mich persönlich geprägt durch die Arbeit an den ‚Gedanken für den Fortschritt ...', das Jahresende aber, für mich wie für alle, vom Panzerlärm in den Straßen des unbezwungenen Prag." („Stellungnahme", S. 100) Sacharow radikalisiert seine Kritik am sowjetischen System immer mehr, ohne sich von seinen Ausgangsideen ganz zu entfernen: Die Entwicklung seit der Oktoberrevolution habe eine Reihe großer, bedeutender Änderungen zum Positiven in der Sowjetunion gebracht; aber „eine Beschneidung der extremen Auswüchse des Zentralismus und des bürokratischen Monopols von Staat und Partei sowohl auf dem wirtschaftlichen Sektor von Produktion und Konsum wie auch im ideologisch-kulturellen Bereich" sei zu einer Überlebensfrage geworden. Demokratisierung, Ausbau der Öffentlichkeit, der Legalität, der individuellen und kollektiven Rechte haben dafür entscheidende Bedeutung. Sacharow nennt das einen „Weg der Annäherung und entgegenkommenden Umgestaltung des Kapitalismus und der sozialistischen Gesellschaftsform".

Im Lauf der 70er Jahre wird er von einem der dringlichsten Befürworter der Entspannungspolitik zu einem ihrer Kritiker, da sie mit innerer Verhärtung und verschärfter Unterdrückung in der Sowjetunion einhergeht. In internationalen Fragen hatte er zuvor schwankende und zweifelhafte Standpunkte vertreten; so, indem er im Oktoberkrieg 1973 tendenziell die Position Israels unterstützt; und insbesondere in wiederholten Hinweisen auf eine angebliche Aggressivität Chinas. Diese letztere Position allerdings revidiert er nach 1973 ausdrücklich.

Immer wieder beschäftigt ihn die Frage der Ursachen für die spezifische Rückständigkeit der Sowjetunion: „In den zwanziger und dreißiger Jahren überstand die kapitalistische Welt eine Periode von Krisen und Depressionen. Zu jener Zeit haben wir im Zuge des gewaltigen nationalen Aufschwungs, den die Revolution mit sich brachte, in ungeahntem Tempo eine Industrie aufgebaut. Damals wurde die Losung ausgegeben: Amerika einholen und überholen. Und wir haben es im Laufe einiger Jahrzehnte tatsächlich eingeholt. Dann änderte sich die Lage. Es begann die zweite industrielle Revolution, und jetzt, zu Beginn der siebziger Jahre unseres Jahrhunderts, sehen wir, daß wir die Vereinigten Staaten nicht eingeholt haben, ja, daß wir sogar immer mehr hinter ihnen zurückbleiben." (Aus dem Memorandum an das Zentralkomitee der KPdSU und den Obersten Sowjet von 1971/72, in: „Stellungnahme", a.a.O., S. 65)

Die noch ganz systemkonformen Vorschläge und Forderungen erweitert

dere in wiederholten Hinweisen auf eine angebliche Aggressivität Chinas. Diese letztere Position allerdings revidiert er nach 1973 ausdrücklich.

Immer wieder beschäftigt ihn die Frage der Ursachen für die spezifische Rückständigkeit der Sowjetunion: „In den zwanziger und dreißiger Jahren überstand die kapitalistische Welt eine Periode von Krisen und Depressionen. Zu jener Zeit haben wir im Zuge des gewaltigen nationalen Aufschwungs, den die Revolution mit sich brachte, in ungeahntem Tempo eine Industrie aufgebaut. Damals wurde die Losung ausgegeben: Amerika einholen und überholen. Und wir haben es im Laufe einiger Jahrzehnte tatsächlich eingeholt. Dann änderte sich die Lage. Es begann die zweite industrielle Revolution, und jetzt, zu Beginn der siebziger Jahre unseres Jahrhunderts, sehen wir, daß wir die Vereinigten Staaten nicht eingeholt haben, ja, daß wir sogar immer mehr hinter ihnen zurückbleiben." (Aus dem Memorandum an das Zentralkomitee der KPdSU und den Obersten Sowjet von 1971/72, in: „Stellungnahme", a.a.O., S. 65)

Die noch ganz systemkonformen Vorschläge und Forderungen erweitert

er in der Folgezeit zu einem Katalog von 12 Hauptforderungen einer Reform der Sowjetunion:

„1) Erweiterung der Wirtschaftsreform von 1965, völlige Selbständigkeit der Betriebe. – 2) Teilweise Entstaatlichung, vor allem auf dem Gebiet der Dienstleistungen und der Landwirtschaft. – 3) Amnestie für politische Gefangene, Erleichterungen im Strafvollzug, Abschaffung der Todesstrafe. – 4) Gesetzliche Fixierung des Streikrechts. – 5) Gesetzlicher Schutz der Weltanschauung und Information. – 6) Gesetzliche Sicherstellung der Kontrolle der wichtigsten Regierungsbeschlüsse. – 7) Gesetzliche Garantie der Freiheit, seinen Aufenthaltsort und seinen Arbeitsplatz in der Sowjetunion zu wählen. – 8) Gesetzliche Garantie des Rechts, die UdSSR zu verlassen und wieder zurückzukehren. – 9) Beseitigung von Partei- und Behördenprivilegien. – 10) Bestätigung des Rechts einer jeden Unionsrepublik, aus der UdSSR auszuscheiden. – 11) Ein Mehrparteiensystem. – 12) Freie Konvertierbarkeit des Rubels." (*Sacharow, Mein Land und die Welt, Wien 1975*, Zusammenfassung aus C. Lubarsky, a.a.O., S. 25/26)

Das ist alles andere als ein revolutionäres Programm. Aber in einem starrdespotischen System wie der Sowjetunion können eben auch schon relativ zahme Reformforderungen revolutionär wirken. Und so trifft auch der Hungerstreik Sacharows für die Ausreise seiner Schwiegertochter das System an einer seiner Bruchstellen: die bürgerliche Forderung nach Freizügigkeit verweist zurück auf die elementare Unfreiheit des sowjetischen Arbeiters und Bürgers schlechthin.

Festtagspräsent aus Bonn

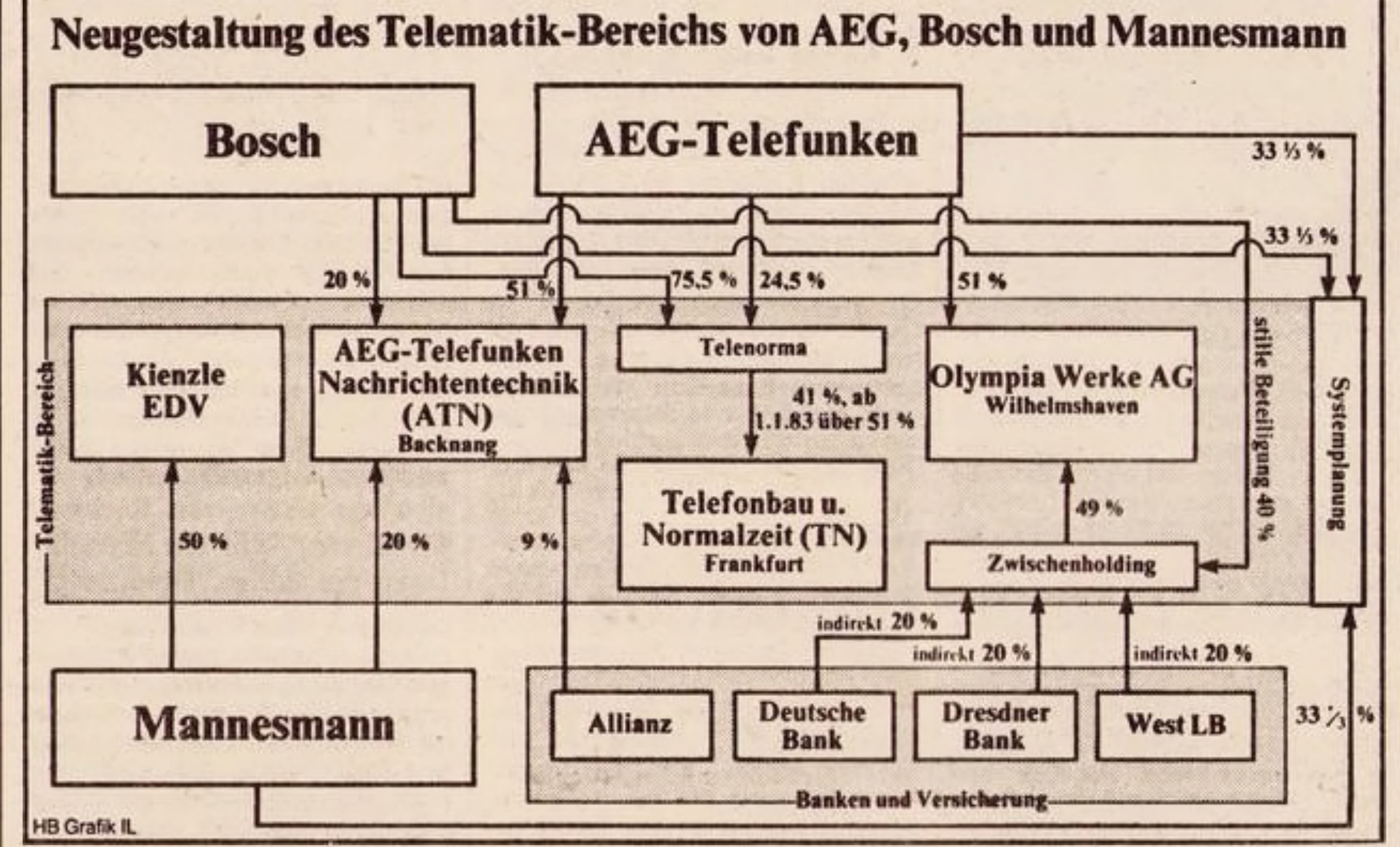
frb. Die Handvoll Herrschaften im ,,Vermittlungsausschuß'' hat für uns entschieden. Was kein Kapitalistenverband mit seinem Tarifvertrag machen kann, der parlamentarisch umbrämte Staat kann es. CDU/CSU haben die Haushaltsgesetze auch noch vom letzten Zierat befeit, mit dem die SPD hatte ihr Gesicht wahren wollen.

Nicht gestrichen wird der Vorsteuerabzug für Betriebs-PKWs. Selbständige und Betriebe zahlen also nach wie vor im Gegensatz zu jedem Normalmenschen *keine Mehrwertsteuer* für ihr Auto. Re-investierter Veräußerungsgewinn (§6b EStG, der Flick-Paragraph) bleibt zu 100% steuerfrei, wenn es sich um ein Immobiliengeschäft handelt. Natürlich bleibt die Erhöhung der degressiven Abschreibung, der fetteste Brocken in den Geldsack der Kapitalisten, und bei den Verbesserungen des §7b. Und das Kernstück des ,,Bauherrenmodells'', die Mehrwertsteueroption, wird um ein weiteres Jahr verlängert.

Dagegen auf der anderen Seite! Um 500 Mio. Mark wird die Sozialhilfe gekürzt. Rentnern über 65, vor allem Frauen, wird der sogenannte Mehrbedarf von 30 auf 20% gekürzt. Heimbewohnern wird das Zusatztaschengeld gestrichen. Wird Sozialhilfe nur für kurze Zeit gezahlt, so muß sie später zurückgezahlt werden. Und die Zumutbarkeit einer Arbeitsaufnahme wird verschärft. Für alle bleibt die Sozialhilfe mit 3% Anpassung hinter der Inflation zurück.

Für Sozialwohnungen, die vor 1960 gebaut wurden, werden die Darlehenszinsen um rund 4% und damit auch die Mieten erhöht. 1,7 Mrd. Mark werden den betroffenen Mietern damit bereits im kommenden Jahr aus der Tasche geholt. Eine alte Späth-Idee. In Städten mit weniger als 200000 Einwohnern darf die Mietpreisbindung gelockert werden. Außerdem bleibt es natürlich bei der Kürzung des Kindergeldes, bei der Erhöhung der Tabak-, Branntwein- und Sektsteuer, den Streichungen beim Arbeitslosengeld usw.

Nur 14 Abgeordnete in der SPD-Fraktion haben das Vermittlungsergebnis abgelehnt.



Jetzt ist AEG ausverkauft. Rund 600 Millionen fließen dem Konzern durch den Verkauf mehr oder weniger wertvoller Beteiligungen an Bosch, Mannesmann und einige Banken in die Kasse. Telematik heißt das neue Kind, Wortschöpfung aus Telekommunikation und Informatik. Ob die über den Tisch geschobenen Unternehmen nun überleben werden, oder ob der Besitzwechsel nur zum besseren Ausschlachten gedacht ist, wird noch zu sehen sein. AEG jedenfalls kann sich kein Geld mehr durch Veräußerung von Anteilen beschaffen, die 600 Mio. Mark an Zinsen jedes Jahr müssen ganz aus dem laufenden Geschäft kommen.

Die Woche im Rückblick

Die südafrikanische Elektrizitätsgesellschaft ,,Escom'' hat das zur Inbetriebnahme ihres Atomreaktors in Koeberg notwendige Uran vom Betreiber-Konsortium des Kernkraftwerks Kaiseraugst bei Basel erhalten. An dem Konsortium sind neben der Schweiz Frankreich und die BRD beteiligt. Die USA hatten sich geweigert, Südafrika angereichertes Uran zu liefern. – **Ein Verwendungsverbot für Asbest soll nicht erlassen werden.** Das haben die Wirtschaftsminister der Bundesländer auf einer Sitzung Mitte letzter Woche beschlossen. Sehr zu begrüßen sei es aber, wenn das Bundesgesundheitsamt die Asbestfeinstaubproblematik weiter prüfe. prüfe. prüfe. – **Neue Lohnkürzungen plant die niederländische Regierung.** Alle Einkommensbezieher sollen eine ,,Solidaritätsabgabe'' zahlen, die wie eine Steuererhöhung wirkt. Das Urlaubsgeld soll um 0,5% gekürzt werden. Auf das Krankengeld soll ein Versicherungsbeitrag gezahlt werden. Gelockt wird mit einer Begrenzung des Inflationsausgleichs, die erst ab Einkommen in Höhe vom 1,5fachen des Durchschnitts eintreten soll. Sowohl der Gewerkschaftsverband FNV wie der christliche CNV lehnen diese Pläne ab. – **Mercedes do Brasil schickt ⅓ seiner 15000 Beschäftigten in Zwangsurlaub.** Auf insgesamt 46 Tage soll die Weihnachtspause ausgedehnt werden. Der Daimler-Ableger ist der größte LKW-Produzent des Landes. Dieses Jahr haben bereits rund 140000 Arbeiter der Automobilindustrie Brasiliens ihren Arbeitsplatz verloren. – **Freie Fahrt hat US-Präsident Reagan für ein Großprojekt in der UdSSR gegeben.** Damit kann International Harvester in der Sowjetunion eine Großfabrik bauen, die vor allem in den USA patentierte Großmähdrescher und andere Erntefahrzeuge herstellen soll. Für technische Daten, Know how und Lizenzen wird der US-Konzern mindestens 660 Mio. Mark kassieren. Es ist das größte Geschäft der USA mit der UdSSR seit mehreren Jahren. Reagan hat die Zustimmung zu der notwendigen Ausnahmegenehmigung erteilt, weil IHC eine Pleite droht. – **Die amerikanische Santa Fé International Corporation überträgt ihr Atomgeschäft an eine Treuhandgesellschaft.** Dieser sollen ausschließlich amerikanische Bürger angehören. Auf diese Weise sollen die Atomgeheimnisse im Land bleiben, nachdem der US-Konzern von Kuweit aufgekauft worden war. Die US-Regierung hatte den Verkauf zunächst blockiert.

EG bei den Genfer Textilverhandlungen isoliert

frb. Den 18. Dezember hat der Gatt-Generalsekretär als Zieltermin für den Verhandlungsabschluß zur Verlängerung des Welttextilabkommens gesetzt. Sicherlich wird der Termin nicht gehalten werden können, denn in der Hauptsache wird noch gar nicht verhandelt. Schon jetzt aber haben die Verhandlungen unter politischen Gesichtspunkten etlichen Schaden angerichtet. Denn die Gruppe der Entwicklungsländer findet sich eher gegenüber der US-Position verhandlungsfähig, denn gegenüber der EG. Böse Zungen führen dies vor allem darauf zurück, daß die amerikanische Textilindustrie im Gegensatz zur europäischen das erste Abkommen von 1974 nicht verschlafen hat und danach mit erhöhter Schlagkraft auf den Markt trat. Die Entwicklungsländer wollen sich zwar mit einer Verlängerung des Abkommens abfinden, verlangen aber die Beseitigung der Handelsbeschränkungen nach 1986. Für kleinere Exportländer sollen die Beschränkungen bereits 1984 fallen. Die Importquoten sollen um jährlich 6% steigen.

Auch in Großbritannien auf Kosten des Sozialetats

frb. Auch Großbritannien hat seine Sparmaßnahmen. Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe hat dieser Tage seinen Haushalt für das kommende Jahr vorgelegt und drastische Kürzungen beim Soziallohn verkündet. Wer Arbeit hat, muß höhere Sozialabgaben zahlen, so daß der Nettolohn dadurch um 1% sinkt. Wer Arbeitslosenunterstützung erhält, muß eine reale Kürzung um rund 2% hinnehmen. Und kommendes Jahr werden einschließlich der Schulabgänger über drei Millionen arbeitslos sein. Im Gesundheitswesen wird der Selbstbehalt um 30% erhöht, so daß künftig umgerechnet gut 5,60 DM pro Krankenschein selbst zu zahlen sind. Weiter sollen die Mieten für Sozialwohnungen um mehr als die sonstigen Preissteigerungen erhöht werden. Der Lohnaufwand im öffentlichen Dienst soll nur um 4% erhöht werden, während die Inflationsrate auf 11% prognostiziert wird. Nur indirekt sichtbar ist eine Erhöhung der Gemeindesteuern um 15 bis 20%.

China verzeichnet einige Erfolge

Zhao Ziyang berichtet dem Nationalen Volkskongreß
Nach Krise doch noch 3% Wachstum in diesem Jahr

frb. Die diesjährige Tagung, d.h. die vierte Zusammenkunft des seit 1978 amtierenden V. Nationalen Volkskongresses der VR China hat sich vor allem mit Wirtschaftsfragen zu beschäf-

zung des Kapitals geht nicht mehr konform mit dem Wachstum von Zweigen mit niedriger organischer Zusammensetzung – in hiesiger Begrifflichkeit kapitalintensive und arbeitsintensive

kontrollieren, da sie über zahlreiche Kanäle fließen. Die Energiegewinnung stagniert. Und schließlich wurde die Arbeitslosigkeit immer bedrohlicher, obwohl doch gleichzeitig die bessere

wird 5% unter dem Produktionswert des Vorjahres liegen. Stillegungen und Umrüstungen waren unumgänglich, doch vor allem geht es um die Ausrichtung der Schwerindustrie auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft und der Leichtindustrie. Der Erfolg zeigt sich in einem Wachstum der Produktion der Leichtindustrie um 12%, wobei vor allem die Produktion von Armbanduhren, Fahrrädern, Nähmaschinen, Fernsehgeräten und Waschmaschinen

schaft soll durch politische Maßnahmen und Anwendung von Wissenschaft beschleunigt werden – also Abschied vom Wundermittel Mechanisierung. Die Konsumgüterindustrie soll eine stärkere Stellung einnehmen, die Schwerindustrie soll noch deutlicher auf ihre Zulieferfunktion ausgerichtet werden. Der Energieeinsatz soll rationeller genutzt, die Energiegewinnung, Transport und Kommunikation sollen technisch verbessert werden. Die vor-

Für Sozialwohnungen, die vor 1960 gebaut wurden, werden die Darlehenszinsen um rund 4% und damit auch die Mieten erhöht. 1,7 Mrd. Mark werden den betroffenen Mietern damit bereits im kommenden Jahr aus der Tasche geholt. Eine alte Späth-Idee. In Städten mit weniger als 200000 Einwohnern darf die Mietpreisbindung gelockert werden. Außerdem bleibt es natürlich bei der Kürzung des Kindergeldes, bei der Erhöhung der Tabak-, Branntwein- und Sektsteuer, den Streichungen beim Arbeitslosengeld usw.
Nur 14 Abgeordnete in der SPD-Fraktion haben das Vermittlungsergebnis abgelehnt.

sortium sind neben der Schweiz Frankreich und die BRD beteiligt. Die USA hatten sich geweigert, Südafrika angereichertes Uran zu liefern. – Ein Verwendungsverbot für Asbest soll nicht erlassen werden. Das haben die Wirtschaftsminister der Bundesländer auf einer Sitzung Mitte letzter Woche beschlossen. Sehr zu begrüßen sei es aber, wenn das Bundesgesundheitsamt die Asbestfeinstaubproblematik weiter prüfe. prüfe. prüfe. – Neue Lohnkürzungen plant die niederländische Regierung. Alle Einkommensbezieher sollen eine ,,Solidaritätsabgabe'' zahlen, die wie eine Steuererhöhung wirkt. Das Urlaubsgeld soll um 0,5% gekürzt werden. Auf das Kran-

band FNV wie der christliche CNV leh-

Die Woche im Rückblick

nen diese Pläne ab. – Mercedes do Brasil schickt ⅓ seiner 15000 Beschäftigten in Zwangsurlaub. Auf insgesamt 46 Tage soll die Weihnachtspause ausgedehnt werden. Der Daimler-Ableger ist der größte LKW-Produzent des Landes. Dieses Jahr haben bereits rund 140000 Arbeiter der Automobilindustrie Brasiliens ihren Arbeitsplatz verloren. – Freie Fahrt hat US-Präsident

stellen soll. Für technische Daten, Know how und Lizenzen wird der US-Konzern mindestens 660 Mio. Mark kassieren. Es ist das größte Geschäft der USA mit der UdSSR seit mehreren Jahren. Reagan hat die Zustimmung zu der notwendigen Ausnahmegenehmigung erteilt, weil IHC eine Pleite droht. – Die amerikanische Santa Fé International Corporation überträgt ihr Atomgeschäft an eine Treuhandgesellschaft. Dieser sollen ausschließlich amerikanische Bürger angehören. Auf diese Weise sollen die Atomgeheimnisse im Land bleiben, nachdem der US-Konzern von Kuweit aufgekauft worden war. Die US-Regierung hatte den Verkauf zunächst blockiert.

erhält, muß eine reale Kürzung um rund 2% hinnehmen. Und kommendes Jahr werden einschließlich der Schulabgänger über drei Millionen arbeitslos sein. Im Gesundheitswesen wird der Selbstbehalt um 30% erhöht, so daß künftig umgerechnet gut 5,60 DM pro Krankenschein selbst zu zahlen sind. Weiter sollen die Mieten für Sozialwohnungen um mehr als die sonstigen Preissteigerungen erhöht werden. Der Lohnaufwand im öffentlichen Dienst soll nur um 4% erhöht werden, während die Inflationsrate auf 11% prognostiziert wird. Nur indirekt sichtbar ist eine Erhöhung der Gemeindesteuern um 15 bis 20%.

China verzeichnet einige Erfolge

Zhao Ziyang berichtet dem Nationalen Volkskongreß
Nach Krise doch noch 3% Wachstum in diesem Jahr

frb. Die diesjährige Tagung, d.h. die vierte Zusammenkunft des seit 1978 amtierenden V. Nationalen Volkskongresses der VR China hat sich vor allem mit Wirtschaftsfragen zu beschäftigen. Obwohl die Informationen immer noch relativ dürr sind, namentlich über die Diskussion auf der Tagung, geben sie doch ein ungefähres Bild über den Stand, den die chinesische Wirtschaft jetzt erreicht hat.

Die wichtigsten Anhaltspunkte liefert der dreiteilige Bericht, den Regierungschef Zhao Ziyang den über 3000 anwesenden Delegierten vorlegte. Er referierte über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage, über die Prinzipien des künftigen wirtschaftlichen Aufbaus und über die Aussichten für wirtschaftliche Fortschritte. China habe im vergangenen Jahr aufgrund einer Reihe von Maßnahmen bemerkenswerte Fortschritte gemacht, sagte Zhao. Die wirtschaftliche Lage sei viel besser als erwartet, was offenbar abhebt auf die äußerst schwierige Lage zu Jahresbeginn. Trotzdem, und dies ist wohl die wichtigste Feststellung, wird die Phase der ,,Regulierung der Wirtschaft'' noch weitere fünf Jahre oder mehr andauern.

Priorität für die Schwerindustrie war bis vor einigen Jahren vorherrschende Strategie für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft gewesen. Die Vorteile dieser Strategie sehen chinesische Ökonomen in der Möglichkeit, in absehbarer Zeit eine unabhängige, vollständige Industrie aufzubauen. Der Haken besteht jedoch darin, daß ein Fehler bei der Durchführung eine Folge von Disproportionen nach sich zieht: Die Schwerindustrie entwickelt sich auf Kosten der Leichtindustrie; die Produktion hält nicht mit dem steigenden Konsumniveau der Volksmassen Schritt; das Wachstum von Zweigen mit hoher organischer Zusammensetzung des Kapitals geht nicht mehr konform mit dem Wachstum von Zweigen mit niedriger organischer Zusammensetzung – in hiesiger Begrifflichkeit kapitalintensive und arbeitsintensive Produktion. Diese und weitere Faktoren hatten die chinesische Wirtschaft bis zum politischen Wechsel durch die Beseitigung der ,,Viererbande'' im Jahre 1976 in eine tiefe, langdauernde Krise gestürzt. Wiederherstellung eines proportionellen Wachstums wurde danach immer bewußter das Hauptziel der chinesischen Wirtschaftspolitik.

1979 hat der Staatsrat eine Phase der ,,Regulierung der Wirtschaft'' gefordert. Drei Jahre sollte sie dauern und den Grundstein zur Modernisierung des Landes legen. Nun, nach Ablauf dieser drei Jahre, muß diese Phase erneut um mindestens fünf Jahre verlängert werden.

Nach wie vor werden positive Faktoren zur Überwindung der Disproportionen gesehen, doch wurden die Tiefe der Krise und die negativen Faktoren unterschätzt. Chinas Wirtschaftswissenschaftler sehen sie einmal in den Schwierigkeiten, die das gegenwärtige Verfahren getrennter Wirtschaftspläne zentraler und örtlicher Verwaltungen sowie die erhöhte Entscheidungsfreiheit der einzelnen Unternehmen mit sich bringen. Die übergreifenden Planungsabteilungen hätten mit großer Sorgfalt auf die möglichen Probleme hingewiesen, aber es gebe Widerstand bei Lokalverwaltungen, Unternehmen und Einzelpersonen gegen die Durchführung der Regulierung. Weiter wird auf die großen Verluste durch die notwendige Streichung großer Projekte hingewiesen. Nicht nur war hier umsonst investiert, die geprellten ausländischen Lieferanten ließen sich teuere Abfindungen zahlen. Auch lassen sich die wirklichen Investitionen nur schwer kontrollieren, da sie über zahlreiche Kanäle fließen. Die Energiegewinnung stagniert. Und schließlich wurde die Arbeitslosigkeit immer bedrohlicher, obwohl doch gleichzeitig die bessere Ausnutzung der Arbeitskraft, Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Personalabbau in Verwaltungen aller Ebenen bis hinab zu den Kommuneverwaltungen auf dem Land als eines der wichtigsten Ziele angesehen wird.

So wird die ,,Regulierung der Wirtschaft'' nicht bloß als eine Notmaßnahme gesehen, sondern von weitreichender Bedeutung für die Herstellung eines umfassenden Gleichgewichts, ohne das ein durchgreifender Fortschritt nicht möglich ist. Zwei Punkte stehen dabei aktuell neben der Förderung der Landwirtschaft im Zentrum.

Einmal ist es die Reduzierung der Investitionsprojekte und die Beseitigung des Haushaltsdefizits. Die zentral geplanten Investitionen, auch noch in der Regierungszeit Hua Guofengs weit überzogen, rissen tiefe Löcher in den Staatshaushalt. Knapp 54 Mrd. Yuan waren im Vorjahr für Investitionen bewilligt worden, 38 Mrd. waren es noch in diesem Jahr, nachdem im Februar der Plan nochmal kräftig nach unten gedrückt wurde. So fiel das Haushaltsdefizit jetzt auf 2,7 Mrd. Yuan, nach 17 Mrd. 1979 und 12,7 Mrd. 1980. Im kommenden Jahr wird eine weitere Reduzierung des Defizits angestrebt, wobei auch eine Senkung der Veteidigungsausgaben nachhelfen muß. Die Inflation sank von 6% auf 2% im Landesdurchschnitt.

Zweiter Punkt ist die Regulierung der wirtschaftlichen Struktur, das heißt vor allem der Proportionen zwischen den beiden Hauptabteilungen der Industrie und in der Verwendung des Volkseinkommens. Die Produktion der Schwerindustrie dieses Jahres wird 5% unter dem Produktionswert des Vorjahres liegen. Stillegungen und Umrüstungen waren unumgänglich, doch vor allem geht es um die Ausrichtung der Schwerindustrie auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft und der Leichtindustrie. Der Erfolg zeigt sich in einem Wachstum der Produktion der Leichtindustrie um 12%, wobei vor allem die Produktion von Armbanduhren, Fahrrädern, Nähmaschinen, Fernsehgeräten und Waschmaschinen überdurchschnittlich gesteigert werden konnte.

Auch bei der Verwendung des Volkseinkommens konnten Verbesserungen in der angestrebten Richtung erzielt werden. Es verteilt sich jetzt auf Konsum und Akkumulation im Verhältnis 70:30, während es 1978 noch 63,5:36,5 war. Als wünschenswert wird eine Akkumulationsquote von 25%, höchstens 30% angesehen, jedenfalls von Xue Muqiao in seinem kürzlich auf englisch erschienen Buch über die ,,Sozialistische Wirtschaft Chinas''.

Deutliche Erfolge also an wichtigen Punkten können verzeichnet werden. Doch erkauft wurden sie teilweise durch drastische Ausgabenkürzungen. Mit 3% wird das Wachstum des industriellen und landwirtschaftlichen Gesamtprodukts angegeben. Erfreulich, daß trotz großer Unwetterkatastrophen nahezu die Getreideproduktion des Rekordjahres 1979 erreicht wurde, bedeutend mehr Baumwolle, Ölfrüchte geerntet und Zucker gewonnen wurde. Offenbar ein Erfolg des neuen Verantwortlichkeitssystems und der Diversifizierung des Anbaus, weg von der Losung ,,Hauptkettenglied Getreideproduktion''.

Im vierten Quartal wird auch die Produktion der Schwerindustrie wieder wachsen. 1982 werden 4% Wachstum für das Sozialprodukt erwartet. Zhao erklärte, es werde auch in den folgenden Jahren bescheiden, aber auch wieder stetig sein. Im Gegensatz zu früher soll das Volkseinkommen mit derselben Rate steigen.

In zehn Prinzipien faßte Zhao Ziyang die Linie seiner Politik zusammen. Das Wachstum der Landwirtschaft soll durch politische Maßnahmen und Anwendung von Wissenschaft beschleunigt werden – also Abschied vom Wundermittel Mechanisierung. Die Konsumgüterindustrie soll eine stärkere Stellung einnehmen, die Schwerindustrie soll noch deutlicher auf ihre Zulieferfunktion ausgerichtet werden. Der Energieeinsatz soll rationeller genutzt, die Energiegewinnung, Transport und Kommunikation sollen technisch verbessert werden. Die vorhandenen Betriebe sollen durch systematische technische Umrüstung voll genutzt werden. Die grundlegende Reorganisation der Unternehmen soll Gruppe für Gruppe fortgesetzt werden. Im Außenhandel wird die Politik der Öffnung bestätigt, gleichzeitig die Notwendigkeit der Selbständigkeit betont. Im Innern sollen die Reformen fortgesetzt werden, um den Enthusiasmus des ganzen Volkes freizusetzen. Ausbildung und wissenschaftliches Niveau der Werktätigen sollen gehoben werden.

Natürlich gibt es Auseinandersetzungen um dieses Programm, auf die allerdings nur vage geschlossen werden kann. So hat Zhao deutlicher denn je bürokratischen Auswüchsen und Blockaden den Kampf angesagt. Auch vor ,,bürgerlichem Liberalismus'' wurde gewarnt, doch scheint Zhao Ziyang demgegenüber den Kampf gegen den Mißbrauch von Staatsämtern in den Vordergrund zu stellen. Meist nicht schlecht informierte Blätter in Hongkong haben kürzlich behauptet, auf seine Intervention hin hätten Deng Xiaoping und Hu Yaobang von einer regelrechten Kampagne in der Kritik am ,,bürgerlichen Liberalismus'' abgesehen.

Auf Differenzen oder wenigstens ungeklärte Probleme läßt auch die Verschiebung der seit letztem Jahr geplanten Verfassungsänderung auf die kommende Tagung des Volkskongresses schließen. Hingegen ist die erneute Verzögerung der endgültigen Verabschiedung des 1981 – 1985 laufenden Wirtschaftsplanes eher auf die Unwägbarkeiten der letzten Monate zurückzuführen.

Was bleibt sind die niedrigen Frauenrenten

Rentenreform '84: Die 2. große Nachkriegsreform entpuppt sich als Fehlschlag

Von Günther Kruse

In den vergangenen Wochen sind die Ergebnisse zweier Untersuchungen veröffentlich worden über die Auswirkungen der Rentenreform '84. Jene Rentenreform, die als zweites großes Reformwerk in der Geschichte der Rentenversicherung in der BRD schon gepriesen wurde, bevor auch nur eine Gesetzesvorlage oder ähnliches vorhanden war – nach der Rentenreform von 1957, mit der die Dynamisierung der Renten beschlossen wurde. Der Kernpunkt dieser Reform sollte sein: Gleichstellung von Mann und Frau, vor allem von Witwern und Witwen im Rentenrecht und, so zumindest der Anspruch, eine Besserstellung der Frau, für die die im Durchschnitt gezahlte Rente Anfang 1981 immer noch die elende Niedrigkeit von 438 DM hatte.

Was ergaben nun die Untersuchungen, die einerseits auf der Grundlage einer Stichprobenerhebung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (vdr), des Dachverbandes der Rentenversicherungen, durchgeführt wurden, und andererseits die Berechnungen mit Hilfe eines Simulationsmodells? Bei der Untersuchung der Ergebnisse dieser Berechnungen will ich mich beschränken auf die Auswirkungen des Rentenreformmodells, das in seinen Grundzügen von allen Bundestagsparteien favorisiert wird: Der überlebende Ehepartner hält beim Tode des einen 70% (es waren auch schon 65% im Gespräch) der Rentenanwartschaften, die die beiden Eheleute in und vor der Ehe zusammengenommen erworben hatten (Teilhaberrente). Bei den Frauen soll die Anrechnung eines Kindererziehungsjahres dazukommen. Im Wahlkampf hatten die Parteien teilweise noch 3 Jahre pro Kind versprochen. So lange aber davon auszugehen ist, daß die Beiträge für dieses Kindererziehungsjahr vom Staat finanziert werden müssen, bleibt wohl eher noch das eine Jahr auch auf der Strecke, als daß 3 Jahre angerechnet werden.

Bei diesen, durch verschiedene weitere Annahmen zu präzisierenden Vorstellungen würde die Rentenreform, nach allen vorliegenden Rechnungen, im Jahre 1990 weniger als 1 Prozent höhere Rentenausgaben nach sich ziehen als beim geltenden Recht, im Jahre 2000 etwa eineinhalb Prozent. Würde also der Beitragssatz nach dem geltenden Recht bei 18,5% liegen, was eigentlich ab 1981 der Fall sein sollte, so müßten die Beiträge alleine aufgrund der Reform bis zum Jahre 2000 auf etwa 18,8% steigen – ein Ergebnis, das niedriger liegt, als die meisten bisher erwartet oder befürchtet hatten. Daß die Beitragshöhe aber *viel wesentlicher* als durch diese Reform durch eine besonders ab 1990 steigende relative Zunahme der Rentner und Rentnerinnen aufgrund des Altersaufbaus der westdeutschen Bevölkerung steigen wird – auf über 30% im Jahre 2030, dem höchsten Stand – das zeigen u.a. erneut diese Untersuchungen.

Wie aber kommt es, daß diese „Reform" so wenig kostet? Was für Veränderungen verbergen sich unter der Oberfläche? Zwei Drittel der höheren Ausgaben für das Jahr 2000, so stellte der vdr fest, entfallen auf verwitwete Frauen, die keine eigene Versichertenrente beziehen. Für sie erhöht sich schlicht der Satz der Witwenrente, denn sie erhalten statt bisher 60 dann 70% von der Rente des Mannes. Ihr Anteil an allen Frauenrenten fällt allerdings nach den Prognosen von nahezu 50% im Jahre 1981 auf noch 28% im Jahre 2000, während z.B. im gleichen Zeitraum die Zahl der Frauen, die eine eigene Rente erhalten, um etwa ein Drittel auf 5,6 Mio. im Jahre 2000 steigt.

Man kann also das Ergebnis des vdr auch andersherum interpretieren: Es fällt nur so günstig (in bezug auf die Beitragsgestaltung) aus, weil immer mehr Frauen anteilig an allen Frauen im Rentenalter Anspruch auf eigene Rente haben, selber längere Zeit lohnabhängig waren. Der größte Anteil der Segnungen der Reform wird also einem zunehmend kleiner werdenden Teil von Frauen zuteil, die es sich noch leisten können, nicht zu arbeiten. Weiter: nur ein Viertel der höheren Ausgaben kommt den Frauen zugute, die nach dem geltenden Recht sowohl eine eigene Rente beziehen als auch eine Witwenrente erhalten. Nun will diese Aussage alleine noch nicht viel heißen, war doch erklärtes Ziel des Reformansatzes, bei den Frauen, die eine hohe eigene Anwartschaft erworben hatten und die zusätzlich ein Anrecht auf eine relativ hohe Witwenrente hatten, weil ihr verstorbener Mann zu den etwas besser Verdienenden gehörte – also bei den „Überversorgten", wie es im Sprachgebrauch der Parteien immer wieder hieß – zu kappen und dafür die niedrigen Renten zu erhöhen.

Den deutlichsten Aufschluß, ob dies erreicht wurde, und welche Anteile der Frauen jeweils betroffen sind, liefert die Studie „Alternativen der Rentenreform '84", die in einem Simulationsmodell die Renten bis ins Jahr 2050 berechnet hat. So lange Zeiträume zu erfassen ist notwendig, da z.B. das Kindererziehungsjahr nur für die nach der Reform neu geborenen Kinder berechnet werden soll (rückwirkend sollte, so die bisherigen Vorstellungen, evtl. ein „Babyjahr" angerechnet werden, allerdings mit einem niedrigeren Berechnungssatz). Vollständig auswirken wird sich also dieses Kindererziehungsjahr erst etwa 45 Jahre nach der Reform, ca. im Jahre 2030. Nach diesen Berechnungen ergibt sich für ledige Frauen (es sind jeweils immer nur Durchschnittswerte für die angesprochene Gruppe genannt) generell eine geringfügige Absenkung der Rente, verglichen mit dem bisherigen Recht. Zurückzuführen ist dies auf Änderungen der Berechnung, die aber nicht wesentlich sind und hier nicht behandelt werden können. Für Familien, in denen beide Ehepartner noch leben, steigt die Rente um ca. 1%, vor allem aufgrund der Anrechnung des Kindererziehungsjahres, das sich nur bei niedrigem Verdienst des Mannes und wenn die Frau nicht oder nur kurzfristig gearbeitet hat, mit etwa 7% stärker auswirkt. Auch das liegt im Rahmen der Erwartungen, zeigt aber auch, daß mit der Anrechnung von einem Jahr Kindererziehung nicht viel für die Erhöhung der Frauenrente gewonnen ist. Am interessantesten sind allerdings die Ergebnisse für alleinlebende verwitwete Frauen, weil sich hier in erster Linie erweisen muß, ob der Anspruch und das Versprechen, das mit dieser Reform gemacht wurde, erfüllt wird. (Siehe Tabelle)

Das Ergebnis zeigt, daß gerade bei *den* Witwenrenten, von denen die meisten Frauen leben müssen, relativ gesehen am wenigsten herauskommt und damit, da es sich eh um niedrige Renten handelt, absolut betrachtet erst recht: Frauen, die wenig verdienen, unterbrochen gearbeitet haben und deren Männer durchschnittlich oder darunter verdienen, erhalten gegenüber dem bisherigen Recht nur 6 oder 8% höhere Renten. Das sind aber immerhin 36% aller verwitweten Frauen. Und 21%, die durchgehend gearbeitet haben und deren Männer durchschnittlich oder unterdurchschnittlich verdient haben, erhalten gar 6 bis 9% weniger an Rente.

Es ist offensichtlich, daß bei den teilweise extrem niedrigen Renten der Frauen – der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger gibt für Anfang 1981 einen Durchschnitt von 400 DM für versicherte, verheiratete Frauen und 430 DM für verwitwete Frauen an – die Zahl derer, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, relativ hoch liegt. Auch hier, so ergibt die Simulationsrechnung, ändert sich dieser Anteil durch die beabsichtigte Reform nur unwesentlich. Die Zahl derer, die unter dem Sozialhilfesatz liegen, würde bis zum Jahre 2050 um gerade ein Sechstel gegenüber dem bisher geltenden Recht abnehmen, zwischenzeitlich eher sogar noch steigen. „Diese Ergebnisse der Modellrechnungen führen zu der Schlußfolgerung, daß alle Kommissionsmodelle das Problem der gegenwärtig schlecht gesicherten alten Witwen nicht durchgreifend lösen ..." So das Fazit der Verfasser von „Alternative der Rentenreform '84". Zweifellos richtig.

Verteilung des Jahresnettoeinkommens für Rentner-Haushalte von alleinstehenden verwitweten Frauen im Jahre 2050

Ehefrau		Ehemann			
Dauer der früh. Erwerbstätigkeit	Lebensentgelt-relation	Lebensentgelt-relation	Anzahl in 1000	Geltendes System in 1000 DM	Kommission Rel. Abw. in %
durchgehend	–	«90	408	16,6	– 8,6
durchgehend	–	90–130	114	20,2	– 5,5
durchgehend	–	130–160	49	22,7	– 3,2
durchgehend	–	»160	85	20,8	– 5,4
unterbrochen	‹75	«90	606	11,0	+ 6,1
unterbrochen	‹75	90–130	309	14,3	+ 8,9
unterbrochen	‹75	130–160	141	15,3	+ 12,2
unterbrochen	‹75	»160	264	16,7	+ 11,7
unterbrochen	›75	«90	168	16,9	– 3,4
unterbrochen	›75	90–130	97	17,2	+ 12,3
unterbrochen	›75	130–160	39	20,9	+ 7,0
unterbrochen	›75	»160	70	21,0	+ 3,2
b. zum 1. Kind	–	«90	55	8,9	+ 18,1
b. zum 1. Kind	–	90–130	45	13,7	+ 16,6
b. zum 1. Kind	–	130–160	20	14,4	+ 22,4
b. zum 1. Kind	–	»160	40	17,3	+ 17,1

Lebensentgeltrelation: Verhältnis des Lebenseinkommens zum entsprechenden durchschnittlichen Einkommen

Rentenfinanzen und Auswirkungen der Konsolidierungsgesetze

gkr. Gegenwärtig sind die Rentenfinanzen vergleichsweise wenig umstritten. Das 21. Rentenanpassungsgesetz hatte mit der Aussetzung der sogenannte Bruttolohnanpassung für Neurenten eine 15%ige Senkung bewirkt, zusätzlich sollte zum 1. Januar 1981 der Beitrag zur Rentenversicherung von 18 auf 18,5% erhöht werden. Und schließlich kommt hinzu, daß die Arbeitslosenversicherung inzwischen einen Beitrag für die Arbeitslosen an die Rentenversicherung bezahlen muß. Dennoch: 100000 Arbeitslose mehr machen noch immer eine Mindereinnahme von 230 Mio. DM aus.

Weitere Änderungen im Rahmen der Haushaltsstrukturgesetze, nachdem schon für 1981 der Bundeszuschuß an die Rentenversicherung um 3,5 Mrd. DM gekürzt worden war:

1. Der Beitrag soll wieder auf 18% gesenkt werden, die 0,5% werden der Arbeitslosenversicherung, die auf insgesamt 4% erhöht wird, zugeschlagen. Vorläufig – angeblich.
2. Die Beiträge für Wehr- und Zivildienstleistende sollen abgesenkt werden, womit der Bundeshaushalt im selben Maße entlastet wird: 380 Mio. DM. Die Bemessungsgrundlage dieser Beiträge wird von 100% des letztbekannten durchschnittlichen Bruttojahresarbeitsentgelts aller Versicherten auf 75% reduziert – so einfach ist das. Die Betroffenen werdens erst in einigen Jahrzehnten merken, wenn dadurch die Renten geringer ausfallen.
3. Die Arbeitslosenhilfe wird in Zukunft aus Bundesmitteln bezahlt – keine Zahlungen an die Rentenversicherung – auch dies wird sich auf die zu berechnenden Renten senkend auswirken. Jede sonstige Kürzung bei der Arbeitslosenversicherung wird ebenfalls die Beiträge an die Rentenversicherung herabsetzen – geschätzt für nächstes Jahr: 300 Mio. DM

Alles in allem, so Werner Doetsch vom vdr, werde die Schwankungsreserve, das ist die Rücklage der Rentenversicherung, die zum Jahresende 1981 etwa 21,4 Mrd. DM oder 2,3 Monatsausgaben betragen werde, bis Ende 1985 bei zugrundegelegten 1,6 Mio. Arbeitslosen auf 1,1 Monatsausgaben zusammenschmelzen. Die gesetzlich vorgeschriebene Mindestreserve beträgt derzeit 1 Monatsausgabe. Eine Beitragssatzanhebung um 1% oder etwas darüber wird selbst nach den noch relativ günstigen langfristigen Prognosen des Rentenanpassungsberichts vom Frühjahr 1981 ab 1985 dann unumgänglich.

Mag dann auch, weitere gesetzliche Eingriffe ausgenommen, bis 1995 die Beitragshöhe den Vorausberechnungen entsprechend konstant bleiben, so sind doch danach weitere drastische Steigerungen zu erwarten, wenn nicht das geltende Rentenrecht grundsätzlich geändert wird. An anderer Stelle wurde schon darauf hingewiesen, daß dies nicht mit einer möglichen Reform der Hinterbliebenenversicherung zusammenhängt, sondern auf grundsätzliche Probleme des Altersaufbaus der Bevölkerung in der BRD zurückzuführen ist. Und das, *ohne* daß wirkliche Verbesserungen im Rentenrecht, die notwendig wären, durchgeführt werden. Im Gegenteil. Nachdem für dieses Jahr gerade die sogenannte „Bruttolohnanpassung" beschlossen wurde mit einer Rentensteigerung von 5,76%, werden schon Stimmen laut, so könne es aber nicht weitergehen. Sie wollen, wenn Beitragssteigerungen notwendig würden, diese aufsplitten: Sei z.B. 1985 eine Rentenbeitragserhöhung um 1% notwendig, so sollten die Beiträge nur wirklich um 0,5% erhöht werden, die restlichen 0,5% hätten die Rentner und Rentnerinnen durch Kürzungen der Renten aufzubringen. Scheinbar ausgewogen – er ist es nur, betrachtet man die Rentenversicherung als einen „Generationenvertrag" zwischen beitragszahlenden Lohnabhängigen und Rentnern und nicht als Bestandteil des Lohns – macht dieser Vorschlag es den Arbeitern unmöglich, sich die notwendige Beitragserhöung von den Kapitalisten zu erkämpfen. Tatsächlich ist es Zeit, sich auch Gedanken über Alternativen zu dieser Rentenversicherung wie zum gesamten „sozialen Netz" zu machen. Wir wollen in einem späteren Artikel darauf zurückkommen.

wirkungen des Rentenreformmodells, das in seinen Grundzügen von allen Bundestagsparteien favorisiert wird: Der überlebende Ehepartner hält beim Tode des einen 70% (es waren auch schon 65% im Gespräch) der Rentenanwartschaften, die die beiden Eheleute in und vor der Ehe zusammengenommen erworben hatten (Teilhaberrente). Bei den Frauen soll die Anrechnung eines Kindererziehungsjahres dazukommen. Im Wahlkampf hatten die Parteien teilweise noch 3 Jahre pro Kind versprochen. So lange aber davon auszugehen ist, daß die Beiträge für dieses Kindererziehungsjahr vom Staat finanziert werden müssen, bleibt wohl eher noch das eine Jahr auch auf der Strecke, als daß 3 Jahre angerechnet werden.
Bei diesen, durch verschiedene weitere Annahmen zu präzisierenden Vorstellungen würde die Rentenreform, nach allen vorliegenden Rechnungen, im Jahre 1990 weniger als 1 Prozent höhere Rentenausgaben nach sich ziehen als beim geltenden Recht, im Jahre 2000 etwa eineinhalb Prozent. Würde also der Beitragssatz nach dem geltenden Recht bei 18,5% liegen, was eigentlich

durchgehend	–	«90	408	16,6	– 8,6
durchgehend	–	90–130	114	20,2	– 5,5
durchgehend	–	130–160	49	22,7	– 3,2
durchgehend	–	»160	85	20,8	– 5,4
unterbrochen	‹75	«90	606	11,0	+ 6,1
unterbrochen	‹75	90–130	309	14,3	+ 8,9
unterbrochen	‹75	130–160	141	15,3	+ 12,2
unterbrochen	‹75	»160	264	16,7	+ 11,7
unterbrochen	›75	«90	168	16,9	– 3,4
unterbrochen	›75	90–130	97	17,2	+ 12,3
unterbrochen	›75	130–160	39	20,9	+ 7,0
unterbrochen	›75	»160	70	21,0	+ 3,2
b. zum 1. Kind	–	«90	55	8,9	+ 18,1
b. zum 1. Kind	–	90–130	45	13,7	+ 16,6
b. zum 1. Kind	–	130–160	20	14,4	+ 22,4
b. zum 1. Kind	–	»160	40	17,3	+ 17,1

Lebensentgeltrelation: Verhältnis des Lebenseinkommens zum entsprechenden durchschnittlichen Einkommen

net werden soll (rückwirkend sollte, so die bisherigen Vorstellungen, evtl. ein „Babyjahr" angerechnet werden, allerdings mit einem niedrigeren Berechnungssatz). Vollständig auswirken wird sich also dieses Kindererziehungsjahr erst etwa 45 Jahre nach der Reform, ca. im Jahre 2030. Nach diesen

auf 75% reduziert – so einfach ist das. Die Betroffenen werdens erst in einigen Jahrzehnten merken, wenn dadurch die Renten geringer ausfallen.
3. Die Arbeitslosenhilfe wird in Zukunft aus Bundesmitteln bezahlt – keine Zahlungen an die Rentenversicherung – auch dies wird sich auf die zu berechnenden Renten senkend auswirken. Jede sonstige Kürzung bei der Arbeitslosenversicherung wird ebenfalls die Beiträge an die Rentenversicherung herabsetzen – geschätzt für nächstes Jahr: 300 Mio. DM
Alles in allem, so Werner Doetsch vom vdr, werde die Schwankungsreserve, das ist die Rücklage der Rentenversicherung, die zum Jahresende 1981 etwa 21,4 Mrd. DM oder 2,3 Monatsausgaben betragen werde, bis Ende 1985 bei zugrundegelegten 1,6 Mio. Arbeits-

ne Rentenbeitragserhöhung um 1% notwendig, so sollten die Beiträge nur wirklich um 0,5% erhöht werden, die restlichen 0,5% hätten die Rentner und Rentnerinnen durch Kürzungen der Renten aufzubringen. Scheinbar ausgewogen – er ist es nur, betrachtet man die Rentenversicherung als einen „Generationenvertrag" zwischen beitragszahlenden Lohnabhängigen und Rentnern und nicht als Bestandteil des Lohns – macht dieser Vorschlag es den Arbeitern unmöglich, sich die notwendige Beitragserhöung von den Kapitalisten zu erkämpfen. Tatsächlich ist es Zeit, sich auch Gedanken über Alternativen zu dieser Rentenversicherung wie zum gesamten „sozialen Netz" zu machen. Wir wollen in einem späteren Artikel darauf zurückkommen.

Kürzungen der Sozialhilfe beschlossen

Wie mit gefälschten Zahlenangaben die Spaltung erreicht werden soll

erb. Sozialhilfe gliedert sich in die Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in

beiter der Lohngruppe IV, Endstufe im öffentlichen Dienst. Netto bekäme

diesem Beispiel für die Sozialhilfe nach der Idealmöglichkeit gefahndet, so

Kürzungen der Sozialhilfe beschlossen

Wie mit gefälschten Zahlenangaben die Spaltung erreicht werden soll

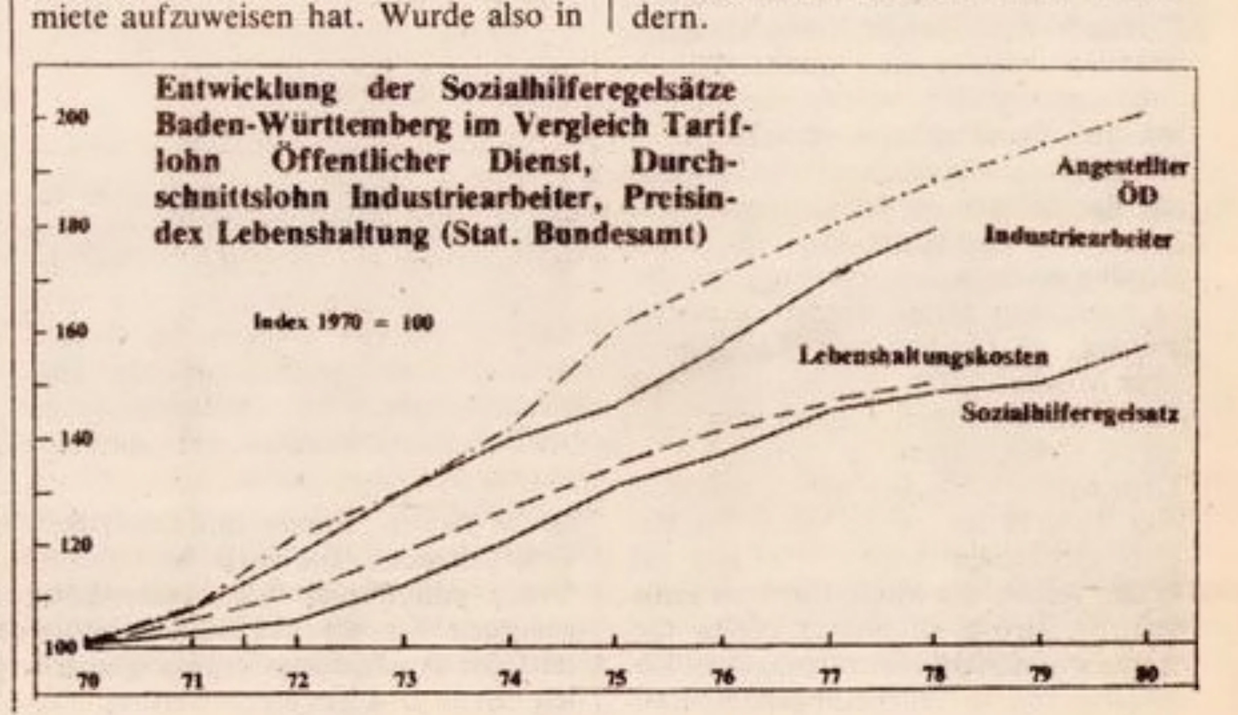
erb. Sozialhilfe gliedert sich in die Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen (z.B. Krankenhilfe, Hilfe zur Pflege, Tuberkulosehilfe, Eingliederungshilfe). Die Sozialhilfeleistungen werden von den Stadt- und Landkreisen gezahlt. Kopfzerbrechen bereitet den Sozialbürokraten die Zunahme des Personenkreises, der in Sozialhilfeabhängigkeit gerät. Blieb die Zahl der Empfänger in den 60er Jahren fast konstant, so schnellten sie im letzten Jahrzehnt vornehmlich in der Hilfe zum Lebensunterhalt empor:

Jahr	Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt	Empfänger von Hilfe in bes. Lebenslagen
1970	749000	965000
1971	803000	979000
1972	867000	1025000
1973	918000	1064000
1974	1057000	1126000
1975	1190000	1147000
1976	1276000	1123000
1977	1362000	1098000
1978	1335000	1079000

Die Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger stieg dabei von 1970 mit 1491000 auf 2120000 im Jahre 1978, für das Jahr 1981 wird eine Zahl von 2,3 Mio. vorausgesagt, Doppelbezug von Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen ist möglich, deshalb differieren die Zahlen.

Deutlich erkennt man das Steigen in der kapitalistischen Überproduktionskrise. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund, sowie der Landkreistag fordern „Abstriche an der Sozialhilfe", ZDF-Magazin Löwenthal wurde vergangene Woche zu ihrem Propagandaträger. Sozialhilfeempfänger würden inzwischen besser leben als Arbeiter der Lohngruppe IV, Endstufe im öffentlichen Dienst. Netto bekäme der Sozialhilfeempfänger (Hilfe zum Lebensunterhalt) nach der Berechnung des Städte- und Gemeindebunds 6 DM pro Monat mehr, der Landkreistag kommt auf 12 DM – „im Interesse des sozialen Friedens" – müßten die Sozialhilfeleistungen kritisch überprüft werden.

Hilfe zum Lebensunterhalt umfaßt einen Regelsatz, der durch Landesverordnung festgelegt und im Bundesgebiet höchstens um 10 DM differiert (Baden-Württemberg für Haushaltsvorstand 330 DM, Ehefrau 264 DM, Kind bis 7 Jahre 149 DM usw.), sowie die Miete. Voll angerechnet wird das Kindergeld und das Wohngeld. Übers Jahr kann der Sozialhilfeempfänger nach Bedarf Kleiderbeihilfen erhalten, Konfirmations/Kommunionsbeihilfe, Brennstoffbeihilfe, Weihnachtsbeihilfe. In allen Rechenbeispielen wurde nun davon ausgegangen, daß der Sozialhilfeempfänger mit 3 Kindern erstens alle Beihilfen erhält, was noch nicht ausgemacht ist, und zweitens eine Mietbelastung von über 540 DM Kaltmiete aufzuweisen hat. Wurde also in diesem Beispiel für die Sozialhilfe nach der Idealmöglichkeit gefahndet, so wird beim Beispiel des Arbeiters im öffentlichen Dienst zwar zum Nettolohn auch noch Kindergeld und Wohngeld gerechnet. Nicht einberechnet wurde das 13. Monatsgehalt und das Urlaubsgeld. Im ZDF-Magazin mußte selbst Bundesministerin Antje Huber diese Milchmädchenrechnung zurückweisen, ohne aber zu erkennen zu geben, daß tatsächlich an Kürzungen in der Sozialhilfe gedacht ist. Mit der geplanten Kürzung von Kindergeld und Leistungen des Arbeitsamtes werden unzweifelhaft erhöhte Ausgaben auf die Kreise im Bereich der Sozialhilfe zukommen. Insofern ist die Kritik, daß der Bund Lasten an die Kreise weitergibt, nicht unberechtigt. Im Vermittlungsausschuß von Bundesrat und Bundestag wird in diesen Tagen um Einsparungen von 500 Mio. DM im Sozialhilfebereich verhandelt. Geplant ist, den Regelsatz im kommenden Jahr nicht zu erhöhen, sowie Kürzungen bei den Beihilfen vorzunehmen. Der Gewerkschaft ÖTV kommt eine besondere Verantwortung zu, dies zu verhindern.





Verschärfung des Streikrechts in England *(siehe Meldung)*

Massenkurzarbeit bei Fiat und Alfa Romeo in Italien

kvz. Nachdem bei Fiat schon im laufenden Dezember Tausende von Arbeitern auf Kurzarbeit gesetzt wurden, sollen jetzt auch im Januar und Februar 60000 Arbeiter für jeweils eine Woche die Arbeit unterbrechen. Fiat begründet diesen Schritt mit Absatzschwierigkeiten im In- und Ausland, die zur Einschränkung der Produktion führen müßten. – Der Staatsbetrieb Alfa Romeo will ein Drittel der Belegschaft, 14500 Beschäftigte, für das gesamte kommende Jahr aus der Produktion entfernen. Den „Krisenzustand" hat das Unternehmen gegenüber der Regierung angekündigt. Damit ist die Voraussetzung geschafffen, daß die dann vorübergehend Arbeitslosen aus der staatlichen Lohnausgleichskasse ca. 90% ihres Lohnes weiter erhalten. Die vorübergehende Entlassung der Beschäftigten soll bei Alfa Romeo zu einer Umorganisierung der Produktion zur Erhöhung der Produktivität genutzt werden.

British Leyland: Streik beendet Pausenkürzung zurückgezogen

kvz. Nachdem am Donnerstag letzter Woche zwischen Geschäftsleitung und Gewerkschaften eine Übereinkunft erzielt wurde und am Freitag im Werk Longbridge die Streikenden in einer Abstimmung das Verhandlungsergebnis mit knapper Mehrheit angenommen haben, wurde ab Montag die Produktion wieder aufgenommen. Die Kapitalisten hatten ihre Forderung nach Pausenkürzung zurückgenommen.

England: Millionen-Strafen bei Streik vorgesehen

kvz. Für die Verabschiedung Anfang des Jahres '82 wird von der Thatcher-Regierung weiter an einer „Reform" des Gewerkschaftsgesetzes gestrickt. Arbeitsminister Norman Tebbitt will die Gewerkschaften für ihr Handeln finanziell zur Rechenschaft ziehen. Die

den diese Regelung von der Belegschaft mit einer Mehrheit von 85% bestätigt werden müssen. Gegenüber der „Welt der Arbeit" erklärte der TUC-Generalsekretär Len Murray: „Die britischen Gewerkschaften werden nicht tatenlos zusehen, wenn ihre Kassen geplündert und ihre aktiven Mitglieder schikaniert werden."

AEG Telefunken sperrt IG Metall Vertrauensmann aus.

edd. Wedel/Hamburg. Wie die Ortsverwaltung der IG Metall Hamburg in einer Presseerklärung bekanntgab, läßt es sich der AEG Telefunken Konzern 500 DM täglich kosten, den IGM Vertrauensmann Uwe Zabel nicht im Werk Wedel Industriestraße beschäftigen zu müssen. Zabel, Mitglied der Leitung des Vertrauenskörpers und während seiner Ausbildung IGM Jugendvertreter, war Anfang des Jahres gekündigt worden. Die IG Metall ging dagegen vor das Arbeitsgericht und gewann die erste Instanz. Die AEG weigerte sich, den Feinmechaniker zu beschäftigen. Darauf wurde ein Zwangsgeldbeschluß erlassen, der die AEG verpflichtet, für jeden Tag der Nichtbeschäftigung von Z. 500 DM an die Staatskasse zu zahlen. Ersatzweise wurde die Zwangshaft gegen den Vorstandsvorsitzenden der AEG Telefunken Nachrichten und Verkehrstechnik AG, Dipl.Ing Jost Freiherr von Wrangel angeordnet. Seit dem 30.11. zahlt die AEG nun die 500 DM täglich, um einen aktiven Gewerkschafter nicht beschäftigen zu müssen. Die IGM Hamburg fordert in der Presseerklärung die sofortige Wiedereinstellung und weist auf die Notwendigkeit der Novellierung des Kündigungsschutzgesetzes hin, wie sie die IG Metall seit längerem fordert.

Stahlwerk P + S streicht jeden vierten Ausbildungsplatz

kvz. Nachdem Bundesbildungsminister Engholm noch vor ein paar Tagen groß auf die Pauke gehauen hatte und die

Kundgebung gegen „Rotstift-Politik"

5000 auf der DGB-Demonstration in Kassel
Angriffe auf die herrschende Wirtschaftspolitik

hdm.Kassel. Für Montag, 7.12. hatte der DGB-Kreis Kassel zu einer Demonstration und Kundgebung gegen die herrschende Wirtschaftspolitik, in den Aufrufen teilweise verniedlichend „Rotstift-Politik" genannt, aufgerufen, die in vieler Hinsicht mit den bisherigen Aktionen des DGB nicht zu vergleichen ist.

Offenbar angeregt durch die Demonstration der IG Metall in Stuttgart hat der DGB-Kreisvorstand vor zwei Wochen angesichts der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit in Nordhessen, die durch die drohende Schließung von Enka-Kassel noch drastisch gesteigert würde, zu dieser Aktion aufgerufen. Neben Fred Link, dem hiesigen DGB-Vorsitzenden, hatte der DGB Detlef Hensche vom IG Druck-Vorstand als Redner eingeladen. Der programmatische Konzentrationspunkt ihrer Reden war die Forderung, die wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Arbeitslosigkeit nicht länger den „Selbstheilungskräften des Marktes" zu überlassen. Link: „Arbeitslosigkeit wird von uns nicht wie das Jüngste Gericht hingenommen, sondern muß durch aktive Politik beseitigt werden."

So kämpferisch der Bezug auf die Arbeiterinteressen und Gegenüberstellung gegen die Kapitalinteressen, so eindeutig die Forderung nach einer *anderen* Wirtschaftspolitik – so verschwommen aber noch die Vorstellungen, *wie* diese Politik aussehen soll. Am klarsten die positiven Vorstellungen über die Finanzierung des Beschäftigungsprogramms durch höhere Besteuerung der Reichen, Bekämpfung von Steuerhinterziehung u.ä. Maßnahmen. Daß es bei diesen Programmen aber nicht einfach darum gehen kann, große Massen freigesetzter Arbeitskräfte in beliebige „Beschäftigung" zu setzen, sondern in volkswirtschaftlich notwendige Arbeiten, durch deren Inangriffnahme grade die krassesten Disproportionen der gesellschaftlichen Produktion, die der Krise zugrundeliegen, beseitigt werden können – solche Überlegungen scheinen vorerst noch auf den kleinen Kreis der Wirtschaftspolitiker bei den Vorständen des DGB beschränkt. (Mit der Unentwickeltheit solcher Fragestellungen wird auch die fortbestehende Abgrenzung des DGB von allem, was nach „Wachstumskritik" aussieht – etwa dem Widerstand gegen die Startbahn West, wo ein Wort der Unterstützung schon ganz angebracht gewesen wäre, zusammenhängen. Das eigentliche Problem scheint aber gerade darin zu bestehen, in welche Richtung ‚gewachsen' werden soll.)

Weitere Eindrücke: In deutlichem Unterschied zu vielen früheren Kundgebungsreden waren die Redner um konkrete Analyse der Regierungsmaßnahmen und konkrete Widerlegung der Kapitalisten-Argumente bemüht. Hölzerne Solidaritäts-Formeln waren selten. Insbesondere Hensche bemühte sich zumindest im Ansatz um einen Aufriß der Gesamtlage, von wo aus auch die Bedeutung der jetzt in die Vorbereitung gegangenen Tarifkämpfe, als nächstes vor allem des Kampfes der öffentlichen Dienstler, gewürdigt werden konnte.

Offenbar ist die Aktion in Kassel, wie auch schon die in Stuttgart nicht Ergebnis eines Hauptvorstands-Beschlusses, sondern selbständiger Initiativen der Kreisverbände. Auch das ist günstig. Auf diese Weise lernt die Gewerkschaftsbewegung ihre Kräfte messen. 5000 Kundgebungsteilnehmer – beinahe mehr, als auf der Mai-Demonstration – sind da für den Anfang nicht schlecht.

Bei über 50000 Gewerkschaftsmitgliedern aber nach wie vor eine Minderheit. Um die *Mehrheit* der Arbeiter mobilisieren zu können, wird die Gewerkschaft ihr Alternativ-Programm näher ausarbeiten müssen. Eine Schwierigkeit dabei wird sein, daß es sich bei diesem Programm, wenn es wirken soll, nur um eine *revolutionäre* Alternative zur ganzen herrschenden Produktionsweise handeln kann.



Tarifkommission beschließt 7,5%, 120 DM mindestens

"stand" hat das Unternehmen gegenüber der Regierung angekündigt. Damit ist die Voraussetzung geschafffen, daß die dann vorübergehend Arbeitslosen aus der staatlichen Lohnausgleichskasse ca. 90% ihres Lohnes weiter erhalten. Die vorübergehende Entlassung der Beschäftigten soll bei Alfa Romeo zu einer Umorganisierung der Produktion zur Erhöhung der Produktivität genutzt werden.

British Leyland: Streik beendet Pausenkürzung zurückgezogen

kvz. Nachdem am Donnerstag letzter Woche zwischen Geschäftsleitung und Gewerkschaften eine Übereinkunft erzielt wurde und am Freitag im Werk Longbridge die Streikenden in einer Abstimmung das Verhandlungsergebnis mit knapper Mehrheit angenommen haben, wurde ab Montag die Produktion wieder aufgenommen. Die Kapitalisten hatten ihre Forderung nach Pausenkürzung zurückgenommen.

England: Millionen-Strafen bei Streik vorgesehen

kvz. Für die Verabschiedung Anfang des Jahres '82 wird von der Thatcher-Regierung weiter an einer „Reform" des Gewerkschaftsgesetzes gestrickt. Arbeitsminister Norman Tebbitt will die Gewerkschaften für ihr Handeln finanziell zur Rechenschaft ziehen. Die
rechtliche Immunität der Gewerkschaften (vor allem im Hinblick auf zivilrechtliche Schadensersatzklagen der Kapitalisten) sei im „modernen Industriezeitalter" nicht mehr angebracht. Für angebracht hält er folgendes: In allen Fällen von illegalen Streiks oder sonstigen Kampfmaßnahmen sollen die Gewerkschaften auf Schadensersatz verklagt und je nach Mitgliederzahl zur Zahlung von maximal umgerechnet 1,2 Mio. DM verurteilt werden können. Nach den Gesetzesvorstellungen wäre es bereits „illegal", in einen Solidaritätsstreik zu treten oder zur Förderung des Streikziels vor einem Zulieferbetrieb Streikposten aufzustellen. Die Gewerkschaften sollen auch dann zu Schadensersatz verpflichtet werden können, wenn sie einen als „illegal" angesehenen Streik nachträglich unterstützen. Genauso sollen damit in Zukunft von unteren Gewerkschaftsgremien eingeleitete Kampfmaßnahmen unterbunden werden, die sich etwa auf Betriebsebene entwickeln. – Bei einem „ordentlichen" Streik sollen die Kapitalisten die Möglichkeit erhalten, nach viertägiger Frist alle Streikenden zu entlassen. Zwar müssen diese nach dem Streik wieder eingestellt werden, es bleiben den Kapitalisten aber Möglichkeiten, die Wiedereinstellung von einzelnen Gewerkschaftern, sprich Streikführern, zu verweigern. – Über dieses Vorhaben hinaus soll auch eine Reform des „closed-shop" in Angriff genommen werden. Bislang gab es das Recht, die Kapitalisten zu zwingen, in Betrieben ausschließlich Gewerkschaftsmitglieder einzustellen. Zukünftig soll in regelmäßigen Abstän-

500 DM täglich kosten, den IGM Vertrauensmann Uwe Zabel nicht im Werk Wedel Industriestraße beschäftigen zu müssen. Zabel, Mitglied der Leitung des Vertrauenskörpers und während seiner Ausbildung IGM Jugendvertreter, war Anfang des Jahres gekündigt worden. Die IG Metall ging dagegen vor das Arbeitsgericht und gewann die erste Instanz. Die AEG weigerte sich, den Feinmechaniker zu beschäftigen. Darauf wurde ein Zwangsgeldbeschluß erlassen, der die AEG verpflichtet, für jeden Tag der Nichtbeschäftigung von Z. 500 DM an die Staatskasse zu zahlen. Ersatzweise wurde die Zwangshaft gegen den Vorstandsvorsitzenden der AEG Telefunken Nachrichten und Verkehrstechnik AG, Dipl.Ing Jost Freiherr von Wrangel angeordnet. Seit dem 30.11. zahlt die AEG nun die 500 DM täglich, um einen aktiven Gewerkschafter nicht beschäftigen zu müssen. Die IGM Hamburg fordert in der Presseerklärung die sofortige Wiedereinstellung und weist auf die Notwendigkeit der Novellierung des Kündigungsschutzgesetzes hin, wie sie die IG Metall seit längerem fordert.

Stahlwerk P + S streicht jeden vierten Ausbildungsplatz

kvz. Nachdem Bundesbildungsminister Engholm noch vor ein paar Tagen groß auf die Pauke gehauen hatte und die
Unternehmer aufforderte, die Zahl der Ausbildungsstellen nicht zu verringern, tat dies beim bundeseigenen Stahlwerk Peine-Salzgitter seine eigene makabre Wirkung. Der Vorstand will vom kommenden Jahr an bis 1985 von den 430 Ausbildungsplätzen pro Lehrjahr 110 wegfallen lassen. Gegen dieses Vorhaben sind der Betriebsrat, Jugendvertretung, Vertrauensleute und IGM schon seit Beginn der Pläne aufgetreten. Am Freitag letzter Woche wurden Protestschreiben an Brandt und Engholm abgeschickt. Es wird auf die hohe Arbeitslosigkeit im Raum Salzgitter (10%, Jugendliche 11%) verwiesen. Interessant ist an dem Vorgang auch, daß bei der Streichung gerade Ausbildungsplätze solcher Facharbeiterberufe betroffen sind, wo die Kapitalisten immer über „Facharbeitermangel" reden.

Kurzmeldungen:

Mehr oder weniger positiv sieht die DAG „Job-Sharing" als Lösung zusammen mit der Teilzeitarbeit bei der jetzigen Arbeitslosigkeit an. Vor allem werden Vorteile gesehen bei Arbeitnehmern mit gesundheitlichen Einschränkungen, mit Weiterbildungswünschen, mit Kindern, mit „geringen materiellen Ansprüchen".

In der Papier-, Pappe- und kunststoffverarbeitenden Industrie hat die IG Druck und Papier 7,5% mehr Lohn gefordert für die 113000 Beschäftigten. Die Ausbildungsvergütungen sollen um 80 DM gesteigert werden.



Tarifkommission beschließt 7,5%, 120 DM mindestens

Erste Beschlüsse in der Industriegewerkschaft Metall zu den Tarifverhandlungen 1982

geh. Die ersten Forderungen der verschiedenen Ebenen in der Metallindustrie liegen jetzt auf dem Tisch. Nachfolgend haben wir eine Aufstellung gemacht, die allerdings weder vollständig noch repräsentativ ist.

Nach der scharfen Kritik der Arbeitgeberverbände an der 7,5%-Forderung des IG-Metall-Vorstandes hat der baden-württembergische Metallindustrielle Stihl sie als „vergleichsweise realistisch" bezeichnet. Aber der Steinkühlersche Vorschlag mit 3% und 100 DM bringe große Schwierigkeiten. Ein Ecklöhner bekomme 8,9% und ein Angestellter der Tarifgruppe K 1 sogar 10,3%. „Das sind sicherlich Werte, die man nur als unsozial bezeichnen kann, weil dadurch noch mehr Arbeitsplätze, speziell im ungelernten Bereich verloren werden." Bedenkt man, daß nach der letzten Tarifrunde die Position von Stihl in Gesamtmetall durch die neuen Koordinierungsrichtlinien eher geschwächt worden ist, wird klar, daß auch eine niedrigere mit solchen Festgeldelementen nicht ohne Kampf durchkommen wird.

Tatsächlich ist die besondere Anhebung der unteren Lohngruppen bei engem Spielraum um so notwendiger. Diese Erkenntnis zeigt sich auch im Beschluß der Tarifkommission Rheinland-Pfalz. Die Stärke des Stuttgarter Vorschlags ist der starke Festgeldanteil. Deshalb auch die „Schwierigkeiten" des Kapitalisten Stihl. Ein Problem kann jedoch die Reihenfolge: Prozentforderung, Festgeldforderung sein. Die Erfahrung in den Tarifverhandlungen läßt befürchten, daß zuerst über die Prozente verhandelt wird und dann das Festgeld Manövriermasse oder Ausschmückung ist. Vielleicht wäre 100 DM und 3% darauf besser? In Mark und Pfennig wäre es jedenfalls mehr.

Beschlüsse zum Tarifkampf:

Rheinland-Pfalz: Am 8.12.81 beschloß die Tarifkommission der IG Metall eine Forderung von 7,5%, mindestens aber 120 DM. Von den 56 Mitgliedern der TK stimmten nur 5 gegen diesen Vorschlag. In der Debatte waren mit 8% und 8,5% und mindestens 144 DM höhere Forderungen gewesen. Für die Auszubildenden im 1. und 2. Jahr wurden 60 DM und für die im 3. und 4. Jahr wurden 50 DM gefordert.

Die Tarifkommissionen von Baden-Württemberg beschlossen folgende Forderung: „Um die zu erwartende Preissteigerungsrate auch bei den unteren Lohngruppen ausgleichen zu können, beschloß die Tarifkommission mit 246 bei 7 Gegenstimmen 3% plus 100 DM, 60 DM für Auszubildende.

Die NRW-Tarifkommission beschloß eine Forderung von 7,5%, mindestens 120 DM, 55 DM für Auszubildende. In der Debatte gab es Unmut darüber, daß es in dieser Tarifrunde nicht auch um die Tarifrente gehe.

Die Tarifkommission Saarland beschloß die gleiche Forderung wie NRW.

Eisen- und Stahlindustrie. Die Tarifkommission beschloß die Kündigung der Lohn- und Gehaltstarife, stellte aber keine Forderung auf.

Opel-Vertrauensleute, Rüsselsheim: Eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8,5%, jedoch so, daß es in der Struktur auf einen einheitlichen Geldbetrag von 170 DM für alle hinauslaufen soll. Für die Auszubildenden wurde die gleiche Forderung wie in Rheinland-Pfalz aufgestellt. Wenn der einheitliche Festbetrag nicht durchzusetzen ist, sollen die Vertreter in der Tarifkommission die Forderung unterstützen, die dem am nächsten kommt.

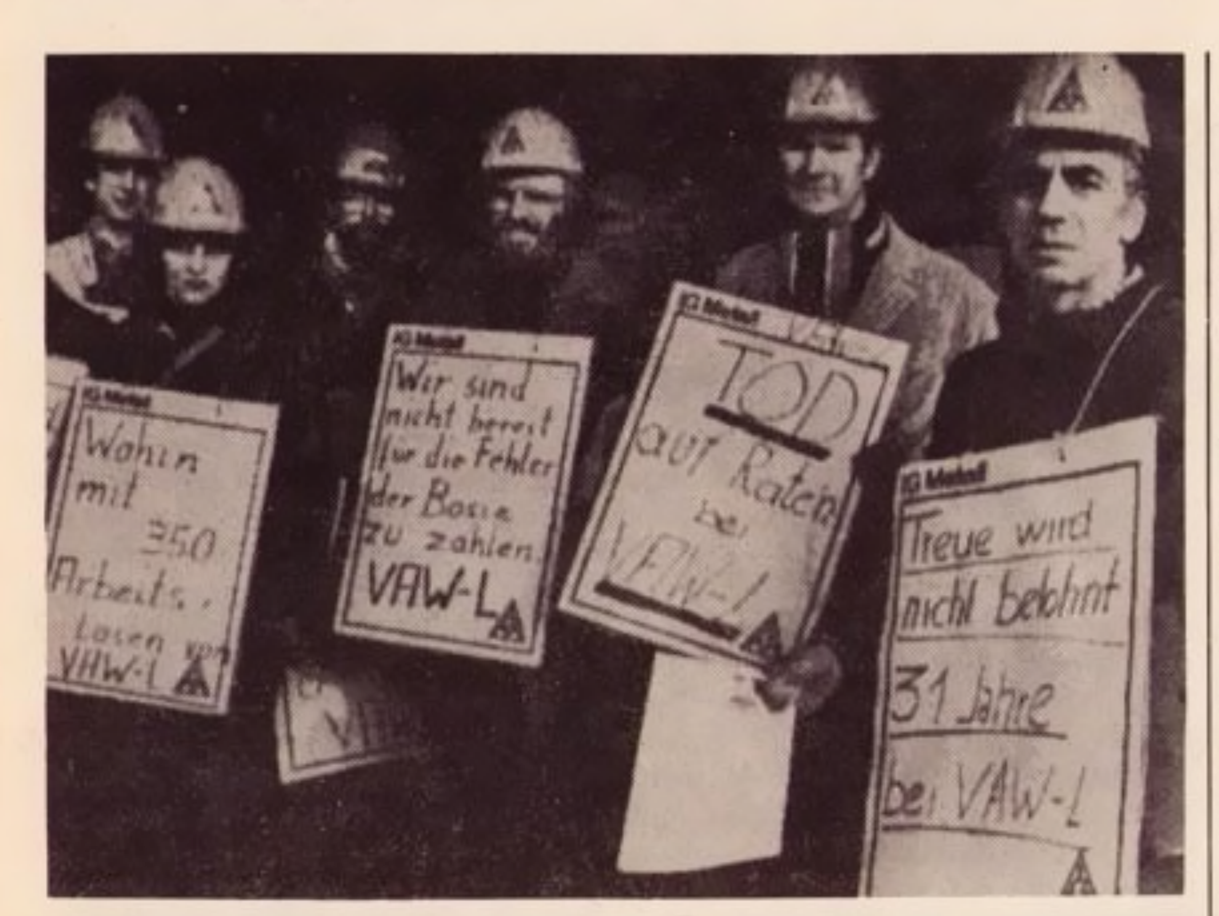
Vertreterversammlung Köln: „Die Vertreter der Verwaltungsstelle Köln in der Tarifkommission werden aufgefordert, einer Forderungshöhe unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen in der Größenordnung von 7,5% ihre Zustimmung zu geben. Um die auseinanderstrebenden Lohn- und Gehaltsstrukturen anzunähern, erwartet die Vertreterversammlung eine zügige Fortsetzung der Entgeltrahmentarifverträge."

MAN, Hamburg: 150 DM

Still, Hamburg: 200 DM

Blohm und Voss, Hamburg: 180 DM Sockel und 2%

Krupp-Atlas, Bremen: 150 DM



Was tun gegen die Massenentlassungen bei VAW-Leichtmetall?

wif.Bonn. Drei Wochen, nachdem Geschäftsführer Dr. Bilo erklärt hatte: „Wir machen weiter mit Kurzarbeit bis weit ins nächste Jahr", kündigte er auf einer erneuten Betriebsversammlung 271 Entlassungen an, ein Drittel der Bonner Belegschaft. Zwei von sechs Strangpressen sollen bis Februar 1982 demontiert werden, andernfalls drohe die Schließung des ganzen Werkes wegen Unrentabilität. Auf dieser Versammlung meldete sich kaum einer zu Wort. So schnell und so viele – damit hatte niemand gerechnet. Aber Werksschließung?

Arbeiter, die vor 12 Jahren bei der VAW-Leichtmetall angefangen hatten, bekamen schon erzählt, daß das Werk bald geschlossen wird. Sie hatten sogar Bebauungspläne gesehen, auf denen Wohnblocks statt Werkshallen auf dem Betriebsgelände im Bonner Norden eingezeichnet waren. Sicher, die Marktlage für Aluminiumhalbzeuge ist schon über ein Jahr schlecht. Vor allem die Krise auf dem Bausektor macht sich im Preßwerk bemerkbar, denn fast 50 Prozent der Alu-Profile gehen in den Wohnungsbau und -ausbau. Ein Teil der Arbeiter meinte: „Nach der Krise geht es wieder aufwärts." Ein anderer Teil sagte: „Die Leichtmetall muß ihre Produktpalette erweitern. Wir müssen in Bonn mehr Fertigprodukte herstellen, weil die mehr Gewinn bringen als Halbzeuge."

Werksschließung oder Entlassung für jeden dritten Beschäftigten – eine beschissene Alternative. Die Vertrauensleute und Betriebsräte gingen auf die Straße, verteilten Flugblätter und sammelten Unterschriften. Sie rückten dem Stadtrat auf den Pelz und holten eine Solidaritätserklärung von allen drei Ratsparteien. Was wird das nützen? Die Beschäftigten sind skeptisch. Der Vertrauenskörper der IG Metall rief im Betrieb zum Streik auf. Um 8.00 Uhr gingen die Vertrauensleute durch die Werkshallen: Nach der Frühstückspause sollen sich die Kollegen in der Werkskantine versammeln. Eine halbe Stunde später machten die Meister denselben Rundgang: „Wer um 20 nach 9 Uhr nicht an seinem Arbeitsplatz ist, wird aufgeschrieben!" Den Angestellten wurde mit Verwarnung gedroht. Der Streik ist illegal. Wieder die Frage: Was nützt es?

Knapp 500 Beschäftigte sammelten sich viertel nach neun vor der Kantine: fast alle Handwerker, die ausländischen Arbeiter, einige Angestellte, rund 85 Prozent der Frühschicht. Der Betriebsratsvorsitzende spricht: Mindestens müsse man die Demontage der beiden Pressen verhindern. Er zieht Vergleiche zu 1945. Der Werksleiter Dr. Heimbach kommt. Er ist doch nervös geworden. Nicht einmal mit dem Megafon kommt er zurecht. Er schickt uns nicht sofort wieder an die Arbeit, er macht das Angebot, daß erst eine neue, moderne Strangpresse angeschafft werden soll, bevor insgesamt drei Pressen demontiert werden. Können wir doch etwas erreichen?

Wieder Betriebsversammlung. Die Geschäftsleitung erläutert ihr Rationalisierungskonzept: Umstellung der gesamten Verwaltung und Arbeitsvorbereitung auf EDV, Zusammenlegung mehrerer Abteilungen, Abbau der Handwerker um 50 Prozent, Reduzierung der Arbeiter im Preßwerk um 30 Prozent, Kahlschlag unter den Pförtnern, Magazinverwaltern und Kehrmännchen, den Alten und Invaliden. Statt 21000 Jahrestonnen sollen dann 17000 Jahrestonnen produziert werden mit vier statt sechs Pressen.

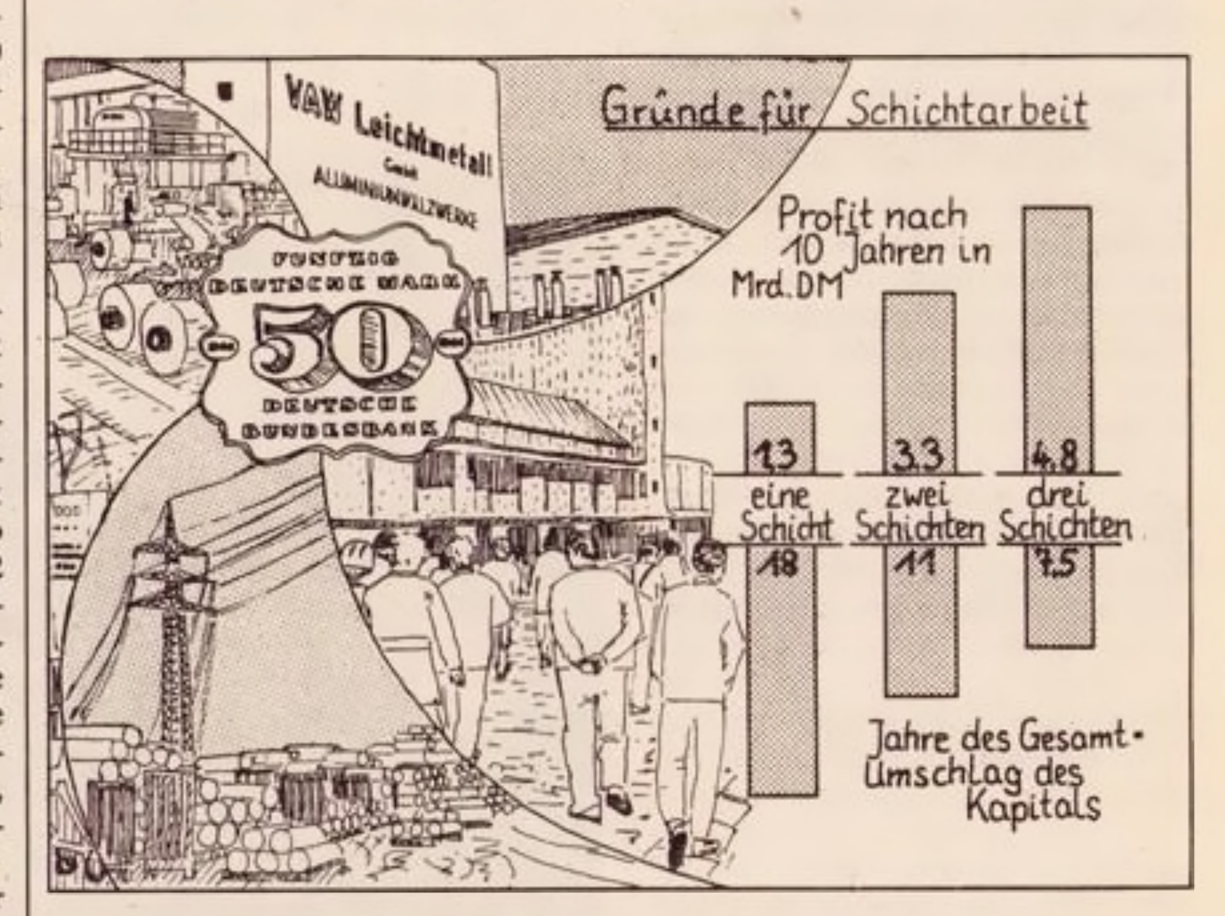
Jetzt ist nicht mehr von „Marktlage" wie vom Herrgott die Rede, jetzt wird klar, Reduzierung der Tonnenzahl um 20 Prozent und Abbau der Belegschaft um 30 Prozent, das ergibt eine Steigerung der Arbeitsproduktivität von 18 auf 21,25 Jahrestonnen pro Mann (plus 8,5 Prozent). Insgesamt 12 Millionen DM will die Geschäftsleitung in den nächsten drei Jahren investieren: 5 Millionen kostet die neue 2200-Tonnen-Presse, dazu kommt die Modernisierung der 7200-Tonnen-Presse und der 4300-Tonnen-Presse, eine neue Isolieranlage, neue Verwaltungsgebäude, neue Werkstätten. – Tod auf Raten? Es ist ein Tod vieler Arbeiter und Angestellten. Die Maschinerie und der Reichtum des Unternehmens wächst und gedeiht auf diesem Arbeiterfriedhof. Und doch sind die 12 Millionen DM nur ein Klacks: Schon nach einem Jahr macht die Lohn- und Gehaltssumme der 350 Entlassenen über 15 Millionen DM aus.

Auf dieser Betriebsversammlung rührt sich der Widerspruch: Wieso hat die Geschäftsleitung erst vor zwei Jahren über zwei Millionen DM in die Renovierung der beiden 1250- und 2000-Tonnen-Pressen investiert, wenn sie jetzt abgerissen werden? Wieso haben sie vor einem Jahr für 1,5 Millionen eine unerprobte Krätze-Verwertungsanlage in der Gießerei angeschafft? Die Anlage funktioniert heute noch nicht. Die zu enge Produktpalette wird wieder kritisiert. Warum wurde die Konstruktion des Alu-Schwimmwagens fallengelassen? Die vorsintflutlichen Arbeitsmethoden im Leichtbau wurden zum wiederholten Male angegriffen: Von einem Alu-Paddelboot waren 200 bestellt, 1000 geplant, nach 10 Stück wurde die Produktion vorläufig eingestellt. Werksleiter Heimbach muß zugeben, man habe den „falschen Kleber verwendet". Das mit Pattex verpappte Ding war schon nach wenigen Stunden mit Wasser vollgesoffen.

Der Betriebsrat fordert nun, daß erst in den höheren Etagen Köpfe rollen müssen, bevor über die Entlassungen derjenigen verhandelt wird, die die Misere nicht verschuldet haben. Schon mehrmals hatten Betriebsräte erklärt, wenn der Betrieb von der Belegschaft selber geführt würde, dann würde man nicht mehr Fehler machen als unser jetziges Management. Aber auf jeden Fall würde der Betrieb jedes Jahr 1,1 Millionen DM an Vorstandsgehältern sparen. Als ein Arbeiter auf der Versammlung den Sermon des Arbeitsdirektors und Geschäftsleitungsmitglieds Scharlipp mit dem Ruf unterbricht: „Wozu brauchen wir denn dich? Dich brauchen wir doch überhaupt nicht!" kriegt der einen roten Kopf und stottert etwas von gesetzlicher Grundlage daher.

Schließlich wird noch der Beherrschungsvertrag zwischen der VAW AG und der Leichtmetall angesprochen: Angeblich macht die Leichtmetall jedes Jahr nur Verluste, die von der Muttergesellschaft, dem Rohstoffproduzenten, ausgeglichen werden müssen – im letzten Jahr 10,5 Millionen. Aber über 60 Prozent des Umsatzerlöses von 1,2 Milliarden (1980) der VAW-Leichtmetall gehen als Kosten für Aluminiumbarren an die VAW AG. Die Leichtmetall muß für das Kilo 3,25 DM blechen, auf dem freien Markt kostet das Kilo nur 2,75 DM. Nach diesem versteckten Gewinnübertrag gefragt, antwortete Dr. Bilo nur ausweichend. Nach wie vor beharrte die Geschäftsleitung auf der Gesamtzahl der Kündigungen.

In der ersten Dezemberwoche wurde dann ein Sozialplan unterschrieben mit Abfindungssummen zwischen 3 und 18 Brutto-Monatsgehältern, Gesamtvolumen etwa eine Million DM. Am 7. Dezember wurde die Kündigungsliste vorgelegt: eine Handvoll Namen weniger als von der Geschäftsleitung geplant. Der Personalchef und einige andere hohe Tiere werden geschaßt, allein im Preßwerk werden von zehn Meisterstellen fünf gestrichen. Die Handwerkerzahl wird halbiert. In der Produktion werden vor allem die ausländischen Arbeiter gefeuert. – Unter den Beschäftigten werden Zweifel geäußert, wen das schlimmere Los getroffen hat: die, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, oder die, die deren Arbeit dann noch mitmachen müssen.



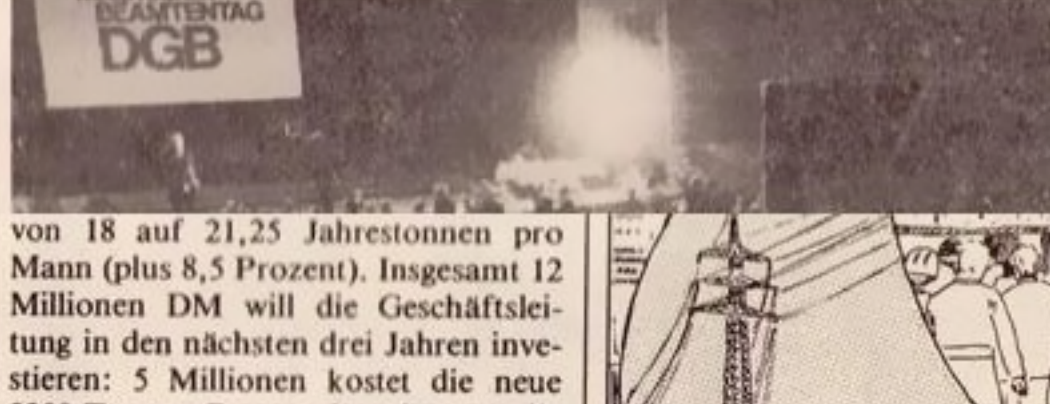
Beamtentag tritt für Kampfmaßnahmen ein

weit ins nächste Jahr", kündigte er auf einer erneuten Betriebsversammlung 271 Entlassungen an, ein Drittel der Bonner Belegschaft. Zwei von sechs Strangpressen sollen bis Februar 1982 demontiert werden, andernfalls drohe die Schließung des ganzen Werkes wegen Unrentabilität. Auf dieser Versammlung meldete sich kaum einer zu Wort. So schnell und so viele – damit hatte niemand gerechnet. Aber Werksschließung?

Arbeiter, die vor 12 Jahren bei der VAW-Leichtmetall angefangen hatten, bekamen schon erzählt, daß das Werk bald geschlossen wird. Sie hatten sogar Bebauungspläne gesehen, auf denen Wohnblocks statt Werkshallen auf dem Betriebsgelände im Bonner Norden eingezeichnet waren. Sicher, die Marktlage für Aluminiumhalbzeuge ist schon über ein Jahr schlecht. Vor allem die Krise auf dem Bausektor macht sich im Preßwerk bemerkbar, denn fast 50 Prozent der Alu-Profile gehen in den Wohnungsbau und -ausbau. Ein

muß ihre Produktpalette erweitern. Wir müssen in Bonn mehr Fertigprodukte herstellen, weil die mehr Gewinn bringen als Halbzeuge."

Werksschließung oder Entlassung für jeden dritten Beschäftigten – eine beschissene Alternative. Die Vertrauensleute und Betriebsräte gingen auf die Straße, verteilten Flugblätter und sammelten Unterschriften. Sie rückten dem Stadtrat auf den Pelz und holten eine Solidaritätserklärung von allen drei Ratsparteien. Was wird das nützen? Die Beschäftigten sind skeptisch. Der Vertrauenskörper der IG Metall rief im Betrieb zum Streik auf. Um 8.00 Uhr gingen die Vertrauensleute durch die Werkshallen: Nach der Frühstückspause sollen sich die Kollegen in der Werkskantine versammeln. Eine halbe Stunde später machten die Meister denselben Rundgang: „Wer um 20 nach 9 Uhr nicht an seinem Arbeitsplatz ist, wird aufgeschrieben!" Den Angestellten wurde mit Verwarnung gedroht. Der Streik ist illegal. Wieder die Frage: Was nützt es?



von 18 auf 21,25 Jahrestonnen pro Mann (plus 8,5 Prozent). Insgesamt 12 Millionen DM will die Geschäftsleitung in den nächsten drei Jahren investieren: 5 Millionen kostet die neue 2200-Tonnen-Presse, dazu kommt die Modernisierung der 7200-Tonnen-Presse und der 4300-Tonnen-Presse, eine neue Isolieranlage, neue Verwaltungsgebäude, neue Werkstätten. – Tod auf Raten? Es ist ein Tod vieler Arbeiter und Angestellten. Die Maschinerie und der Reichtum des Unternehmens wächst und gedeiht auf diesem Arbeiterfriedhof. Und doch sind die 12 Millionen DM nur ein Klacks: Schon nach einem Jahr macht die Lohn- und Gehaltssumme der 350 Entlassenen über 15 Millionen DM aus.

Auf dieser Betriebsversammlung rührt sich der Widerspruch: Wieso hat die Geschäftsleitung erst vor zwei Jahren über zwei Millionen DM in die Renovierung der beiden 1250- und 2000-Tonnen-Pressen investiert, wenn sie jetzt abgerissen werden? Wieso haben sie vor einem Jahr für 1,5 Millionen ei-

laub mindestens 30 Tage; Bildungsurlaub und Sonderurlaub für gewerkschaftliche Bildungsveranstaltungen und Fortbildung; freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung; Arbeitssicherheitsgesetz

Schicht Schichten Schichten 18 11 7,5 Jahre des Gesamt-Umschlag des Kapitals

selber geführt würde, dann würde man nicht mehr Fehler machen als unser jetziges Management. Aber auf jeden Fall würde der Betrieb jedes Jahr 1,1 Millionen DM an Vorstandsgehältern sparen. Als ein Arbeiter auf der Versammlung den Sermon des Arbeitsdirektors und Geschäftsleitungsmitglieds Scharlipp mit dem Ruf unterbricht: „Wozu brauchen wir denn dich? Dich brauchen wir doch überhaupt nicht!" kriegt der einen roten Kopf und stottert etwas von gesetzlicher Grundlage daher.

Schließlich wird noch der Beherr-

zember wurde die Kündigungsliste vorgelegt: eine Handvoll Namen weniger als von der Geschäftsleitung geplant. Der Personalchef und einige andere hohe Tiere werden geschaßt, allein im Preßwerk werden von zehn Meisterstellen fünf gestrichen. Die Handwerkerzahl wird halbiert. In der Produktion werden vor allem die ausländischen Arbeiter gefeuert. – Unter den Beschäftigten werden Zweifel geäußert, wen das schlimmere Los getroffen hat: die, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, oder die, die deren Arbeit dann noch mitmachen müssen.

den eingezeichnet waren. Sicher, die Marktlage für Aluminiumhalbzeuge ist schon über ein Jahr schlecht. Vor allem die Krise auf dem Bausektor macht sich im Preßwerk bemerkbar, denn fast 50 Prozent der Alu-Profile gehen in den Wohnungsbau und -ausbau. Ein

Eine halbe Stunde später machten die Meister denselben Rundgang: „Wer um 20 nach 9 Uhr nicht an seinem Arbeitsplatz ist, wird aufgeschrieben!" Den Angestellten wurde mit Verwarnung gedroht. Der Streik ist illegal. Wieder die Frage: Was nützt es?

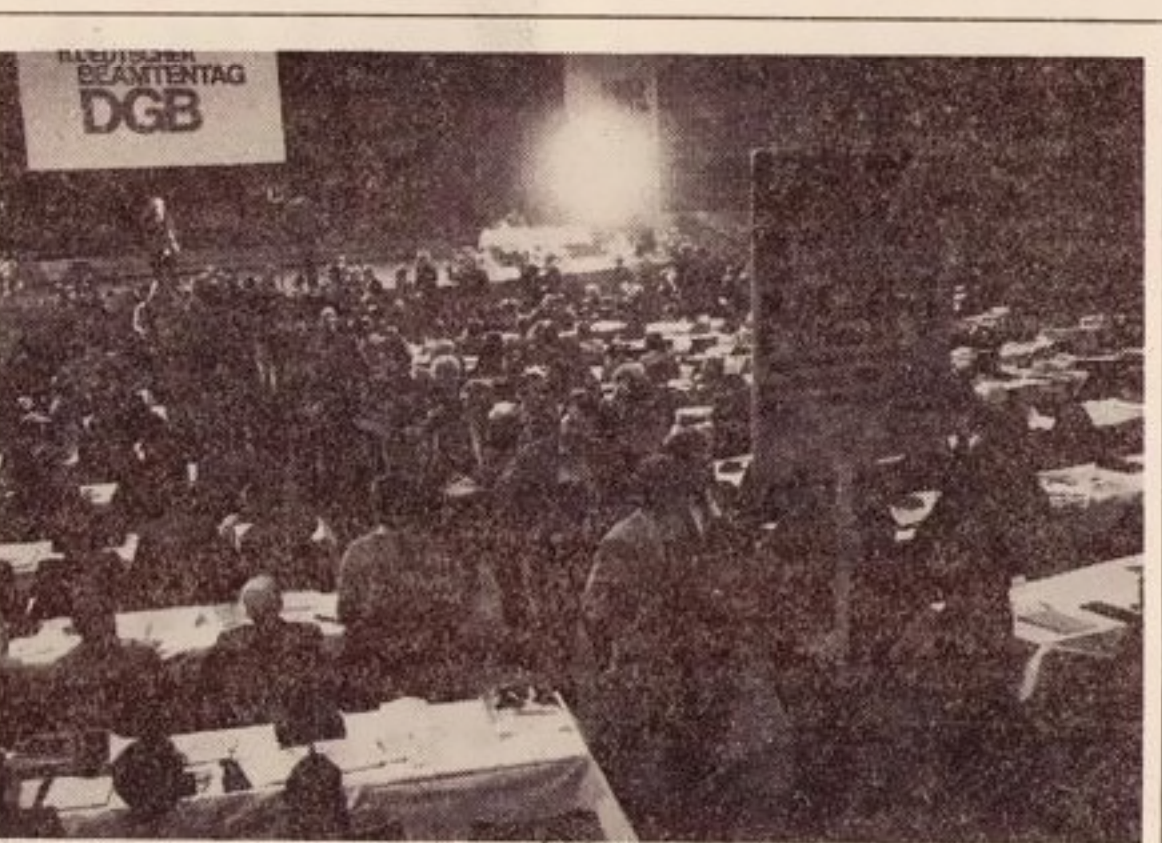
Beamtentag tritt für Kampfmaßnahmen ein

Gewerkschaftliche Aktionen gegen Kürzungen und gegen Streikbrecherarbeiten

geh. 847952 Beamte waren am 31. 12.1981 in den DGB-Einzelgewerkschaften organisiert. Mitgliederstärker als der Deutsche Beamtenbund (DBB) ist der DGB damit die größte Organisation der Beamten überhaupt. 357 Delegierte berieten und beschlossen über 120 Anträge auf dem 11. Beamtentag in der letzten Woche in Bonn.

Da ging es in der Debatte lebhaft zu. Der Krach war schon programmiert, als der Bundesinnenminister die Einladung zu einer Rede annahm. Der mußte es sich gefallen lassen, daß Sätze seiner Rede in Buhen, Pfui-Rufen und Pfiffen untergingen, nachdem bereits ein Teil der Delegierten vorher den Saal verlassen hatte. Dies war insbesondere da, wo er die 1%-Kürzung der Bezüge für vertretbar hielt, ebenso als er die Beihilfefähigkeit des Arzthonorars auf das 4fache des Einfachsatzes verteidigte und vor allem da, als er die Verpflichtung der Beamten zu Streikbrecherarbeiten rechtfertigte und mit dem Hinweis versah, „daß die Dienstvorgesetzten von der Möglichkeit solcher Einsätze ... mit Augenmaß Gebrauch machen sollten". Diese Angriffe suchte Baum mit parallelen Hinweisen auf noch weiterreichende Pläne der CDU oder des Bundesrates als gerade noch tragbar zu verkaufen; dies hatte zwar eine Wirkung, dennoch war die Frontstellung gegen Baum als dem Vertreter des entscheidenden Dienstherrn schroff. So unter Druck verzichtete Baum dann auf den Teil seines Vortrags, in dem er die Notwendigkeit einer Leistungsbeurteilung mit Folgen für Auf- und Abstieg von Beamteneinstufungen als einen Kernpunkt der geplanten Dienstrechtsreform begründen wollte. Noch ein weiteres Schlaglicht für die politische Stimmung auf der Konferenz: Auf welcher Konferenz wäre schon einmal ein Grußtelegramm des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Schmidt ohne einen einzige Beifallsklatscher während und nach dem Verlesen quittiert worden?

Seit dem letzten Beamtentag 1978 hat sich die Lage der Beamten spürbar verschlechtert. Noch immer wird von der Bundesregierung eine Strukturreform, die sich in einer verbesserten Besoldungsstruktur niederschlagen würde, geblockt. Nach dem schon um 1% unter dem Niveau der Industrieabschlüsse liegenden Abschluß 1980 des Öffentlichen Dienstes soll nun zwischenzeitlich nochmal das Beamteneinkommen gekürzt werden. Erst werden Beamte im Poststreik gegen die Schichtarbeit zu Streikbrecherarbeiten gezwungen, jetzt soll nach dem Beschluß der Bundesregierung vom 17. November die Zusatzfreizeit für Beamte im Schichtdienst nicht gewährt werden. G. Schmidt, für die Beamtenarbeit verantwortliches DGB-Bundesvorstandsmitglied, sprach in seinem Einleitungsreferat von Bitternis darüber, „daß in den letzten Monaten die Menschen in der Diskussion des großen Sparens zur finanziellen Sparmasse degradiert wurden, über die öffentlich nur als eingesparte Milliarden, aber nicht als Arbeitnehmer gesprochen wurde". Vor allem hat sich die Erkenntnis über die Verschlechterung der Lage in verstärkter Organisierung in Gewerkschaften geäußert. 149638 Beamte sind im DGB am 31.12.80 mehr als vor 3 Jahren organisiert gewesen. Sicher, der größte Teil ist auf den Eintritt der damals 141382 Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zurückzuführen. Die Zunahme ist allerdings auch größer als die Differenz dazwischen, da es auch Doppelmitgliedschaften von GdP und ÖTV z.B. gegeben hat. Vor allem ist die Bereitschaft, die Gewerkschaften auch zu nutzen, um Druck auf die staatlichen Arbeitgeber auszuüben und Kämpfe gegen die Angriffe zu führen, gewachsen.



Zu Beginn der Baum-Rede zogen die Delegierten der ÖTV und eine weitere etwa gleichstarke Gruppe von Delegierten anderer Einzelgewerkschaften unter Protest gegen die Kürzungspläne aus dem Raum. In einer Erklärung stellten sie fest: „Die Form des Protestes gegen das Vorgehen der Arbeitgeber soll auch signalisieren, daß sich die Beamten in der kommenden Tarif- und Besoldungsrunde nicht auf verbalen Protest beschränken, sondern mit Aktionen der Beamten zu rechnen ist."

Das zeigte sich in den verabschiedeten Anträgen. In der Entschließung zur Beamtenpolitik, dem Leitantrag, wurden u.a. folgende Punkte festgelegt: Uneingeschränkte Gewährung des Koalitionsrechts für Beamte, d.h. Verhandlungs- und Streikrecht; keine Verpflichtung zu Streikbrecherarbeiten; gleichberechtigte Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen; Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Personalräte in personellen, sozialen, organisatorischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten; Erweiterung des Initiativrechts der Personalvertretung und des Letztentscheidungsrechts der Einigungsstelle; Festlegung der Beamtenpflichten gemäß Art. 1 und 20 des Grundgesetzes auf die freiheitlich demokratische Grundordnung; Abschaffung des Bundesdisziplinaranwalts; Bezahlung nach den Anforderungen der konkreten Funktion; Erholungsurlaub mindestens 30 Tage; Bildungsurlaub und Sonderurlaub für gewerkschaftliche Bildungsveranstaltungen und Fortbildung; freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung; Arbeitssicherheitsgesetz und Arbeitsstättenverordnung sollen im gesamten öffentlichen Dienst angewendet werden; Reduzierung der Schichtarbeit und zu allen vom Normalarbeitstag abweichenden Zeiten auf das unabdingbare Maß. Mit nur einer Gegenstimme wurde ein Antrag verabschiedet, der auffordert, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln, einschließlich von Streikaktionen, gegen die geplanten Kürzungen vorzugehen.

Abweichungen von den meist fast einstimmigen Abstimmungen gab es im Antrag gegen die Versuche, Beamte wegen „ihrer Gesinnung" aus dem Staatsdienst zu entfernen, hier war die GdP für die Beibehaltung der bisherigen Möglichkeiten. Ebenfalls beim Antrag, der den Vorrang der Lebensarbeitszeitverkürzung vor der Verkürzung der täglichen und Wochenarbeitszeit festhält wie auch bei der Forderung nach einer „vernünftigen" analytischen Arbeitsplatzbewertung, die „gerecht und überprüfbar" sei, blieben die Delegierten um die GdP in der Minderheit. (Die wichtigsten Anträge veröffentlichen wir im Heft „Gewerkschaftspolitik" 11-12/81).

Die Delegation der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) war eines der Zentren des Protestes auf dem Kongreß. Ein hoher Organisationsgrad und die Kampferfahrungen im Streik des letzten Jahres waren wohl die entscheidenden Gründe dafür. Sie stellte die meisten Redner in der Debatte. Zweites Zentrum war wohl die Delegation der GdP. Auch hier sind die schlechten Arbeitsbedingungen Ursache für ihre Radikalität. Politisch anders als die DPG setzen diese oft auf den Ausgleich und die partnerschaftliche Regelung mit dem Dienstherrn.

,,11 einfache Wahrheiten" von Christian Götz, HBV

1. Mehr militärische Rüstung schafft nicht mehr Sicherheit. Das genaue Gegenteil ist richtig. Angesichts ungeheuerer Waffenarsenale funktioniert auch die sogenannte ,,Politik der Abschreckung" nicht mehr, sondern stellt zusätzlich und zunehmend eine Gefahr in sich dar. In den letzten Jahren wurden wir bereits mehrfach mit der Schreckensbotschaft konfrontiert, daß durch eine ,,technische Panne" – und damit ,,per Zufall" – fast ein Atomkrieg ausgelöst worden wäre.
2. Die Sowjetunion will keinen Krieg. Die Sowjetunion bedroht zur Zeit weder Europa noch die Bundesrepublik militärisch. (Das bestätigen selbst westliche Geheimdienste.) Es ist deshalb unverantwortlich, aus vordergründigen Motiven Angstpsychosen zu schüren.
3. Auch die amerikanischen Bürger wollen keinen Krieg. Dies hat die machtvolle Demonstration am 19. September 1981 in Washington gezeigt. Zur Kundgebung hatte der amerikanische Gewerkschaftsbund AFL-CIO aufgerufen, und nahezu eine halbe Million Arbeitnehmer demonstrierten gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau. Aber: Die neue amerikanische Regierung setzt nach jeden Tag erneuerten Bekundungen auf mehr Rüstung und die Wiederbelebung der sogenannten ,,Politik der Stärke". Sie hat den mit Abstand größten Militärhaushalt in der amerikanischen Geschichte vorgelegt, lehnt die Ratifizierung von SALT II ab, produziert die Neutronenbombe und plant mit dem ,,MX-System" eine weitere atomare Superrakete.
4. Es könnte sich – wiederum im wahrsten Sinne des Wortes – als ,,tödlicher Leichtsinn" erweisen, Politikern, die wie US-Außenminister Alexander Haig bekennen, es gebe wichtigeres als den Frieden, nicht zu mißtrauen.
5. Reagan und Haig sind – Gott sei Dank – nicht das ,,ganze Amerika". Wer diese beiden ,,kalten Krieger" ablehnt und kritisiert, betreibt deshalb auch noch lange keinen Anti-Amerikanismus. Im Gegenteil! Wir solidarisieren uns mit jenen US-Bürgern, die Opfer der verschärften amerikanischen Hochrüstungspolitik sind und fühlen uns der sich jetzt deutlicher auch in den Vereinigten Staaten entwickelnden Friedensbewegung verbunden. In diesem Sinne sind wir zwar Reagan-feindlich, aber durchaus Amerika-freundlich.
6. ,,Nachrüstung" ist eine Worthülse, die die tatsächliche Entwicklung verschleiert und zugleich die Funktion hat, Ängste und Sorgen der Bevölke-

Kriegsgefahr und Friedensbewegung

Dokumente gewerkschaftlicher Diskussion

Die Unterschriftensammlung unter den DGB-Aufruf kommt nicht recht voran. Bis jetzt sind ca. 500000 Unterschriften gesammelt. Der DGB hat die Frist für die Sammlung bis zum 31.12. verlängert. Innerhalb der DGB-Gewerkschaften gibt es eine Diskussion über die Aufgabe der Gewerkschaften im Hinblick auf die Kriegsgefahr, die auch öffentlich in der Gewerkschaftspresse geführt wird. Christian Götz, Mitglied des HBV-Vorstands, veröffentlichte ,,11 einfache Wahrheiten", in denen er neben der US-Regierung vor allem eine faktische Allparteien-Koalition im Bundestag in bezug auf Rüstungs- und Militärpolitik angreift. Götz war im Oktober in der Zeitschrift seiner Organisation mit einer Kritik am Beschluß des DGB-Bundesvorstandes hervorgetreten, der DGB-Jugend eine offizielle Teilnahme an der Bonner Demonstration vom 10. Oktober zu untersagen. Ihm antwortete Hermann Rappe, stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie und SPD-Bundestagsabgeordneter (in der letzten Woche als einer der Unterzeichner des Löwenthal-Thesen hervorgetreten). Eugen Loderer publizierte in der ,,Metall" Auszüge aus seiner Rede auf einer Sitzung des Exekutivausschusses des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) Ende November, in der er auch noch einmal zur Haltung des DGB gegenüber der Bonner Demonstration Stellung nimmt.



schneiderte Waffe. Ihr Erfinder, der amerikanische Wissenschaftler Cohen, stellt unverschnörkelt fest, die Waffe lasse sich ,,am besten" an der ,,innerdeutschen Grenze" einsetzen. Auf diese kriminelle Zumutung kann ich mit Julius Lehlbach, DGB-Landesbezirksvorsitzender in Rheinland-Pfalz, nur antworten: ,,Wir sind keine Gladiatorentruppe unserer amerikanischen Verbündeten, die bereit ist, auf dem europäischen Schlachtfeld zu sterben, damit Amerika überleben kann."
9. Regierungsfähigkeit – auf die Notwendigkeit ihrer Bewährung werden

Hermann Rappe, IG Chemie-Papier-Keramik, zu den ,,11 einfachen Wahrheiten" von Ch. Götz

Der Anspruch, 11 ,,einfache Wahrheiten" zu verkünden, ist sicherlich gut und richtig, denn wer sagt nicht gerne die Wahrheit: dazu noch eine, die ein-

wjetunion nicht benannt wurde, wird nun ab der dritten These ausgiebig bei den Amerikanern nachgeholt. Im übrigen: Wie steht es eigentlich mit der Höhe des sowjetischen Militärhaushaltes?

Als vierte Wahrheit bezeichnet es Götz als tödlichen Leichtsinn, Politikern nicht zu mißtrauen. Gemeint sind aber wiederum nicht Politiker generell oder solche, die mit Rüstung in West und Ost zu tun haben, sondern ausschließlich Politiker, ,,die wie US-Außenminister Haig bekennen, es gäbe wichtigeres als den Frieden". Hätte Haig das gesagt, wäre es schlimm. Aber er hat nicht. Götz zitiert einen verfälschten Ausspruch des US-Außenministers, der längst durch die genaue und vollständige Wiedergabe des Textes klargestellt worden ist. Ich habe die amerikanische Regierung nicht zu verteidigen. Ich will es auch nicht. Viele ihrer Äußerungen und Entscheidungen sind töricht oder erschreckend. Aber die Mixtur des Kollegen Götz ist es für mich auch.
(...)

Die letzten drei Thesen gehen nach innen. Sie benennen innere Strukturen der Bundesrepublik, aber auch die des Kollegen Götz. Da wird über Sinn und Unsinn von Regierungsfähigkeit, von Kriegstoten und Pazifismus bis hin zum Sozialabbau ein toller Zündsatz gebastelt.

Zu fragen wäre, wo die Absicht des Kollegen Götz liegt? Welche Regierung will er anbieten? Wieweit reicht seine Vorstellungskraft? Wie wäre die internationale Lage, wenn neben Reagan, Haig und Weinberger noch ein Kanzler oder Verteidigungsminister Strauß das Sagen hätte? Wie würde möglicherweise eine solche Regierung, gestützt von einer Mehrheit der Bevölkerung, mit Pazifismus umgehen?

Noch viel weitergehender: wie sähe der Zug aus und was würde er in welche Richtung abtransportieren, wenn der Lokführer vom konservativ bürgerlichen Lager bestellt würde? Dies ist unter den gegebenen gesellschaftlichen Konstellationen die einzige denkbare Alternative. Beispiele der politischen Entwicklung in einer Reihe von Bundesländern und nicht zuletzt in Berlin machen deutlich, wo dann die Reise hingeht.

Christian Götz erhebt für seine Aussage per Titel den Anspruch auf ,,Wahrheit". Über Wahrheit läßt sich bekanntlich nicht diskutieren; dies gilt erst recht, wenn sie ,,einfach" ist. Allerdings weiß schon der Volksmund, daß die ,,halbe" Wahrheit häufig eine halbe Lüge sein kann. Wer nicht alle Tatsachen nennt und Unbequemes unterschlägt, sagt nicht die Wahrheit, wenn auch auf komplizierte Weise.
(...)

Quelle: ,,Gewerkschaftliche Umschau", Nr. 5/6 1981

scheidung der US-Regierung zugunsten der Neutronenbombe das Vertrauen auf wirksame Abrüstungsverhandlungen herabgesetzt hat.

Die IG Metall hat sich als Organisation nicht an dieser Friedensdemonstration beteiligt. Nicht etwa, weil wir glaubten, jede Kritik, jede Demonstration dieser Art müsse die Verteidigungsbereitschaft des Westens schwächen. Man verteidigt die Demokratie nicht, indem man sie lahmlegt. Wir haben auch nicht etwa Abstinenz geübt, weil wir meinen, die Länder Westeuropas müßten sich widerspruchslos jeder verteidigungs- und rüstungspolitischen Entscheidung von Präsident Reagan fügen.

Gefährliches Spiel

Bei allem Wissen um die macht- und militärpolitischen Realitäten im westlichen Bündnis sind wir selbstbewußt genug, als Gewerkschafter eine eigene Position auszufüllen. Wir verfügen durchaus über die notwendige Phantasie, um uns ein Europa vorzustellen, das nicht mehr vom Ost-West-Konflikt geprägt ist.
(...)

Aber für die überschaubare Zukunft verfügt wohl niemand über eine konkrete Vision oder gar ein politisches Konzept, wie dergleichen erreicht werden könnte. Ich spreche damit nicht für einen geistigen und politischen Stillstand, für ein unkritisches Status-quo-Denken. Ich wehre mich aber gegen ein labiles Europa mit unkalkulierbaren Risiken.

Anzeichen von Bankrott

Die Ost-West-Konstellation hat uns über Jahrzehnte den Frieden gesichert und die westlichen Demokratien von äußerer Bedrohung geschützt. Ob dies auch anderweitig zu gewährleisten gewesen wäre, muß zum gegenwärtigen Zeitpunkt als völlig ungeklärt bezeichnet werden. Es wäre daher ein gefährliches Spiel, sich nebulösen Neutralitätsideen anzuhängen, ohne deren vielschichtige und unüberschaubare Risiken abzuklären. Ein Europa des Vakuums wäre keine Garantie für den Weltfrieden und eine einseitige Abrüstung erst recht nicht!
(...)

Politik des Dialogs

Diese Fakten haben wir alle durchaus im Auge, wenn wir dennoch und mit allem Nachdruck für eine Politik des Dialogs, der Abrüstungsgespräche, der Entspannung votieren. Solche Gespräche haben nur Erfolg, wenn sie zwischen gleichwertigen Seiten geführt werden. Gleichwertig sind beide nur, wenn auch kein psychologisches Ungleichgewicht zugunsten einer Seite entsteht.

Hier ist so manches bereits geschehen. Im vermeintlichen Interesse der Entspannungspolitik erfahren sowjetische Rüstungsaktivitäten und Einmischungsversuche eine mildere Kritik als

und die Wiederbelebung der sogenannten ,,Politik der Stärke". Sie hat den mit Abstand größten Militärhaushalt in der amerikanischen Geschichte vorgelegt, lehnt die Ratifizierung von SALT II ab, produziert die Neutronenbombe und plant mit dem ,,MX-System" eine weitere atomare Superrakete.
4. Es könnte sich – wiederum im wahrsten Sinne des Wortes – als ,,tödlicher Leichtsinn" erweisen, Politikern, die wie US-Außenminister Alexander Haig bekennen, es gebe wichtigeres als den Frieden, nicht zu mißtrauen.
5. Reagan und Haig sind – Gott sei Dank – nicht das ,,ganze Amerika". Wer diese beiden ,,kalten Krieger" ablehnt und kritisiert, betreibt deshalb auch noch lange keinen Anti-Amerikanismus. Im Gegenteil! Wir solidarisieren uns mit jenen US-Bürgern, die Opfer der verschärften amerikanischen Hochrüstungspolitik sind und fühlen uns der sich jetzt deutlicher auch in den Vereinigten Staaten entwickelnden Friedensbewegung verbunden. In diesem Sinne sind wir zwar Reagan-feindlich, aber durchaus Amerika-freundlich.
6. ,,Nachrüstung" ist eine Worthülse, die die tatsächliche Entwicklung verschleiert und zugleich die Funktion hat, Ängste und Sorgen der Bevölke-
rung von einem weiteren Drehen an der Rüstungsschraube psychologisch zu konterkarieren. Oder, um es mit dem Schriftsteller und früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Dieter Lattmann auszudrücken: ,,Das Wort ,Nachrüstung' verharmlost, was tatsächlich geschieht: Das Wettrüsten in West und Ost steigert die Kriegsgefahr. – Wenn die vorhandenen Atomwaffen ausreichen, um die Menschheit fünfzehnmal zu vernichten, geht es bei der Diskussion über die ,Nachrüstung' um das sechzehnte Mal."
7. Der sogenannte ,,NATO-Doppelbeschluß" – und darauf weisen gerade seine Anhänger immer wieder hin – stellt einen ,,Aufguß" der alten Theorien dar, nur über mehr Rüstung lasse sich letztlich Abrüstung realisieren. Man kann aber nicht ,,Feuer" und ,,Wasser" in ein Konzept packen. Den Anhängern dieser unsinnigen und gefährlichen Theorie schrieb Otto Brenner bereits auf einer DGB-Antikriegskundgebung am 30.8.1964 (!) ins Stammbuch: ,,Nichts ist törichter und falscher als das alte Sprichwort ,Wenn Du den Frieden willst, so rüste zum Krieg'. Wer im Atomzeitalter den Frieden will, der muß den Frieden vorbereiten, nicht den Krieg. Der muß abrüsten und verhandeln, verhandeln und abrüsten. Jedes begrenzte Abkommen und die schwierigsten, längsten Verhandlungen sind besser als eine einzige explodierende Atombombe."
8. Die Neutronenbombe – in der Tat eine ,,Perversion menschlichen Denkens" – ist eine von den Amerikanern für den Krieg in Deutschland maßge-



schneiderte Waffe. Ihr Erfinder, der amerikanische Wissenschaftler Cohen, stellt unverschnörkelt fest, die Waffe lasse sich ,,am besten" an der ,,innerdeutschen Grenze" einsetzen. Auf diese kriminelle Zumutung kann ich mit Julius Lehlbach, DGB-Landesbezirksvorsitzender in Rheinland-Pfalz, nur antworten: ,,Wir sind keine Gladiatorentruppe unserer amerikanischen Verbündeten, die bereit ist, auf dem europäischen Schlachtfeld zu sterben, damit Amerika überleben kann."
9. Regierungsfähigkeit – auf die Notwendigkeit ihrer Bewährung werden
wir zur Zeit jeden Tag durch die SPD/FDP-Koalition hingewiesen – ist kein Wert an sich. Wertvoll und verteidigungswert ist diese Qualifikation nur dann, wenn sie als Instrument zur Durchsetzung vernünftiger und alternativer Politik genutzt wird. Im Rüstungs- und Verteidigungssektor kann heute von tatsächlichen und erkennbaren Unterschieden zwischen Regierung und Opposition nicht die Rede sein; es sei denn, man versteht unter ,,Alternative", daß die CDU/CSU noch ein Stück mehr in die falsche Richtung will.
10. Wer vor dem Hintergrund von zwei Weltkriegen mit Millionen Toten und Verkrüppelten sowie ungeheueren materiellen Opfern die heute in unserem Volk spürbare pazifistische Grundströmungen nicht mit tiefem Aufatmen begrüßt, sondern gar als gefährliche und zu bekämpfende Entwicklung einstuft, ist nicht ganz klar im Kopf oder hat böse Absichten.
11. Auch die Arbeitnehmer der Bundesrepublik können sich die Hochrüstung immer weniger ,,leisten"; es sei denn, sie wären bereit, Sozialabbau zu akzeptieren. Dafür werden zur Zeit in Bonn die Weichen gestellt. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, daß dieser ,,Zug", mit dessen Waggons unsere Ansprüche und Hoffnungen auf soziale Sicherheit, Bildungschancen und kulturelle Emanzipation in eine ungewisse Zukunft abtransportiert werden sollen, gar nicht erst abfahren kann.

Quelle: ,,Gewerkschaftliche Umschau", Nr. 5/6 1981

Hermann Rappe, IG Chemie-Papier-Keramik, zu den ,,11 einfachen Wahrheiten" von Ch. Götz

Der Anspruch, 11 ,,einfache Wahrheiten" zu verkünden, ist sicherlich gut und richtig, denn wer sagt nicht gerne die Wahrheit: dazu noch eine, die ein-
fach ist. Christian Götz will mit der Formulierung seiner ,,einfachen Wahrheiten" eine Nebelwand angeblicher Sachzwänge durchbrechen und – wie er es selbst formuliert – damit auch der Orientierung dienen. Es wäre die Frage zu stellen, welcher?
(...)

Die These II lautet: ,,Die Sowjetunion will keinen Krieg". Davon kann wahrscheinlich ausgegangen werden. Will ihn sonst jemand? Wofür gibt es die sowjetische Hochrüstung? Warum in diesem Zusammenhang kein Wort über die ,,SS 20"?

Hinzu kommt die Aussage: ,,Die Sowjetunion bedroht zur Zeit weder Europa noch die Bundesrepublik militärisch." Deutsche Teilnehmer hatten diese Position bereits beim Welt-Jugendtreffen des IBFG in Sevilla per Abstimmung festgeschrieben. Götz untermauert sie und belegt sie ausgerechnet mit Geheimdienstberichten. Trotz alledem fühlen sich Millionen Bürger – darunter viele Gewerkschafter – in unserem Land, ja in Westeuropa von sowjetischer Hochrüstung bedroht.

Während in der zweiten ,,Wahrheit" davon gesprochen wird, daß die Sowjetunion keinen Krieg will, beginnt die dritte ,,Wahrheit" damit, daß die Bürger der USA keinen Krieg wollen. Man beachte dabei die Formulierung. Einerseits will die Sowjetunion keinen Krieg, andererseits aber nur die Bürger der USA. Als Beleg werden die amerikanische Hochrüstung und der amerikanische Militärhaushalt bemüht. Das, was in der zweiten These bei der So-

Haig und Weinberger noch ein Kanzler oder Verteidigungsminister Strauß das Sagen hätte? Wie würde möglicherweise eine solche Regierung, gestützt von einer Mehrheit der Bevölkerung, mit Pazifismus umgehen?

Noch viel weitergehender: wie sähe der Zug aus und was würde er in welche Richtung abtransportieren, wenn der Lokführer vom konservativ bürgerlichen Lager bestellt würde? Dies ist unter den gegebenen gesellschaftlichen Konstellationen die einzige denkbare Alternative. Beispiele der politischen Entwicklung in einer Reihe von Bundesländern und nicht zuletzt in Berlin machen deutlich, wo dann die Reise hingeht.

Christian Götz erhebt für seine Aussage per Titel den Anspruch auf ,,Wahrheit". Über Wahrheit läßt sich bekanntlich nicht diskutieren; dies gilt erst recht, wenn sie ,,einfach" ist. Allerdings weiß schon der Volksmund, daß die ,,halbe" Wahrheit häufig eine halbe Lüge sein kann. Wer nicht alle Tatsachen nennt und Unbequemes unterschlägt, sagt nicht die Wahrheit, wenn auch auf komplizierte Weise.
(...)

Quelle: ,,Gewerkschaftliche Umschau", Nr. 5/6 1981

Eugen Loderer über die friedenspolitischen Initiativen in Europa: ,,Wir nehmen Ängste ernst"

Vor einigen Tagen fand in Bonn eine große Friedensdemonstration statt, der einige andere in europäischen Hauptstädten folgten. Viele Menschen nahmen aus unterschiedlichen Motiven teil. Sicher einige darunter, die ein willkommenes Vehikel erkannten, mit moskauhörigen Kommunisten eine Aktionseinheit auf den Weg zu bringen, die wir nicht wollen.

Diesen Leuten würde es im Leben nicht einfallen, eine gleichartige Demonstration in Ost-Berlin, Moskau oder Prag in Szene zu setzen. Sowjetische SS 20-Raketen sind für sie streitbare Friedens- und Fortschrittsfanale, andere Raketen dagegen Teufelswerke des Kapitalismus.

Die Mehrheit, insbesondere junge Menschen, fühlte sich angezogen, weil sie eine unaufhaltsame Selbstautomatik der Rüstungsspirale zu erkennen glaubte. Sie trieb die Furcht an, auch im Westen bestehe keine ausreichende politische Kraft, kein unbändiger politischer Wille mehr, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Ja, in ihnen war der Eindruck entstanden, es würde die Idee des begrenzten Atomkriegs genährt, es würden Risikoschwellen herabgesetzt.

Wir nehmen solche Ängste ernst, sehr ernst, und ich weiß, daß die Ent-

Anzeichen von Bankrott

Die Ost-West-Konstellation hat uns über Jahrzehnte den Frieden gesichert und die westlichen Demokratien von äußerer Bedrohung geschützt. Ob dies auch anderweitig zu gewährleisten gewesen wäre, muß zum gegenwärtigen Zeitpunkt als völlig ungeklärt bezeichnet werden. Es wäre daher ein gefährliches Spiel, sich nebulösen Neutralitätsideen anzuhängen, ohne deren vielschichtige und unüberschaubare Risiken abzuklären. Ein Europa des Vakuums wäre keine Garantie für den Weltfrieden und eine einseitige Abrüstung erst recht nicht!
(...)

Politik des Dialogs

Diese Fakten haben wir alle durchaus im Auge, wenn wir dennoch und mit allem Nachdruck für eine Politik des Dialogs, der Abrüstungsgespräche, der Entspannung votieren. Solche Gespräche haben nur Erfolg, wenn sie zwischen gleichwertigen Seiten geführt werden. Gleichwertig sind beide nur, wenn auch kein psychologisches Ungleichgewicht zugunsten einer Seite entsteht.

Hier ist so manches bereits geschehen. Im vermeintlichen Interesse der Entspannungspolitik erfahren sowjetische Rüstungsaktivitäten und Einmischungsversuche eine mildere Kritik als
entsprechende amerikanische Aktionen.

Wenn ein sowjetisches U-Boot im neutralen Schweden auf Hafenrundfahrt geht, regt dies kaum jemand auf. Man stelle sich umgekehrt die Reaktionen vor, wenn der Turm eines amerikanischen U-Bootes plötzlich im Hafen von Helsinki auftauchte.

Wenn sowjetische Militärberater und ihre Stellvertreter in Afrika strategische Interessen vertreten, kümmert das kaum jemanden. Wenn aber amerikanische Berater in El Salvador Einfluß nehmen, entbrennt heftigste Kritik. Zu Recht – meine ich –, nur entspricht die Einäugigkeit nicht unseren Interessen, noch ist sie konsequent.

Grenzen und Gebot

Wenn die USA aus Verärgerung über innenpolitische Entwicklung in Nicaragua, die nicht immer unseren Vorstellungen von Demokratie entsprechen, Kritik äußern, werden deutliche Stimmen gegen jede Art von äußerer Einmischung laut. Zu Recht – meine ich. Nur wenn gleichzeitig in Moskau, Prag und Ost-Berlin zu Polen, wo umgekehrt Entwicklungen im Gange sind, die durchaus etwas mit mehr Demokratie zu tun haben, Kritik mit bedrohlichem Hintergrund laut wird, dann sind hier bei uns viele bemüht, die Reaktion darauf besonders moderat zu halten.

Sind hier immer die Grenzen zwischen dem Gebot der politischen Klugheit und der unbewußten Konzession an die eigene Furcht gezogen?

Quelle: ,,Metall", Nr. 23/81

Streik an der TU in Westberlin

Die CDU betreibt politische Änderungen entlang ihrer Bildungskonzeption im Gewande von „Sparpolitik"

cob./wog. Westberlin. Die linke Fraktion im Akademischen Senat und der Personalrat der TU mußten sich schon seit geraumer Zeit mit Plänen für Nichtbesetzung von Stellen bzw. Stellensperrungen beschäftigen. Gleich zu Jahresbeginn stand der sogenannte Riebschläger-Plan auf der Tagesordnung, ein „Sparprogramm", genannt nach dem damaligen SPD-Finanzsenator, der durch seine innigen Beziehungen zum Garski-Skandal Berühmtheit erlangte. Diese Pläne wurden jedoch bald durch die Neuwahl gegenstandslos. Weder die Beschäftigten noch die Studentenvertretungen nahmen jedoch an, daß dadurch die Sparpläne des Senats, gleich welcher Partei die Senatoren entstammen, vom Tisch wären. Deshalb gründete sich ein Zusammenschluß, in den die Personalräte, Gewerkschaften, AStA und einige studentische Listen Vertreter entsandten. Auf Grund dieses Zusammenschlusses war es möglich, relativ schnell auf die von dem CDU-Senat Anfang dieses Semesters vorgelegten Sparpläne zu reagieren, sie zu untersuchen und Schritte gegen sie einzuleiten.

Die bildungspolitischen Vorstellungen der CDU

Wenn der TU-Präsident Starnick anläßlich einer Podiumsdebatte zu der „Sparpolitik" äußert, die BRD müsse wegen ihres Rohstoffmangels eine Technologieüberlegenheit erringen, um überleben zu können, drückt er aus, unter welcher Prämisse eine „Reform" der Hochschule einzuleiten ist. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) drückt das in einem internen Papier deutlicher aus. „Die nationale und internationale Anerkennung der Universitäten hängt von ihren Leistungen vor allem in der Forschung ab, eine ihr vorwiegend als Berufsausbildung zugedachte Funktion behindert die zweckfreie Forschung, ja merzt sie geradezu aus und hat eine Entwissenschaftlichung der Universität zur Folge ...Die Qualität einer wissenschaftlichen Hochschule entscheidet sich an der Qualität der Forschung, die in ihr betrieben wird. Erste Priorität bei der Berufung von Hochschullehrern kommt deshalb dem Kriterium der Forschungsleistung zu. Schon die pädagogische Eignung ist demgegenüber durchaus nachrangig."

Die CDU (im Bundesmaßstab aber auch die sozialliberale Koalition) setzt hier auf Maßnahmen, die kurzfristige Erfolge sichern. Für die Konkurrenzsituation der westdeutschen Industrie gilt es Technologievorsprünge zu sichern oder erst zu erringen, schnell soll hier etwas geschehen. Herauszulesen ist dies in dem Forschungsförderungsprogramm – Abbau oder Einfrieren der Grundlagenforschung – Erhöhung von Förderung der Spitzentechnologie (z.B. Verfahrens-Anlagentechnologie; E-Technik Mikroprozessoren; Informatik). Für dieses Programm soll die Hochschule „effektiviert" werden.

Die WRK schreibt zu ihren didaktischen Vorstellungen: „Universität ist keine soziale Einrichtung für Gruppentherapie, sondern hat ihre Funktion in der Tat in der Vermittlung fachlicher Kompetenz. Von erwachsenen Studenten muß erwartet werden, daß sie in der Lage sind, einer großen Vorlesung zu folgen."

So erfolgt dann auch, im Gegensatz zur SPD, die Schließung der Hochschule. Nur individuell „gute" Voraussetzungen ermöglichen den Erfolg, was da sind: Geld, Beziehungen, Ellenbogen, Ehrgeiz, etc. Wie in der Schulpolitik wird auch hier Abschied von der Gesamthochschule genommen. Die starke Gliederung in Fachhochschule und Universität, anders ausgedrückt in Berufsausbildung und wissenschaftliche Ausbildung, soll den derzeitigen Studentenstrom kanalisieren.

Maßnahmen an der TU

Auf einer Personalversammlung in der letzten Woche machte Universitätspräsident Starnick dann auch klar, daß die Verteilung der 10 Millionen DM (2% des Gesamthaushaltes, entsprechend rund 90 Stellen), die durch Kürzung der Personalausgaben 1982 eingebracht werden sollen, nämlich 6 Millionen bei den Wissenschaftlichen Mitarbeitern, 2,5 Millionen bei den sonstigen Mitarbeitern und 0,4 Millionen bei den Hochschullehrern, nicht aus bildungspolitischen Überlegungen erfolgt sei. Kanzler Höbich drückte dieses Verhältnis auf die Frage, warum hauptsächlich an den Fachbereichen und weniger in der zentralen Verwaltung gespart würde, so aus: „Betriebsbedingte Entlassungen sind prinzipiell zwar möglich, zur Zeit aber politisch nicht opportun." Langfristig, stellte UP Starnick klar, sollen 40% der Hochschullehrerstellen, 25% der Wissenschaftlichen und 35% der sonstigen Mitarbeiter wegfallen; die vorrübergehend unverhältnismäßige „Ausdünnung" der Wissenschaftlichen Mitarbeiter sei auf die hohe Fluktuation dieser Beschäftigungsgruppe und der daraus folgenden einfachen Handhabung beschäftigungspolitischer Instrumente zurückzuführen.

Im Gegensatz zur anderen Universität dieser Stadt, der FU, setzt die Universitätsleitung der TU darauf, durch Vorwegnahme der Sparbeschlüsse inhaltliche Einwirkung auf die Hochschule zu erhalten. Dabei kann sie sich auf eine Professorenlobby stützen, die zwar in einzelnen Fällen mit in der Widerstandsfront gegen die Sparbeschlüsse eingereiht ist, häufig jedoch deshalb, weil sie lediglich auf Gleichbehandlung dringen bzw. ihre Pfründe verteidigen wollen. Würden beispielsweise alle Assistenten auf Honorarbasis bezahlt, wäre ihr Engagement sicherlich noch geringer. Ebenso wie von seiten der Hochschullehrer wenig zum Erhalt des Tutorenmodells (Studenten höherer Semester, die meistens 40 Stunden pro Monat beschäftigt, mit 15,20 DM pro Stunde bezahlt werden und den wesentlichen Eckpfeiler der Kleingruppenarbeit darstellen) getan wird. Gegen die erst im letzten Jahr erstmalig abgeschlossenen tarifvertraglichen Regelungen für diese studentischen Mitarbeiter, die in bestimmten Bereichen sowieso eine Verschlechterung der konkreten Beschäftigungsverhältnisse darstellen, konzentriert sich ein Angriff der CDU auf die Hochschulen in ihrer jetzigen Form: Auf einer Podiumsdiskussion vertrat Senatsdirektor (Wissenschaft und Kultur) Schuster die Auffassung, Kleingruppen seien zwar gut, Tutoren jedoch zu teuer; zu seiner Zeit hätten Studenten höherer Semester ebenfalls kleine Gruppen unterrichtet, sie seien jedoch von den anwesenden Studenten bezahlt worden. Außer diesem finanziellen und tarifvertraglichen Aspekt ist der CDU die hauptsächlich von Tutoren getragene „Projektarbeit" ein Dorn im Auge; sie will über eine verstärkte häusliche Arbeit und das Schüren von Konkurrenz zwischen den Studenten die „Selbstentfaltung des Individuums".

Die 1969 erkämpfte wissenschaftliche Selbständigkeit der wissenschaftlichen Mitarbeiter wurde schon mit dem Hochschulrahmengesetz und der letzten Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes im letzten Jahr abgeschafft. Die damit verbundene Erhöhung des Lehrdeputats und Kennzeichnung der Promotion als Privatsache reicht der CDU offensichtlich noch nicht: Assistenten, die auf Honorarbasis arbeiten, werden diskutiert, ganz unauffällig nimmt auch die Zahl der unbezahlten Lehraufträge zu.

Bei den sonstigen Mitarbeitern wird getreu dem schon vom SPD-Senat eingeschlagenen Kurs alles getan, um den Arbeitstag zu verdichten und „Privilegien" wie die betriebliche Weiterbildung abzubauen. Bei letzterem konnte der Personalrat nach zähen Auseinandersetzungen jedoch eine Aufstockung des Haushaltsansatzes durchsetzen, die die Durchführung eines Programms überhaupt sichert.

Nachdem die Verabschiedung des Haushaltsplanes '82 durch 2maliges Sprengen der Sitzung verhindert wurde und nur mit unvollständiger Besetzung in Senatsräumen durchgeführt werden konnte, steht schon jetzt fest, daß das Haushaltsjahr 1982 ein Defizit von weiteren 13 Millionen DM aufweisen wird. Der bislang angekündigte Stellenstop von 6 Monaten soll bestimmt verlängert werden.

Der Streik an der TU

Die derzeitigen Streikaktionen trifft die Westberliner Studentenbewegung an einem Punkt nahezu völlig fehlender Konzeption oder Theoriebildung, bezogen auf die neue Situation Westberlins (CDU-Senat).

So ist der Streik an der TU Westberlin wesentlich ausgebrochen auf einer Unmutsebene der Betroffenheit von Einzelauswirkungen der Haushaltskürzungen.

Positiv zeigt sich in diesem Streik die Beteiligung vieler Erst- und Grundsemester, die Bildung von vielen Arbeitsgruppen, die Bereitschaft, aktiv zu streiken. Es ist wirklich was los in der Uni. Weiterhin zeigt sich positiv, daß alle Diskussionsansätze in Seminaren etc. sofort auf die oben angeführten Komplexe stoßen und viele Fragen dazu gestellt werden. Ein Wissensdurst nach politischer Bildung ist stark vorhanden. Daraus ergibt sich natürlich eine günstige Situation, aber eben auch für das Schüren von Illusionen und politischen Sumpf. Eine organisierte oder organisierende Kraft, die diese Fragen auf einer wissenschaftlichen Grundlage angeht, muß sich erst wieder herausbilden. In Form von Arbeitsgruppen, die im Streik gegründet und über diesen hinaus arbeiten wollen, werden erste Ansätze dafür sichtbar, wenn auch noch auf unklarer Grundlage. Auch in manchen Aktionen tritt schon ein tieferes Bewußtsein hervor. So mauerten Studenten den einzigen Eingang zum Präsidialamt zu mit folgenden Forderungen:

„Präsident Starnick, Hände weg von:
– den sonstigen Mitarbeitern und ihren Errungenschaften (z.B. Weiterbildung)
– den tariflichen Rechten und Freiheiten der Tutoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Assis.
– dem Tutorenmodell
– den Wahlfächern und dem Wahlfächerkatalog
– den Übungsgruppengrößen!"

Die vom Präsidenten herbeizitierten Arbeiter der Bauabteilung weigerten sich, die Mauer einzureißen, es war auch kein weiterer Beschäftigter dazu bereit. So mußte der Präsident dann unter dem Gejohle von ca. 200 Studenten, Beschäftigten und Assis die Mauer selbst abtragen.

Von Jörg Frank, Köln

Die vom 31.11. bis 4.12. an der Universität Köln durchgeführten Wahlen zum Studentenparlament (SP), deren Gesamtergebnis in der nebenstehenden Übersicht dokumentiert ist, endete mit einem überwältigenden Erfolg der neu-

Linker AStA an der Uni Köln möglich!

Große Gewinne für Basisgruppen / Bundesweiter Trend bei AStA-Wahlen setzt sich fort

ihnen erweisen sich in der Praxis nicht als mehrheitsfähig. Das hat seinen Grund in diesen Positionen selbst: Versuch der Durchsetzung eines an den tatsächlichen Kampfbedingungen und Bedürfnissen der sich entwickelnden Bewegung vorbeigehenden „bundes-

form" der Hochschule einzuleiten ist. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) drückt das in einem internen Papier deutlicher aus. „Die nationale und internationale Anerkennung der Universitäten hängt von ihren Leistungen vor allem in der Forschung ab, eine ihr vorwiegend als Berufsausbildung zugedachte Funktion behindert die zweckfreie Forschung, ja merzt sie geradezu aus und hat eine Entwissenschaftlichung der Universität zur Folge ...Die Qualität einer wissenschaftlichen Hochschule entscheidet sich an der Qualität der Forschung, die in ihr betrieben wird. Erste Priorität bei der Berufung von Hochschullehrern kommt deshalb dem Kriterium der Forschungsleistung zu. Schon die pädagogische Eignung ist demgegenüber durchaus nachrangig."

Die CDU (im Bundesmaßstab aber auch die sozialliberale Koalition) setzt

zur SPD, die Schließung der Hochschule. Nur individuell „gute" Voraussetzungen ermöglichen den Erfolg, was da sind: Geld, Beziehungen, Ellenbogen, Ehrgeiz, etc. Wie in der Schulpolitik wird auch hier Abschied von der Gesamthochschule genommen. Die starke Gliederung in Fachhochschule und Universität, anders ausgedrückt in Berufsausbildung und wissenschaftliche Ausbildung, soll den derzeitigen Studentenstrom kanalisieren.

Maßnahmen an der TU

Auf einer Personalversammlung in der letzten Woche machte Universitätspräsident Starnick dann auch klar, daß die Verteilung der 10 Millionen DM (2% des Gesamthaushaltes, entsprechend rund 90 Stellen), die durch Kürzung der Personalausgaben 1982 eingebracht werden sollen, nämlich 6 Millionen bei den Wissenschaftlichen Mitar-

tät dieser Stadt, der FU, setzt die Universitätsleitung der TU darauf, durch Vorwegnahme der Sparbeschlüsse inhaltliche Einwirkung auf die Hochschule zu erhalten. Dabei kann sie sich auf eine Professorenlobby stützen, die zwar in einzelnen Fällen mit in der Widerstandsfront gegen die Sparbeschlüsse eingereiht ist, häufig jedoch deshalb, weil sie lediglich auf Gleichbehandlung dringen bzw. ihre Pfründe verteidigen wollen. Würden beispielsweise alle Assistenten auf Honorarbasis bezahlt, wäre ihr Engagement sicherlich noch geringer. Ebenso wie von seiten der Hochschullehrer wenig zum Erhalt des Tutorenmodells (Studenten höherer Semester, die meistens 40 Stunden pro Monat beschäftigt, mit 15,20 DM pro Stunde bezahlt werden und den wesentlichen Eckpfeiler der Kleingruppenarbeit darstellen) getan wird. Gegen die erst im letzten Jahr

unbezahlten Lehraufträge zu.

Bei den sonstigen Mitarbeitern wird getreu dem schon vom SPD-Senat eingeschlagenen Kurs alles getan, um den Arbeitstag zu verdichten und „Privilegien" wie die betriebliche Weiterbildung abzubauen. Bei letzterem konnte der Personalrat nach zähen Auseinandersetzungen jedoch eine Aufstockung des Haushaltsansatzes durchsetzen, die die Durchführung eines Programms überhaupt sichert.

Nachdem die Verabschiedung des Haushaltsplanes '82 durch 2maliges Sprengen der Sitzung verhindert wurde und nur mit unvollständiger Besetzung in Senatsräumen durchgeführt werden konnte, steht schon jetzt fest, daß das Haushaltsjahr 1982 ein Defizit von weiteren 13 Millionen DM aufweisen wird. Der bislang angekündigte Stellenstop von 6 Monaten soll bestimmt verlängert werden.

Studenten den einzigen Eingang zum Präsidialamt zu mit folgenden Forderungen:

„Präsident Starnick, Hände weg von:
– den sonstigen Mitarbeitern und ihren Errungenschaften (z.B. Weiterbildung)
– den tariflichen Rechten und Freiheiten der Tutoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Assis.
– dem Tutorenmodell
– den Wahlfächern und dem Wahlfächerkatalog
– den Übungsgruppengrößen!"

Die vom Präsidenten herbeizitierten Arbeiter der Bauabteilung weigerten sich, die Mauer einzureißen, es war auch kein weiterer Beschäftigter dazu bereit. So mußte der Präsident dann unter dem Gejohle von ca. 200 Studenten, Beschäftigten und Assis die Mauer selbst abtragen.

Linker AStA an der Uni Köln möglich!

Große Gewinne für Basisgruppen / Bundesweiter Trend bei AStA-Wahlen setzt sich fort

Von Jörg Frank, Köln

Die vom 31.11. bis 4.12. an der Universität Köln durchgeführten Wahlen zum Studentenparlament (SP), deren Gesamtergebnis in der nebenstehenden Übersicht dokumentiert ist, endete mit einem überwältigenden Erfolg der neugebildeten Basisgruppen- und Fachschaftler-Liste (BuF). Bemerkenswert an diesem Wahlausgang ist, daß das in den letzten beiden Wahlen (1980 und 1979) relativ erstarrte und verfestigte, hauptsächlich an den bürgerlichen Parteien orientierte Listen/Parteienspektrum – als Ausdruck der verschiedenen politischen Strömungen in der Studentenschaft – insgesamt empfindlich erschüttert wurde. Auf der Linken stehen dem erheblichen Stimmen- und Sitzgewinn der BuF (was außer dem Vorvorläufer dieser Liste, nämlich der AUF 1978 seit Mitte der 70er keine Liste mehr schaffte) ausnahmslos Stimmen- und teils Sitzverluste der reformistischen und revisionistischen Studentenorganisationen gegenüber. Die konservativ-reaktionäre Strömung konzentrierte sich weiter um den RCDS, der, nachdem er im Vorjahr zwar 665 Stimmen gewonnen, aber einer Sitz verloren hatte, nun 551 Stimmen und 3 Sitze gewann. Während die „Gemäßigten" und bisherigen Koalitionspartner des RCDS, die sich parteiunabhängig gebenden (aber teilweise SPD-Parteibücher besitzenden) „Unabhängigen" und der regierungshörige SLH (sozialliberaler Hochschulverband) teils erheblich Stimmen verloren, was den SLH an den Rand der Bedeutungslosigkeit drängte. Erstmals neu ins SP gelangte die der Philosophischen Fakultät entstammende Sponti-Truppe „Nationale Katastrophe" (NK) und ebenfalls mit einem Sitz die als „Interessengruppe Frauen" (IGF) verkleidete trotzkistische Absplitterung der IV. Internationale alias „Gewerkschaftliche Gruppe" alias „Internationale Arbeiterassoziation" alias „Jusos an der Phil. Fak.", denen hiermit auf Kosten der zu Recht mit der Frauenbewegung Sympathisierenden ein exzellenter Wahlbetrug gelungen ist. Insgesamt hat sich damit das Verhältnis von Linken (unter Einschluß der Trotzkisten) zu Rechten mit 26:25 eindeutig nach links entwickelt, was im Gegensatz zu den Vorjahren, wo die Rechten immer die Mehrheit besaßen (zuletzt mit 27:24), eine linke AStA-Koalition möglich macht.

Es wäre naiv zu glauben, daß der relativ hohe Zuwachs beim RCDS allein daraus zu erklären ist, daß der rechtsradikale RFS nicht mehr kandidierte und so seinem Wählerstamm augenscheinlich die Wahl seines großen Bruders empfahl. (Wozu den RFS offenbar taktische Erwägungen zwecks Stützung des rechten Lagers bewogen, denn der RCDS konnte sich in den Vorjahren bei aller Gemeinsamkeit keine offene Koalition mit dem RFS leisten, ohne politisch nicht größeren Schaden zu riskieren.)

Wahlen zum Studentenparlament der Universität Köln WS 81/82

	WS 81/82			WS 80/81			Veränderungen	
	Stimmen	in %	Sitze	Stimmen	in %	Sitze	Sitze	Stimmen
RFS	–	–	–	728	5,28	3	–3	–728
RCDS	3059	23,31	13	2508	19,22	10	+3	+551
SLH	433	3,30	1	795	6,09	3	–2	–362
UNABS	2527	19,25	11	2701	20,70	11	0	–174
JUSOS	1006	7,66	4	1477	11,32	6	–2	–471
LHV	426	3,24	1	575	4,41	2	–1	–149
SHB	1001	7,62	4	1025	8,85	5	–1	–154
MSB	955	7,27	4	1025	7,86	4	0	– 70
BuF	2675	20,38	11	1685	12,91	7	+4	+990
NK	251	1,91	1	–	–	–	+1	+251
IGF (T)	250	1,90	1	–	–	–	+1	+250

Wahlbeteiligung WS 81/82: 13121 (34,35%), WS 80/81 13147 (34,7%) – Wahlberechtigte: WS 81/82 38190, WS 80/81 37388 – Enthaltungen: 305 – Ungültig: 244

Damit dürfte auch das Ende für den letzten rechten AStA an einer der größten Universitäten der BRD gekommen sein. Offensichtlich liegt diesem erfreulichen Ergebnis eine nicht weniger erfreuliche (und auch in anderen Städten sich vollziehende) politische ‚Umschichtung' unter den wählenden Studenten zugrunde, die besonders drastisch im „linken Lager" deutlich wird. Davon ausgenommen ist der RCDS, der seine Position weiter festigen konnte.

Die sozialdemagogische Kritik des RCDS an der sozialliberalen Sparpolitik, die Kritik am „bürgerfernen und abgehobenen Staat" und den „verwaltenden bürokratischen Apparaten", die scheinradikal an tatsächlichen Erscheinungen anknüpft, kann angesichts der gegenwärtigen ökonomischen und gesellschaftlichen Krise durchaus stärker verfangen. Auch wenn hinter all dem bloß die noch reaktionärere Politik der „Förderung der Privatinitiative" (beim Studentenwerk wie auf dem Wohnungsmarkt) steht, entlarvt sich das nicht von selbst. Auch ist es dem RCDS ernst in die Friedensbewegung zwecks „Integration" einzudringen, wobei er versucht, sich die berechtigte Kritik vieler an der Aggressivität des Warschauer Pakts zunutze zu machen. Demgegenüber sind natürlich MSB und SHB als Apologeten der UdSSR-Politik jeder Kritik entwaffnet,und die platte „Enthüllungspropaganda" von RCDS-Sprüchen überzeugt den latenten RCDS-Wähler zumeist nicht. Treffende Kritik der reaktionären Programmatik ist aber auch die Schwäche der Basisgruppen.

Die ‚Unabhängigen' bezahlten ihre Inkonsequenz im AStA offenbar mit Stimmeinbußen, ihre ab und an latente Unterstützung der Bewegung (z.B. die Bafög-Demonstration am 3.6., Zustimmung für zweckgebundene Gelder an die vds) war den einen zu links, anderen wiederum immer noch zu rechts.

Der bundesweit zu verzeichnende Niedergang des SLH als auch der bundesweite Trend hoher Verluste für die Jusos hat sich auch in Köln fortgesetzt. Dies liegt beim Kölner SLH nicht einfach an seiner abwiegelnden Politik z.B. gegenüber Prüfungsverschärfungen, genausowenig wie es bei Jusos oder LHV bloß daran liegt, daß sie in letzter Zeit in die aktuellen Auseinandersetzungen praktisch überhaupt nicht mehr eingegriffen haben, sondern daß sie sich alle letztlich positiv auf SPD und FDP beziehen.

MSB und SHB, die gerade jetzt mit Zuwachs rechneten, verloren nicht unerheblich. Wesentliche Positionen von ihnen erweisen sich in der Praxis nicht als mehrheitsfähig. Das hat seinen Grund in diesen Positionen selbst: Versuch der Durchsetzung eines an den tatsächlichen Kampfbedingungen und Bedürfnissen der sich entwickelnden Bewegung vorbeigehenden „bundeseinheitlichen Streiks", platte Kritik an der Hochschulpolitik und ihrem Zusammenhang zur Krise à la „Rotstift und Raketen – Bildung statt Bomben", Apologetik für den Staatssozialismus Marke SU, reaktionäre Hetze gegen die revolutionäre Bewegung in Polen, Versuch, die UdSSR als natürlichen Verbündeten der westeuropäischen Friedensbewegung verkaufen zu wollen ... das kostet. Und die Beanspruchung eines Führungsanspruches im linken AStA nicht minder.

Der Erfolg der BuF erklärt sich nicht bloß dadurch, daß auf dieser Liste allein an die 40 Fachschafts- bzw. Fakultätsvertreter kandidierten und die Liste so „breiter" war. Vielmehr in ihrem Anspruch: Nämlich als parteiunabhängiger Zusammenschluß verschiedener linker Kräfte und Strömungen (Basisgruppen, Grüne, Bunte, Fachschaftler, Fachbereichsgruppen, Basisinitiativen, Mitglieder aus sozialistischen und kommunistischen Organisationen (darunter der KBW) etc.) die „gemeinsam linke Politik an der Uni" machen wollen. – Und aus der Perspektive: Für die Legalisierung der Fachschaften, Für direkte Demokratie, für eine autonome, selbstverwaltete Hochschule, in der Kritik der „Tendenzwende an den Hochschulen", im Versuch, eine selbständige Widerstandsfront zusammen mit den anderen Bewegungen herstellen zu wollen, in der Kritik und Ablehnung von NATO und Warschauer Pakt und der Unterstützung von NATO-Austritt und Blockfreiheit, in der Unterstützung der Befreiungskämpfe der Dritten Welt, der Volksbewegung in Polen und der fortschrittlichen Opposition im „realen Sozialismus", in der direkten Verbundenheit mit der Ökologiebewegung...

„Lieber mit der Partei irren, als außerhalb der Partei Recht haben"

Zwei lesenswerte Autobiographien der Schriftsteller Erich Loest und Jorge Semprún

Von Bernd Wagner

Autobiographien als literarische Darstellungen des eigenen Lebens sind immer subjektiv im Versuch, einen vergangenen Zeitabschnitt zu erfassen. Die Stärke von guten Autobiographien liegt nicht darin, diese Subjektivität durch eine möglichst „objektive" Betrachtung aus einer späteren Einsicht zu relativieren, etwa durch den Versuch einer nachträglichen Sinngebung oder Beschönigung des gelebten Lebens, oder im Verwerfen oder Distanzieren von gemachten Erfahrungen, sondern sie liegt darin, das Erlebte und Erfahrene im Zusammenhang der jeweiligen Zeit nachzuzeichnen, um auf diesem Hintergrund die persönlichen Empfindungen und Entscheidungen darzustellen. Solche Lebensbeschreibungen sind, weniger zum Verständnis der Person als der jeweiligen Zeit, nützlicher als viele Geschichtsbücher oder noch so ausgewogene Biographien Dritter. Allein für unser Jahrhundert gibt es eine ganze Reihe solcher guter Autobiografien. Dazu gehören für mich etwa O.M. Grafs „Wir sind Gefangene", G. Reglers „Ohr des Malchus" und H. Brandt „Ein Traum der nicht entführbar ist" für die deutsche Entwicklung, oder Korolenkos „Geschichte meines Zeitgenossen", Ehrenburgs „Menschen, Leben, Jahre" und die autobiographischen Berichte von L. Kopelew für Rußland bzw. die Sowjetunion.

Neu erschienen bzw. jetzt als Taschenbuch erhältlich sind dieser Tage zwei autobiographische Berichte, die ich unbedingt in die Reihe dieser lesenswerten Autobiographien einreihe. Gemeint sind: Erich Loest „Durch die Erde ein Riß" und Jorge Semprún „Federico Sánchez". Der eine war bis vor wenigen Monaten Schriftsteller in der DDR, der es recht schnell vom ehemaligen Hitlerjungen zu einem jungen erfolgreichen Schriftsteller der ersten Nachkriegsjahre gebracht hatte, dann aber aus der Partei und dem Schriftstellerverband ausgeschlossen wurde und für siebeneinhalb Jahre im Zuchthaus Bautzen wegen „konterrevolutionärer Gruppenbildung" verschwand. Der andere ist ein bekannter spanischer Schriftsteller, bekannt vor allem auch durch seine Drehbücher zu den Filmen „Z", „Das Geständnis" und „Der Krieg ist aus". Er hatte jahrelang in Madrid den illegalen Kampf der KP Spaniens geleitet, war Mitglied des Exekutivkomitees der KP Spaniens und wurde 1964 gemeinsam mit Fernando Claudin als „intellektuelle Wirrköpfe mit kleinbürgerlichen Auffassungen" aus der Partei ausgeschlossen, weil sie Vorstellungen verfochten hatten, die teilweise wenige Jahre später Bestandteil der eurokommunistischen Wandlung der KP Spaniens wurden.

•

„Ein Jahr bestand aus 365 Tagen
re" und die autobiographischen Berichte von L. Kopelew für Rußland bzw. die Sowjetunion.

Neu erschienen bzw. jetzt als Taschenbuch erhältlich sind dieser Tage zwei autobiographische Berichte, die ich unbedingt in die Reihe dieser lesenswerten Autobiographien einreihe. Gemeint sind: Erich Loest „Durch die Erde ein Riß" und Jorge Semprún „Federico Sánchez". Der eine war bis vor wenigen Monaten Schriftsteller in der DDR, der es recht schnell vom ehemaligen Hitlerjungen zu einem jungen erfolgreichen Schriftsteller der ersten Nachkriegsjahre gebracht hatte, dann aber aus der Partei und dem Schriftstellerverband ausgeschlossen wurde und für siebeneinhalb Jahre im Zuchthaus Bautzen wegen „konterrevolutionärer Gruppenbildung" verschwand. Der andere ist ein bekannter spanischer Schriftsteller, bekannt vor allem auch durch seine Drehbücher zu den Filmen „Z", „Das Geständnis" und „Der Krieg ist aus". Er hatte jahrelang in Madrid den illegalen Kampf der KP Spaniens geleitet, war Mitglied des Exekutivkomitees der KP Spaniens und wurde 1964 gemeinsam mit Fernando Claudin als „intellektuelle Wirrköpfe mit kleinbürgerlichen Auffassungen" aus der Partei ausgeschlossen, weil sie Vorstellungen verfochten hatten, die teilweise wenige Jahre später Bestandteil der eurokommunistischen Wandlung der KP Spaniens wurden.

•

„Ein Jahr bestand aus 365 Tagen, zwölf Briefen, vier Besuchen und zwei bis drei Magengeschwüren ... Er lag wach und rechnete aus, wie viele Tage er hinter Gittern zugebracht hatte, es waren mehr als zweitausendfünfhundert. Er hätte gern gewußt, ob all das einen Sinn gehabt hatte, beginnend mit dem Grübeln und Debattieren nach dem XX. Parteitag, der Eifer und Genuß des Engagements, Rechthaberei und Starrköpfigkeit, das Unvermögen, einzulenken." Diese Frage stellt sich Erich Loest gegen Ende seines Buches. Es waren bittere Jahre für ihn und seine Familie, und man versteht die Frage nach dem Sinn, nur hätte es überhaupt einen anderen Weg gegeben? Natürlich, er hätte kuschen können, als es noch Zeit war, Selbstkritik und Abbitte leisten zu können, widerrufen, als man ihn aufforderte, nur hätte er sich dann selbst aufgegeben. Es gibt immer Situationen, wo man, auch wenn es richtig ist, an anderer Stelle Kompromisse einzugehen und zurückzustecken, sich nicht anders als für den aufrechten Gang entscheiden kann, wenn man nicht den Rest seines Lebens kriechen will. Wie es für den Schriftsteller Loest in der DDR dazu gekom-



men ist, vor diese Entscheidung gestellt zu sein, das zeigt die Autobiographie Loests und zeichnet damit ein Bild der Frühgeschichte der DDR und vor allem der SED.

In den ersten Kapiteln schildert der Chronist L.s Kindheit und Jugend im Faschismus, seine Betätigung im Jungvolk, den Versuch, nach oben zu kommen, die Kriegsjahre und wie er gegen Kriegsende dem Heldentod als freiwilliger Werwolf gerade noch entkam. Er war einer der Generation der Mitläufer der Hitlerjugend, die nicht ohne Begei

steller Loest in der DDR dazu gekom-



men ist, vor diese Entscheidung gestellt zu sein, das zeigt die Autobiographie Loests und zeichnet damit ein Bild der Frühgeschichte der DDR und vor allem der SED.

In den ersten Kapiteln schildert der Chronist L.s Kindheit und Jugend im Faschismus, seine Betätigung im Jungvolk, den Versuch, nach oben zu kommen, die Kriegsjahre und wie er gegen Kriegsende dem Heldentod als freiwilliger Werwolf gerade noch entkam. Er war einer der Generation der Mitläufer der Hitlerjugend, die nicht ohne Begei-
sterung dabei waren, zumindest kaum Zweifel, geschweige denn Skrupel hatten. Das wird ohne Beschönigung und nachträgliche Rechtfertigung beschrieben. Diese Darstellung ist interessant und lehrreich, doch wichtiger finde ich die folgenden Kapitel über die weitere Entwicklung L.s beim Aufbau der DDR. Man erfährt etwas über die erste Landreform und die frühen, bald wieder rückgängig gemachten Vergenossenschaftlichungen von Fabriken, durch L.s Tätigkeit bei der Leipziger Volkszeitung etwas über die Funktion und Arbeitsweise der Parteipresse, über die ersten Literaturdiskussionen und die Herausbildung der DDR-Literatur. Bekannte Namen tauchen immer wieder auf, und Loest zeichnet Kurzcharakteristika, indem er schildert, wie sie sich in diesen Jahren verhalten und welche Positionen sie vertreten haben, etwa von Kurella, Herzfeld, Harich, Kuba oder Janka. Zentral steht die Darstellung zweier Ereignisse, der 17. Juni 1953 und die Diskussion um den XX. Parteitag der KPdSU 1956. Deutlich wird, daß nach dem 17. Juni die Möglichkeit zu einer Wende vorhanden gewesen war. Die Demonstrationen hatten die verkrusteten Strukturen der sich herausgebildeten Parteiherrschaft aufgebrochen. Große Teile der Arbeiterklasse waren auf die Straße gegangen, die SED mußte zurückstecken, in der Partei wurde ansatzweise offen diskutiert, in der Presse gab es offene Kritik von Fehlern der Partei.

„Nie wieder in der Geschichte der DDR gab es eine Phase so voller Schwung, und mit einem Schwung, daß dieser Glaube nütze." Doch bald kam die Wende von oben. Kritische Artikel wurden nicht mehr abgedruckt, der 17. Juni war nur noch ein „faschistischer Putschversuch des US-Imperialismus", Parteiausschlüsse, Disziplinierungen und Haftstrafen folgten für Kritiker der „Neuorientierung". Loest geriet zum erstenmal in einen größeren Konflikt mit der Bezirksführung des Schriftstellerverbandes und der Partei, den er erfolgreich durchstehen konnte. Für viele hieß es aber bald schon wieder „Lieber mit der Partei irren, als außerhalb der Partei Recht haben". Der XX. Parteitag der KPdSU, Loest war zu diesem Zeitpunkt am Leipziger Literaturinstitut, brachte noch einmal ein Aufbrechen der Verkrustungen. Aber anders als 1953 gab es kein zeitweises Rückweichen der Partei, was in Moskau diskutiert wurde, war nicht für die Öffentlichkeit, vor allem nicht für die DDR-Öffentlichkeit bestimmt, erst recht nicht, als es in Ungarn und Polen zu Aufständen gekommen war. Jetzt war es für Kritiker des Ulbricht-Kurses nicht mehr mit Ausschlußverfahren

Wende vorhanden gewesen war. Die Demonstrationen hatten die verkrusteten Strukturen der sich herausgebildeten Parteiherrschaft aufgebrochen. Große Teile der Arbeiterklasse waren auf die Straße gegangen, die SED mußte zurückstecken, in der Partei wurde ansatzweise offen diskutiert, in der Presse gab es offene Kritik von Fehlern der Partei.

„Nie wieder in der Geschichte der DDR gab es eine Phase so voller Schwung, und mit einem Schwung, daß dieser Glaube nütze." Doch bald kam die Wende von oben. Kritische Artikel wurden nicht mehr abgedruckt, der 17. Juni war nur noch ein „faschistischer Putschversuch des US-Imperialismus", Parteiausschlüsse, Disziplinierungen und Haftstrafen folgten für Kritiker der „Neuorientierung". Loest geriet zum erstenmal in einen größeren Konflikt mit der Bezirksführung des Schriftstellerverbandes und der Partei, den er erfolgreich durchstehen konnte. Für viele hieß es aber bald schon wieder „Lieber mit der Partei irren, als außerhalb der Partei Recht haben". Der XX. Parteitag der KPdSU, Loest war zu diesem Zeitpunkt am Leipziger Literaturinstitut, brachte noch einmal ein Aufbrechen der Verkrustungen. Aber anders als 1953 gab es kein zeitweises Rückweichen der Partei, was in Moskau diskutiert wurde, war nicht für die Öffentlichkeit, vor allem nicht für die DDR-Öffentlichkeit bestimmt, erst recht nicht, als es in Ungarn und Polen zu Aufständen gekommen war. Jetzt war es für Kritiker des Ulbricht-Kurses nicht mehr mit Ausschlußverfahren
aus Partei und Verband getan. Harich bekam für seine Plattform zur Reformierung der SED 10 Jahre Zuchthaus. Andere folgten ihm, Leute wie der Leiter des Aufbau-Verlags und Spanienkämpfer Janka, der schon unter den Faschisten im gleichen Zuchthaus Bautzen gesessen hatte. Ernst Bloch wurde von der Universität entlassen. Danach kamen auch Loest und seine Freunde an die Reihe. Nach über einjähriger Untersuchungshaft wurde er zu siebeneinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt wegen „konterrevolutionärer Gruppenbildung und Umsturzversuch". Er hatte zu Hause mit Freunden über eine Demokratisierung von Partei und Staat diskutiert, hatte einen Literaturclub gründen wollen, wo auch Kafka, Proust und Joyce diskutiert werden sollten, und nach dem 17. Juni einen kritischen Artikel veröffentlicht.

•

„Zum Wiederaufbau einer revolutionären Bewegung nach vierzig Jahren Diktatur braucht es aber zunächst einmal eine radikale Kritik des Parteibegriffs, wie er allen Diskussionsbeiträgen der PCE-Zentralkomiteemitglieder 1964 zugrundelag. Eine solche Kritik kann sich – soweit wird man mich wohl verstanden haben – nicht auf die Infragestellung einiger Punkte der eurokommunistischen PCE-Strategie, der am offensten reformistischen, beschränken ... Solange Fragen wie die Verbindung der Partei zu den Massen, ihr Verständnis von Arbeiterautonomie in Form von Gewerkschaften, Räten oder sonstigen Organisationsstrukturen, die die Geschichte noch hervorbringen mag, nicht an ihrer ‚leninistischen' Wurzel gepackt werden, solange kommen wir kein großes Stück voran. Solange uns die Partei wie ein Felsbrocken die Sicht verstellt, ist nichts getan, will sagen, nichts deutlich genug zur Sprache gebracht."

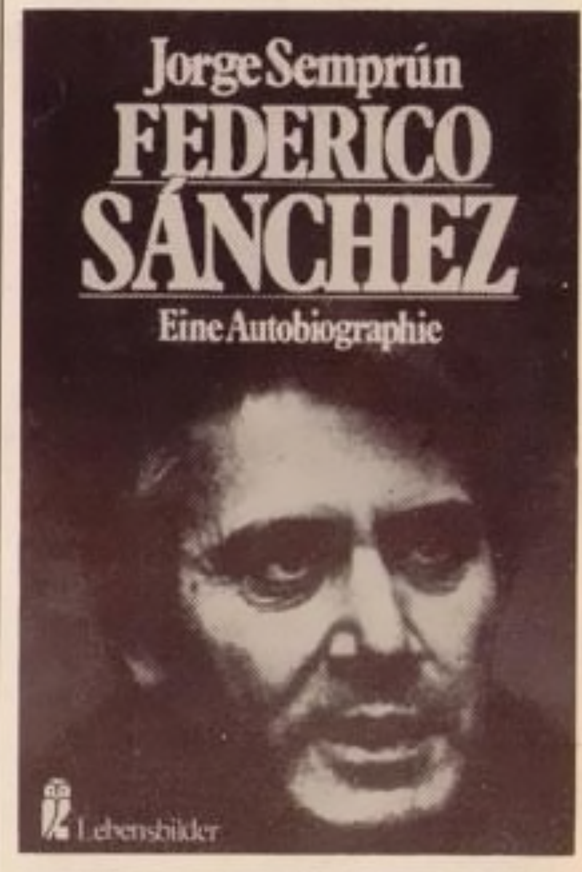
Diese Kritik steht im Mittelpunkt von Jorge Semprúns Auseinandersetzung mit seiner eigenen Geschichte als leitendes Mitglied der KP Spaniens (PCE) und mit der Geschichte und Politik eben dieser Partei. Jorge Semprún, alias Federico Sánchez, hatte in seiner Jugend am antifaschistischen Kampf im besetzten Frankreich teilgenommen, war zwei Jahre im KZ Buchenwald, hatte von 1945 bis 1953 als Mitglied der KP Spaniens im französischen Exil in Paris gelebt und als Schriftsteller gearbeitet und von 1953 bis 1962 die illegale Arbeit der Partei in Madrid geleitet, war Mitglied des Zentralkomitee und später des Exekutivkomitee, 1964 wurde er gemeinsam mit Fernando Claudin wegen „kleinbürgerlichen Abweichungen" aus seinen Funktionen und dann aus der Partei ausgeschlossen.

Es ist unmöglich, hier auch nur annähernd wiederzugeben, wovon „Federico Sánchez" berichtet; nur ein Ausschnitt der wichtigsten Gegenstände und Ereignisse: die abgeschmackte und konforme Literatur unter dem Parteidiktum des sozialistischen Realismus in den 50er Jahren, die hierarchischen Befehls- und Entscheidungsstrukturen der Partei, die Realitätsblindheit und der Dogmatismus der Theorie, wo ständig die Schimäre vom Aufstand der Massen unter Führung der Partei beschworen wurde, der Irr-

ge kommen wir kein großes Stück voran. Solange uns die Partei wie ein Felsbrocken die Sicht verstellt, ist nichts getan, will sagen, nichts deutlich genug zur Sprache gebracht."

Diese Kritik steht im Mittelpunkt von Jorge Semprúns Auseinandersetzung mit seiner eigenen Geschichte als leitendes Mitglied der KP Spaniens (PCE) und mit der Geschichte und Politik eben dieser Partei. Jorge Semprún, alias Federico Sánchez, hatte in seiner Jugend am antifaschistischen Kampf im besetzten Frankreich teilgenommen, war zwei Jahre im KZ Buchenwald, hatte von 1945 bis 1953 als Mitglied der KP Spaniens im französischen Exil in Paris gelebt und als Schriftsteller gearbeitet und von 1953 bis 1962 die illegale Arbeit der Partei in Madrid geleitet, war Mitglied des Zentralkomitee und später des Exekutivkomitee, 1964 wurde er gemeinsam mit Fernando Claudin wegen „kleinbürgerlichen Abweichungen" aus seinen Funktionen und dann aus der Partei ausgeschlossen.

Es ist unmöglich, hier auch nur annähernd wiederzugeben, wovon „Federico Sánchez" berichtet; nur ein Ausschnitt der wichtigsten Gegenstände und Ereignisse: die abgeschmackte und konforme Literatur unter dem Parteidiktum des sozialistischen Realismus in den 50er Jahren, die hierarchischen Befehls- und Entscheidungsstrukturen der Partei, die Realitätsblindheit und der Dogmatismus der Theorie, wo ständig die Schimäre vom Aufstand der Massen unter Führung der Partei beschworen wurde, der Irr-
sinn der politischen Prozesse in den Ostblockstaaten in den 50er Jahren; aber man lernt auch den Heroismus in der illegalen Alltagsarbeit kennen, die Organisierung des illegalen Kampfes durch die unbekannten Parteimitglieder, die Solidarität und den Kampf gegen die politische Polizei. Vor allem ist dieses Buch aber eine Auseinandersetzung mit der Konzeption der Partei als Avantgarde und Vorhutorganisation, die sich vom Kampf der Massen und den Realitäten weitgehend gelöst hat, und mit ihren Führern, hier vor allem Carillo, einschließlich der Zeit nach der eurokommunistischen Wende der PCE. Semprún konfrontiert Carillos Aussagen in seinen Büchern aus den 70er Jahren mit Dokumenten von ihm, die er früher geschrieben hatte, und zeigt an verschiedensten Stellen Winkelzüge und Unwahrheiten auf, weist auf manche dunklen Punkte in der Geschichte der KP Spaniens hin und kritisiert die Verbohrtheit und Engstirnigkeit, die es verhinderten, sich mit anderen Auffassungen auseinanderzusetzen und auf abweichende Meinungen immer nur mit dem Ausschluß aus der Partei oder dem Zwang zur Unterordnung unter die Parteimeinung antworten konnten. Auch hier wird den Opponenten an verschiedensten Stellen mit dem Legitimationsmuster zur Unterdrückung ernster Kritik geantwortet: „Es ist besser, sich mit der Partei zu irren, als außerhalb der Partei gegen die Partei rechtzuhaben."



Das Buch ist vielleicht nicht einfach zu lesen, es ist nicht chronologisch geschrieben. Eigentlich spielt es in Prag 1964 bei der Zentralkomiteesitzung, wo Semprún und Claudin ausgeschlossen wurden und die Pasionaria und die anderen Parteispitzen ihre Verdammungsreden halten. Von hier rollt Semprún die Geschichte der PCE in der Nachkriegszeit auf und geht in der Auseinandersetzung immer wieder in die Gegenwart der 70er Jahre, wenn er sich mit den heutigen Auffassungen der PCE auseinandersetzt. Es folgt eine kurze Episode aus dem spanischen Bürgerkrieg, die unterbrochen wird durch die Schilderung eines Besuchs auf Kuba oder der Manifesto-Gruppe in Italien, dann wieder ein Sprung zur Tätigkeit in Paris 1951 oder nach Madrid 1958. Vergangenheit und Gegenwart, persönliche Schilderung und politische Analyse, romanhafte Darstellung und Dokumentation greifen beständig ineinander, aber an keiner Stel-



Das Buch ist vielleicht nicht einfach zu lesen, es ist nicht chronologisch geschrieben. Eigentlich spielt es in Prag 1964 bei der Zentralkomiteesitzung, wo Semprún und Claudin ausgeschlossen wurden und die Pasionaria und die anderen Parteispitzen ihre Verdammungsreden halten. Von hier rollt Semprún die Geschichte der PCE in der Nachkriegszeit auf und geht in der Auseinandersetzung immer wieder in die Gegenwart der 70er Jahre, wenn er sich mit den heutigen Auffassungen der PCE auseinandersetzt. Es folgt eine kurze Episode aus dem spanischen Bürgerkrieg, die unterbrochen wird durch die Schilderung eines Besuchs auf Kuba oder der Manifesto-Gruppe in Italien, dann wieder ein Sprung zur Tätigkeit in Paris 1951 oder nach Madrid 1958. Vergangenheit und Gegenwart, persönliche Schilderung und politische Analyse, romanhafte Darstellung und Dokumentation greifen beständig ineinander, aber an keiner Stel-
le wird es strukturlos. Das Buch ist polemisch und scharf in der Kritik, aber kaum überheblich und überzogen. Eine Autobiographie, die gleichzeitig ein Stück Partei- und Zeitgeschichte ist.

Erich Loest: Durch die Erde ein Riß. Ein Lebenslauf, Hamburg (Hoffmann und Campe) 1981 (414 S., 36,00 DM)
Jorge Semprún: Federico Sánchez. Eine Autobiographie, Frankfurt, Berlin, Wien (Ullstein Taschenbuch 27509) 1981 (398 S., 7,80 DM)

Fernsehtip

„Metropolis"

Der erste phantastische deutsche Film, 1925/1927 von Fritz Lang realisiert. Erstmals wurde hier versucht, ein Gesellschaftsbild der Zukunft, im Jahr 2000, in seiner Gesamtheit zu zeichnen. Die Vision des Films: In der „Stadt der Zukunft", Metropolis, gibt es nur noch eine Oberwelt und Unterwelt. Oben, an der Sonne, in kühnen, luftigen Hochhäusern, wohnen die Mitglieder der herrschenden Klasse; unter der Erde, in Höhlen, Wohnsilos und Katakomben leben die Arbeiter unter sklavischen Verhältnissen und betreiben eine riesige Maschinerie, die das gesamte Leben in Metropolis speist und aufrechterhält. Die Arbeitermassen erscheinen nur als Teile der Maschinerie, im Takt der Räder und Arme. – Die Arbeiter wollen sich von der Unterdrückung befreien, doch Maria, die „Heilige der Unterdrückten", predigt ihnen, dies nicht durch Gewalt sondern durch die Botschaft der Liebe und Brüderlichkeit zu tun. Fredersen, Beherrscher des Industrie-Imperiums, läßt die Arbeitermassen „aufwiegeln", um sie zusammenschießen lassen zu können. Die Arbeiter zerstören die Maschinerie, dadurch wird die „Unterwelt" selbst überschwemmt. Am Ende kann die drohende Katastrophe aufgehalten werden, durch den Frieden zwischen Arbeitern und Kapitalisten, der sich ankündigt. Arbeiterführer und Fredersen reichen sich die Hände in der Einsicht, daß „das Gehirn und die Hand nicht zusammenwirken können, wenn sie nicht vom Herzen geeint sind". – Offensichtlich ist der Film ein Produkt des Zeitgeistes, geprägt durch die unsicheren Herrschaftsverhältnisse der Bourgeoisie, der Angst vor dem Aufstand der unterdrückten Klasse, nur in eine visionäre Zukunft übertragen. – Zusätzlich erhält der Film seine Bedeutung durch viele erstmalig ausprobierte Kameratechniken, architektonische Gestaltung der Kulissen für Stadt und Maschinerie und die Massenszenen. *Samstag, 19.12., 22.20 Uhr im ARD.*